Nr. 208. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Positive Politik.

In seinem Artikel über die Frage der Budgetbewilligung in der „Neuen Zeit" schreibt Genosse Kautsky weiter:

Aber nicht nur für die Zukunft bedeutet die Politik des Entgegenkommens zu den herrschenden Gewalten, die ihren Ausdruck in der Budgetbewilligung findet, eine Irreführung des Proletariats, das mit trügerischen Erwartungen erfüllt und auf falsche Bahnen geleitet wird, sie ist auch ein Fehler schon vom Standpunkt bloßer Gegenwartspolitik gemessen.

Es gibt keine Staatsgewalt, die nicht von Zeit zu Zeit in die Lage käme, Maßregeln vorschlagen oder unterstützen zu müssen, die für das Proletariat oder einzelne seiner Schichten Vorteile bringen. Die Gründe dafür können der verschiedensten Art sein. Es kommt vor, daß eine Klasse oder Partei politische oder soziale Vorteile für sich nicht erlangen kann, ohne daß sie gleichzeitig dem Proletariat zugute kommen. Oder sie sucht das Proletariat für sich zu gewinnen, ihren Zwecken dienstbar zu machen, es dem Einfluß der sozialistischen Parteien zu entreißen, was ebenfalls am besten durch einzelne Konzessionen geschieht. Namentlich kleinbürgerliche reaktionäre Parteien, die dem Großkapital feindlich gegenüberstehen, tragen wenig Bedenken, auf diese Weise proletarischen Stimmenfang zu treiben. Am ehesten findet man solche Politik bei einem neuen Regime, das sich noch nicht sicher im Sattel fühlt, sowie dort, wo das Proletariat wie die Sozialdemokratie schon stark genug geworden sind, daß die bürgerlichen Parteien und Regierungen mit ihnen rechnen müssen, aber noch nicht so stark, um als eine unmittelbare Gefahr für die bürgerliche Welt zu erscheinen.

Konzessionen dieser Art bilden wichtige Etappen für den Fortschritt des Proletariats, wo es nicht weit genug ist, der gesamten Staatsgewalt aus eigener Kraft seinen Willen aufzuzwingen. Es wäre unsinnig, wollte die Sozialdemokratie solche Konzessionen deshalb zurückweisen, weil sie vom Feinde stammen und nur deshalb gegeben werden, um das Proletariat einzuschläfern, in Sicherheit zu wiegen oder zu spalten und dadurch seinen Klassenkampf zu lähmen. Das Bestehen und die Agitation der Sozialdemokratie selbst ist ein mächtiger Antrieb zu derartigen Konzessionen; sie leistet in dieser Art „positive" Arbeit, auch in jenen Fällen, in denen sie nicht direkt den Anstoß dazu gibt.

Aber die Sozialdemokratie würde ihre Aufgabe arg verkennen, wenn sie derartige Maßregeln mit Dank akzeptierte oder jubelnd als großen Erfolg begrüßte, den man mit einer Budgetbewilligung zu quittieren habe. Sie darf nie vergessen, daß sie es mit Danaergeschenken zu tun hat, die, auch wenn sie von der Sozialdemokratie selbst vorgeschlagen sind, von den bürgerlichen Parteien nur in Formen und unter Umständen bewilligt werden, die es möglich erscheinen lassen, sie würden helfen, die Gesamtheit der bürgerlichen Ausbeutungswirtschaft verlängern zu helfen. Selbst das allgemeine, gleiche Wahlrecht wurde zu solchen Zwecken verliehen, so von Napoleon III., so von Bismarck, so jüngst in Oesterreich von Baron Beck.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese Absichten zu durchkreuzen. Marx erklärte, ihr falle es zu, das allgemeine Wahlrecht aus einem Mittel der Düpierung und Niederhaltung der Proletarier, das es gewesen, in ein Mittel der Befreiung zu verwandeln. Das gilt von allen sozialen und politischen Reformen, welche die bürgerliche Gesellschaft gewährt. Dazu ist es aber notwendig, daß man an jedem Gesetz die schärfste Kritik übt, was um so näher liegt, als das, was die bürgerliche Gesellschaft dem Proletariat gewähren kann und will, stets unzureichend ist und bleiben muß, da sie ja auf seiner Ausbeutung beruht, ihr Reichtum seine Armut und Wehrlosigkeit voraussetzt. Man hat nicht dem Proletariat die Meinung beizubringen, mit dem Gegebenen sei nun ungeheuer viel erreicht, sondern zu zeigen, wie weit es hinter dem zurückbleibt, was im Interesse des Proletariats zu fordern ist. Und man muß die Motive aufdecken, denen die Konzession entspringt, und so das Proletariat davor hüten, in den Regierungen und den herrschenden Parteien seine Wohltäter zu sehen.

Wo das nicht geschieht, da werden selbst die schönsten und besten Reformen nur zu leicht zu Fesseln, die das Proletariat an die bürgerlichen Parteien ketten, es mit Zutrauen zu ihnen erfüllen und damit seinen Fortschritt lähmen. Das Beispiel Englands spricht laut genug.

Die sozialistische Budgetbewilligung als Anerkennung der Verdienste der Regierung und der Parlamentsmajorität um das Proletariat muß in gleicher Richtung wirken.

Sehen wir uns zum Beispiel Bayern an. Die Partei, die dort tatsächlich regiert, ist das Zentrum. Sie hat eine Aenderung des Wahlrechts durchgesetzt mit Hilfe der Sozialdemokratie. Wie wenig sie dabei von Arbeiterfreundlichkeit und demokratischen Anschauungen geleitet war, zeigen die Verschlechterungen, die sie an die Gewährung der direkten Wahl knüpfte: die Hinausschiebung der Altersgrenze der Wahlberechtigung und andere Bestimmungen, die das industrielle Proletariat schädigen und den agrarischen Elementen ins Unabsehbare die Mehrheit im Landtag sichern. Wenn trotzdem unsere bayerischen Genossen für diese Wahlreform stimmten, so durfte man annehmen, daß sie es nur mit schwerem Herzen taten, weil sie glaubten, daß die Verbesserungen doch überwogen. Aber soweit von Verbesserungen zu reden war, durfte man sie eher nur dem Umstand zuschreiben, daß auf andere Weise das Zentrum eine Majorität nicht zu ergattern wußte, keineswegs aber einem Entgegenkommen an die Bedürfnisse des Proletariats.

Jetzt aber haben unsere bayerischen Abgeordneten das Budget bewilligt, ausdrücklich mit dem Hinweis auf die große „Errungenschaft" des direkten Wahlrechtes zum Landtag.

Daneben werden rühmend erwähnt „erhebliche Beiträge für die Aufbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten".

Ja, ist das etwas so Außerordentliches? Solche Aufbesserungen gehen in der ganzen Welt vor sich angesichts der allgemeinen Teuerung. Die kommende Session wird sie wohl auch im Reiche und in Preußen bringen. Sie sind unerläßlich, soll nicht der Notstand der vom Staat Bediensteten allzu skandalös werden.

In Bayern kommt aber noch ein Umstand dazu. Die Partei, die dort die absolute Mehrheit besitzt, das Zentrum, ist die einzige deutsche bürgerliche Partei, die sich auf größere Arbeitermassen stützt. Die Arbeiterdemagogie spielt bei ihr eine große Rolle. Da kann sie nicht umhin, dort, wo sie zur Mehrheit kommt, wenigstens etwas für die Arbeiter zu tun. Sie muß ihre proletarische Demagogie um so eifriger betreiben, da sie augenblicklich im Reiche in die Opposition gedrängt ist, nicht die Unterstützung der Reichsbureaukratie für sich hat und auch in Bayern daher in höheren Regionen, sowie bei liberalen Bureaukraten und Bourgeois auf manche Widerstände stößt. Da gilt es, sich um so mehr eine Stütze in den breiten Volksmassen zu schaffen.

Was jetzt das Zentrum und die von ihm gegängelte Regierung in Bayern tun, taten ehedem in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Oesterreich Taaffe und später in Wien der christlichsoziale Lueger. Aber es ist den österreichischen Sozialdemokraten noch nie eingefallen, Taaffe und Lueger dafür ihre Anerkennung auszusprechen. Sie bekämpfen den einen wie den anderen vielmehr auf das lebhafteste, weil beide eifrig an der Verpfaffung Oesterreichs arbeiteten. Die Sozialdemokratie will eben nicht bloß ein paar Arbeiterkategorien ein paar Pfennige Lohn mehr verschaffen, sie will das gesamte Proletariat von jeglichem Drucke befreien, von geistiger Knechtung wie von ökonomischer, und wer jene vermehrt, muß ihren heftigsten Widerstand finden, auch wenn er die Verdummung der Proletarier mit etwas erhöhten Löhnen einiger von ihnen bezahlt.

An Verdummungs- und Verpfaffungstendenzen kann es aber die augenblickliche Mehrheit des bayerischen Landtags mit dem reaktionärsten Regime aufnehmen, jene Mehrheit, die dem Budget seinen Charakter gibt und die vom Budget lebende Regierung beherrscht. Namentlich die Schulpolitik dieses Regimes ist skandalös.

Kein frisch aus Preußen verschriebener Urbayer, sondern ein echter Bayer, Ludwig Thoma, brandmarkt diese Politik aufs kräftigste in einem Artikel des „März" (Juli dieses Jahres) über den Fall des Lehrers Beyhl, den der bayerische Kultusminister wegen einiger Artikel in der „Freien Schulzeitung" gemaßregelt hatte.

Thoma schreibt:

„Während sich unsere Beamtenschaft im Umlauf von zwanzig Jahren zur willfährigen Dienerin der klerikalen Herrschaft entwickelte, hat die Lehrerschaft sich von ihren Einflüssen völlig freigehalten. Sie führt einen Kampf, den jeder einzelne am eigenen Leibe verspürt. . . .

„Das Zentrum gründete einen Gegenverein.

„Wieder scheiterte ihm die Mühe. Man kann sich denken, daß es eine Gelegenheit zur Rache suchte.

„Die bot sich, als man jetzt zur allgemeinen Aufbesserung der Beamten schritt.

„Es ist bezeichnend für den Geist der Partei, daß sie pekuniäre Mittel anwendet, wo ihr alle anderen versagt haben. Und ebenso bezeichnend, daß sie die Macht des Geldgebers mit einer Plumpheit herauskehrt, deren sich der gewissenloseste Unternehmer schämen würde. Seit Monaten spielt das Zentrum mit den Hoffnungen der Lehrer, benützt ihre materiellen Sorgen zu widerlichen Vorstößen auf politische Freiheiten und bietet mit schamloser Offenheit Geld gegen Gesinnungen.

„Und wieder erhielt es eine Absage.

„Die Wut der Partei bringt der Herr v. Wehner (der Kultusminister) zum Ausdruck, wie es sein Dienstverhältnis (zum Zentrum) verlangt.

„Dabei spielt er die beleidigte Autorität und erzählt dem Lande, daß er die Würde der Staatsregierung zu wahren habe, während er der Rachsucht der Landtagsmehrheit das gehorsame Werkzeug abgibt."

Das bestätigte der bayerische Genosse Timm in einer Münchener Versammlung. Er rühmte sich, die Fraktion habe gegenüber der Regierung mit ihrer Kritik nicht zurückgehalten:

„Dies trifft besonders zu auf den Etat Anton v. Wehners, genannt der Unterhachinger, mit dem wir manch ernsten Kampf auszufechten hatten, weil er als getreuer Schildknappe des gegenwärtig übermächtigen Zentrums handelte. Wir haben sein Verhalten gegen den Volksschullehrer Beyhl als unverschämt bezeichnet und ihn als ärgsten Reaktionär rücksichtslos bekämpft."

Rücksichtslos bekämpft dadurch, daß sie ihm ohne Rücksicht auf den Lübecker Beschluß den Etat bewilligten. So rücksichtslos haben bisher stets die Liberalen die Regierung bekämpft, gegen die sie sprachen, um für sie zu stimmen.

Der Weg, den unsere süddeutschen Parlamentarier jetzt einschlagen wollen, um „positiv" zu wirken, ihn sind die Liberalen vor ihnen gegangen, mit genau den gleichen Argumenten. Der „positive" Erfolg ihrer „Realpolitik" war der, daß sie gründlich auf den Hund gekommen sind und die Macht ihrer Gegner steigerten. Und der sozialdemokratischen „Realpolitik" droht der gleiche „Erfolg".

Es gibt keine Partei in Deutschland, deren Demagogie dem Proletariat gefährlicher wird als das Zentrum, keine, der man schärfer auf die Finger sehen, deren Heuchelei man mehr brandmarken muß!

Tut nichts, unsere Abgeordneten bewilligen das Budget. Ohne Not, denn die Gehaltsaufbesserungen waren schon bewilligt und hingen nicht von der Budgetabstimmung ab.

Sie bewilligen es gerade jetzt, wo das Zentrum die absolute Mehrheit im Landtag hat; gerade jetzt sehen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dazu gedrängt, der Landtagsmehrheit ihre Anerkennung auszusprechen, diese scharfen, unerbittlichen Kritiker, die bisher das Budget systematisch ablehnten! Sie bewilligen es in der demonstrativsten Weise, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, unter Mißachtung eines Parteitagsbeschlusses. Sie demonstrieren gegen die eigene Partei, um für das Zentrum zu demonstrieren.

Das Zentrum darf mit unseren bayerischen Abgeordneten zufrieden sein. Es wird nicht verfehlen, den katholischen Arbeitern jene Abstimmung als ein glänzendes Zeugnis dafür vorzuführen, was es für die Arbeiter dort leistet, wo es an der Macht ist.

Mögen unsere Abgeordneten noch so scharfe Reden gegen das Zentrum halten, die Wirkung dieser Abstimmung wird damit nicht weitgemacht. Die Masse der katholischen Arbeiter liest diese Reden nicht, und Taten sind stets eindrucksvoller als Worte.

Selbst wenn man eine Prinzipienpolitik verlacht und die Politik als ein Geschäft betrachtet, muß man die Budgetbewilligung für einen Akt großer Kurzsichtigkeit erklären. Welcher kluge Geschäftsmann wird Reklame machen für die Konkurrenz!

So unbegreiflich die süddeutschen Budgetbewilligungen vom Standpunkt der Prinzipienpolitik sind, sie sind nicht minder unbegreiflich vom Standpunkt bloßer Erfolgspolitik, wenn diese ein bißchen weitsichtig sein soll.

Die Friedensdeputation der englischen Gewerkschaftsführer.

London, 2. September. Die englischen Gewerkschaftsführer treffen Anstalten, den deutschen Gewerkschaften eine Friedensbotschaft zu überbringen. An der Deputation beteiligen sich sowohl Mitglieder der Arbeiterpartei (Ap.) wie Mitglieder der liberalen Partei (L.), dagegen sind bekannte Sozialisten unter ihnen nicht zu finden.

Das Parlamentarische Komitee des Trade-Unionskongresses vertreten: Shackleton (Ap.), Gill (Ap.), Steadman (L.); die Londoner Buchdrucker vertritt Bowerman (Ap.), die Bergleute von Durham: John Wilson (L.); die Erdarbeiter: John Ward (L.); die Matrosen und Heizer: Havelock Wilson (L.); die Schuhmacher: C. Freak (L.); die Zigarrenarbeiter: B. Cooper (Ap.); die Landarbeiter: Nicholls (L.); die Lithographen: Kelley (Ap.); den Allgemeinen Verband der Gewerkschaften: Appleton; die Genossenschaften: Allen; die Internationale Schiedsgerichtsliga: Maddison. Letzterer dürfte auch die treibende Kraft der ganzen Deputation sein; er übernahm das Sekretariat der Liga nach dem Tode Cremers.

Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Delegierte von gleicher Bedeutung sind. Shackleton (lies: Schellin), John Wilson (lies: Wilßn) sind in ihren Gewerkschaften von großem Einfluß und werden im Parlament stets mit Achtung angehört. Bowermann (ließ: Bauermann) ist auch Parlamentsmitglied, aber er spricht äußerst selten. Steadman (lies: Stedman) ist Sekretär des Parlamentarischen Komitees des Trade-Unionskongresses und Mitglied der Fabian Society. Appleton (lies: Eppelton) ist Sekretär des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften.

Gekaufte Treue.

Am Freitag tritt in Waldenburg in Schlesien ein Vertretertag der „Reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands" zusammen. Die Vorbereitungen dazu sind in verhältnismäßiger Stille betrieben worden. Das wird man begreiflich finden, wenn die Leser von folgenden hochwichtigen Schriftstücken Kenntnis nehmen, die unser Breslauer Parteiblatt, „Die Volkswacht", zu veröffentlichen in der Lage ist. Zunächst mit unwesentlichen Streichungen folgendes Protokoll des

Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.

Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 14. Juli 1908.

„Anwesend sind die Herren: Dr. Grumenberg (Generaldirektor), Vorsitzender, Moeller (Bergwerksdirektor), Tittler (Bergwerksdirektor), Dr. Westermann (Bergwerksdirektor), Rößner (Bergwerksdirektor), Danilof (Bergwerksdirektor), Liebeneiner, Balzer (Bergwerksdirektor), Albrecht, Bergassessor, Leege, Bergassessor, Hammer.

Entschuldigt die Herren: Sprotte (Grubenrepräsentant), Eckert (Bergwerksdirektor), Dr. Gärtner, Keindorf (Regierungsrat), Arends.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung — Stellungnahme zu dem Gesuche des Sekretariats des Verbandes der Reichstreuen Bergarbeitervereine um Leistung von Beiträgen zur Veranstaltung eines Vertretertages der Reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands — teilte der Vorsitzende mit, daß es sich im vorliegenden Falle um das Gesuch handele, das der Arbeitersekretär Ermert unterm 27. Juni einer Anzahl von Adressaten zugesandt hat, unter denen sich auch der größte Teil der Anwesenden befindet. Daraufhin ist in den dem Bergbau angehörigen oder nahestehenden Persönlichkeiten, soweit sie von Herrn Ermert angegangen sind, von Vereinswegen mitgeteilt worden, daß über dessen Verlangen in einer nächsten Sitzung beraten und über das Ergebnis weitere Nachricht gegeben wird. Sowohl die Höhe der Summe, um deren Aufbringung es sich handelt, als auch die Annahme, daß den Hauptteil der Bergbau beizusteuern haben werde, sprachen seiner Ansicht nach für eine gemeinschaftliche und einheitliche Behandlung der Sache.

In seinen weiteren Ausführungen gab zunächst der Vorsitzende das von Herrn Ermert eingeforderte Verzeichnis der Adressaten bekannt ... Weiterhin aber tadelte der Vorsitzende, daß Herr Ermert es verabsäumt hat, vor Ablassung des Gesuches mit den führenden Persönlichkeiten der Bergwerksindustrie in Fühlung zu treten, trotzdem die vorher ausgesprochene Vermutung, daß der Bergbau den Löwenanteil der Beiträge zu leisten haben werde, bestätigt ist. In dieser Hinsicht sind Herrn Ermert bereits Vorhaltungen gemacht worden, deren Berechtigung er anerkannt hat.

Ob der Zeitpunkt der Veranstaltung als geeignet zu bezeichnen ist, darüber können nach Ansicht des Vorsitzenden die Meinungen geteilt sein, aber die Aufschiebung des Vertretertages erscheine sowohl wegen der bereits geschehenen Zeichnung von Beiträgen als auch wegen des ungünstigen Eindruckes, den das Unterbleiben auf die anderen Arbeiterorganisationen machen müsse, nicht mehr angängig. Deshalb werde das Gesuch nicht einfach abzulehnen sein, und er schlage vor, an Stelle einzelner persönlicher Beiträge einen Gesamtbeitrag von seiten des Vereins zu bewilligen, mit dem sich der Verband abzufinden hat. Die dem Vernehmen nach beabsichtigte vollständig freie Bewirtung der Vertreter einschließlich des Ersatzes der Reisekosten, woraus sich die im Gesuch genannte Summe erklärt, gehe zu weit.

Die Auffassung des Vorsitzenden über die Eigenmächtigkeit der Handlungsweise des Herrn Ermert fand in der sich anschließenden Erörterung, an der sich hauptsächlich die Herren Bergwerksdirektor Balzer und Rößner beteiligten, allseitige Zustimmung. Die Höhe des Beitrages wurde auf 1500 Mark festgesetzt. Schließlich wurde auf Antrag des Herrn Direktors Rößner beschlossen, an den Verbandsvorstand der Reichstreuen Bergarbeitervereine ein Schreiben zu richten, in welchem zunächst dem Befremden über das anscheinend eigenmächtige, allen Interessierten überraschend gekommene Verlangen des Verbandssekretärs Ermert Ausdruck gegeben und zur Voraussetzung der Bewilligung der Summe von 1500 M. gemacht werden soll:

1. daß der Verein für die bergbaulichen Interessen nachträglich Mitteilung erhält über Art und Umfang der geplanten Veranstaltungen,
2. daß ein Beschluß des Verbandsvorstandes über die Abhaltung des Vertretertages in Waldenburg beigebracht,
3. daß ein unter Zuziehung von Vertretern des Bergbaulichen Vereins zu bildendes Komitee über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel beschließt und Rechenschaft gibt."

Zeigt dieses famose Protokoll mit überraschender Genauigkeit, woher die Mittel für die Existenz dieser „Arbeiter"-Organisationen fließen, so zeigen zwei andere Schriftstücke, die der Redaktion der „Volkswacht" ebenfalls auf den Tisch geflogen sind, wie innig der Zusammenhang zwischen den Bergherren und ihren Schützlingen vom gelben Reichsverband auch auf anderem Gebiet ist. Es handelt sich um den Briefwechsel zweier Bergwerksdirektoren, des Herrn Eckert mit dem Herrn Pistorius, welch letzterer zur Zeit der Absendung dieser Briefe — Januar 1908 — noch Vorsitzender des — Reichstreuen Bergarbeiterverbandes in Waldenburg war.

In dem ersten Schreiben — Eckert an Pistorius — wird Beschwerde darüber geführt, daß der Vorstand des reichstreuen Vereins in Waldenburg eine Eingabe an den Landtagsabgeordneten des Kreises, den Amtsgerichtsrat Krause habe abgehen lassen, die sich gegen die Anrechnung des Verdienstes der Ueberschichten und Sonntagsarbeit zum steuerpflichtigen Einkommen richtet. Herr Eckert hofft, daß eine solche Eingabe erfolglos bleiben werde. Eine Willfahrung dieses Wunsches würde nach der Meinung des Briefschreibers eine Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Gewerbetreibenden sein, die sich viel schlechter ständen wie die petitionierenden Arbeiter. Der Herr drückt dann den Wunsch aus, daß der Vorstand des reichstreuen Bergarbeiterverbandes rechtzeitig davon abgebracht werden müsse, derartige Pläne zu verfolgen.

Auf diesen Brief ging von dem Bergwerksdirektor Pistorius, dem Patron des „Arbeiter"vereins, eine Antwort ein, die wir ihrer rücksichtslosen Offenheit wegen ganz wiedergeben wollen. Sie lautet:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zu Ihrem gefälligen Schreiben vom 10. Januar teile ich Ihnen ergebenst mit, daß es leider der Vorstand des reichstreuen Bergarbeiterverbandes versäumt hat, mir die geplanten Eingaben an Herrn Amtsgerichtsrat Krause und an den Reichskanzler vor der Absendung zur Einsichtnahme zuzusenden. Nach den Statuten wäre der Vorstand verpflichtet gewesen, in einer Sitzung diese Angelegenheit zu beraten und mich zu dieser Sitzung zuzuziehen. Das ist aber nicht geschehen, trotzdem ich wiederholt ersucht habe, demnächst eine Vorstandssitzung einzuberufen, in welcher ich den Herren eine allgemeine Richtschnur darüber geben wollte, wie die reichstreuen Bergarbeitervereine weiter in ihrer Propaganda vorwärts gehen sollten.

Im allgemeinen stehe ich nicht auf Ihrem Standpunkt, daß man die reichstreuen Bergarbeiter von allen Eingaben abhalten soll, die undurchführbar oder aussichtslos sind. Die Sozialdemokratie bringt regulär jedes Jahr eine ganze Menge Anträge ein, von deren Aussichtslosigkeit sie im voraus überzeugt ist, lediglich um für ihre Sache Propaganda zu machen. Wenn die reichstreuen Bergarbeitervereine nur solche Sachen einbringen wollen, von deren Durchführbarkeit sie und wir überzeugt sind, so werden sich überhaupt wenig Anträge finden lassen, die die Herren einbringen können.

Ich empfehle, gelegentlich diese Angelegenheit im Vorstande des bergbaulichen Vereins zu erörtern.

Mit hochachtungsvollem Glückauf

Ihr ergebener

gez. Pistorius.

Dieses charakteristische Schreiben zeigt einmal, eine wie scharfe Kontrolle die Grubengewaltigen über die reichstreuen Hörigen ausüben, und zum anderen, mit welcher zynischen Offenheit der Herr Bergwerksdirektor zugibt, wie wenig wirklich arbeiterfreundliche Anträge oder Eingaben in Preußen auf erfolgreiche Erledigung rechnen können. Aber in dem Briefe kommt auch zuguterletzt noch eine schadenfrohe Unehrlichkeit zum Ausdruck. Obgleich der Herr Bergwerksdirektor voraussetzt, daß er und auch die reichstreuen Arbeiter wissen, daß solche Anträge wenig Aussicht auf Erfolg haben, hält er es doch für angebracht, derartige undurchführbare und aussichtslose Eingaben machen zu lassen. Darin liegt scheinbar ein Widerspruch, denn die Direktoren sind doch selbst Mitglieder dieses Vereins, von dem sie wünschen müssen, daß er so wenig wie möglich begehrlich erscheint. Wenn sie trotzdem Begehrlichkeiten nicht ganz unterbinden wollen, so einmal deshalb, weil sie sich von derartigen harmlosen Anträgen und Eingaben eine werbende Kraft für den Verein versprechen und weil sie zum anderen ganz genau wissen, daß sie am letzten Ende immer doch die Macht besitzen, die ein in den „Himmelwachsen" der reichstreuen Bäume mit Leichtigkeit verhindern kann. Das ist Unternehmermoral. Die reichstreuen Arbeitervereine und ihre Schutzpatrone sind einander wert.

Unser Breslauer Parteiblatt ist durch einen besonders günstigen Umstand schon seit Februar d. J. in der Lage, besonders wertvolle Perlen aus dem reichstreuen Aktenschatz veröffentlichen zu können. Im Hauptquartier der Gelben ist man über diese Veröffentlichung ratlos und man hofft von einem Beleidigungsprozeß, der auf Grund der Veröffentlichung dieser Akten gegen unser Breslauer Parteiblatt angestrengt worden ist und der in einigen Wochen in Waldenburg zur Verhandlung gelangt, Aufklärung. Dieser Prozeß wird in der Tat Aufklärung bringen. Nicht solche, wie sich die Reichstreuen wünschen, sondern wie sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung von nöten ist. Derartige ungesunde Auswüchse am Körper einer großen Bewegung müssen rücksichtslos beseitigt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. September 1908.

Moloch hat Hunger!

In einem langen Artikel stellt die „Kreuz-Zeitung" Betrachtungen an über die Notwendigkeit einer Verstärkung des stehenden Heeres. Auf dem Gebiete der Marine sollen in der nächsten Zeit erhebliche Neuforderungen nicht zu erwarten sein, deshalb hält das Blatt den Moment für günstig, das Landheer weiter auszubauen. Bei Forderungen für die Marine versichern die offiziösen Federn, daß eine starke Flotte geradezu im Lebensinteresse des Deutschen Reiches gelegen sei. Jetzt kehrt man der Abwechselung halber den Spieß einmal um und erklärt: „Deutschlands wichtigste Lebensinteressen beruhen in der starken Ueberlegenheit seiner Landmacht". Kaum sind die Behauptungen verklungen, daß wir eine Verstärkung unserer Seemacht mit Rücksicht auf England dringend bedürfen, da erklärt die „Kreuz-Zeitung" mit dürren Worten:

„Mögen die Engländer Schiffe bauen, so viel und so groß wie sie wollen, das kann uns gleichgültig sein. Dagegen haben wir nur zu sorgen, daß unsere Küsten und Häfen unangreifbar bleiben, was sich mit relativ geringem Aufwand, sogar in den Kolonien erreichen läßt. In Abhängigkeit von der englischen Politik geraten wir darum noch lange nicht; so wenig, wie wir es zu Bismarcks Zeiten waren."

Damit sagt das hochkonservative Blatt nichts anderes, als daß es eitel Lug und Trug gewesen ist, was dem deutschen Volke zur Begründung des rascheren Aufbaues der deutschen Flotte vorgemacht worden ist. Die „Kreuzzeitung" fährt dann fort:

„Abhängig werden wir erst, wenn wir nachlassen, die volle Volkskraft in den Dienst des Heeres zu stellen. Schon aber werden Stimmen laut, wenn zunächst auch noch schüchtern, die da fürchten, daß militärische Forderungen zugunsten des Flottenbudgets zurückgestellt würden. Wir wollen die Berechtigung dieser Besorgnis nicht untersuchen, aber es scheint uns doch geboten, daß der Kriegsminister in der nächsten Reichstagstagung um eine klare und unzweideutige Antwort darauf ersucht wird.

Gewiß haben wir Millionen von Soldaten, aber immer noch zu wenig, wenn auch nur ein einziger waffenfähiger Mann wegen Mangels an Platz nicht ausgebildet werden kann. Schon das wäre ein schweres Unrecht, wenn alte Landwehren Haus und Herd an deren Statt verlassen müßten, wenn reife Männer für dienstaugliche Jünglinge ins Feld zögen."

Der Kriegsminister wird auf eine solche Anfrage, die ihn ja nicht unvorbereitet trifft, gewiß eine Antwort geben, die die Konservativen vollauf befriedigt. Wenn aus den Reihen des Reichstages selbst das Verlangen kommt, das Heer zu verstärken, dann braucht man nicht gerade v. Einem zu heißen, um diesem Wunsche nicht widerstehen zu können. Es scheint überhaupt Mode zu werden, daß politische Parteien die Regierung zu Mehrausgaben drängen. Damit hat die Regierung natürlich einen wesentlich leichteren Stand, denn sie kann sich stets darauf berufen, daß sie Wünschen entgegenkomme, die im Reichstage laut geworden sind. Dieses Entgegenkommen wird natürlich nur geübt, insoweit die Wünsche maritimer, militärischer, kolonialer oder scharfmacherischer Natur sind. Andere Wünsche, namentlich sozialpolitischer Art, pflegen die Reichsregierung herzlich kalt zu lassen.

Der Artikel der „Kreuz-Zeitung" schließt:

„Es ist charakteristisch für die irregeleitete öffentliche Meinung, daß geradezu ein Zug von Vollkommenheit durch einen großen Teil der deutschen Presse ging, als es kürzlich hieß, daß eine Heeresvorlage bevorstehe. Man atmete auf, als die Nachricht dementiert wurde. Hätte es sich um eine neue Marinevorlage gehandelt, so wären hundert Federn gleichzeitig in Tätigkeit getreten, um ihre Notwendigkeit ohne Rücksicht auf die Kosten zu beweisen. Das ist ein durchaus ungesunder Zustand. Heer und Flotte sind beide nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck, aber von sehr verschiedenem Werte für den Bestand und die Machtstellung des Reiches."

Die auf Marinevorlagen eingefuchsten Federn werden sich natürlich schleunigst mit der neuen Gestaltung der Dinge befreunden, und in wenigen Wochen werden wir in der „tonangebenden" Presse bis zum hinterpommerschen Amtsblättchen herab Artikel finden, in denen haarscharf bewiesen wird, daß Deutschland beim heutigen Stand seiner Wehrmacht es kaum mit dem kleinen Dänemark, geschweige denn mit Frankreich aufnehmen könne. —

Ein schwerer Rüffel,

den sich der Landrat des Kreises Breslau, der Breslauer Regierungspräsident, sowie der Erste Staatsanwalt und der Oberstaatsanwalt von Breslau zu gleichen Teilen mit einstecken können, ist dem vielgenannten Amtsvorsteher von Oswitz, Dr. Guradze, vom preußischen Minister des Innern erteilt worden. Dieser Dr. Guradze ist ein schlimmer Sozialistenfeind, und er übt sein Amt denjenigen Gastwirten gegenüber, die ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen hergeben, in einer Weise aus, daß Parteisekretär Scholich in Breslau sich genötigt gesehen hat, den Amtsvorsteher wegen Amtsvergehens zur Anzeige zu bringen.

Der Gastwirt Knabe hatte für den Monat September v. J. Tanzerlaubnis erhalten. Kurze Zeit später gab er sein Lokal den Arbeitern zu einer Versammlung, worauf Dr. Guradze ihm die Tanzerlaubnis unter der Begründung entzog, daß es „durch den stärker werdenden Besuch des Lokals seitens der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu Reibereien und Unverträglichkeiten zwischen diesen und dem bisherigen bürgerlichen Publikum" des Lokals kommen werde und daß deshalb Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten seien. Knabe hat trotz dieses Verbotes an den bereits genehmigten Tagen in seinem Lokale tanzen lassen. Zu den befürchteten „Störungen" ist es dabei nicht gekommen, doch ist der Wirt wegen Zuwiderhandelns gegen das amtsvorsteherliche Verbot gerichtlich bestraft worden. Um seinem sicheren Ruin zu entgehen, hat der Inhaber das Lokal den Arbeitern dann wieder entzogen.

Noch drastischer trat die Selbstherrlichkeit des Amtsvorstehers in einem anderen Falle zutage. Der Gastwirt Gottwald wollte die Frequenz seines Lokals dadurch heben und sich vor dem Ruin bewahren, daß er den Arbeitern seinen Saal zur Verfügung stellte. Er fürchtete aber den Zorn des Amtsvorstehers und fragte deshalb bei diesem an, ob er das Lokal geben dürfe. Daraufhin empfing er vom Amtsvorsteher folgenden Brief:

„Auf Ihre Zuschrift erwidere ich Ihnen, daß ich die Freigabe Ihres Lokals zu sozialdemokratischen Versammlungen weder zu gestatten noch zu verbieten habe, sondern daß dies lediglich von Ihnen abhängt, ob Sie mit der sozialdemokratischen Partei als solcher Verträge abschließen wollen oder nicht. Ich habe in dem Falle, daß Sie dies tun sollten, die Pflicht, Ihr Lokal als ein solches zu betrachten, in welchem nur Arbeiterpublikum verkehrt und welches infolgedessen, damit nicht der Völlerei unter dem Arbeiterstande Vorschub geleistet wird, jeden Abend pünktlich um 10 Uhr zu schließen ist, und in welchem öffentliche Tanzvergnügen in der ersten Zeit aus Sicherheitsgründen gar nicht und später nur in dem beschränkten Umfange zugelassen werden, wie sie den berechtigten Bedürfnissen der hiesigen Arbeiterschaft entsprechen."

Landrat und Regierungspräsidium haben als Beschwerdeinstanzen ihre schützenden Fittiche über den Amtsvorsteher gebreitet und an seinem Verhalten auch nicht das geringste auszusetzen gewußt. Ebenso auch der Breslauer Erste Staatsanwalt und der Oberstaatsanwalt. Die erwähnte Strafanzeige wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt stützte sich auf die Erklärung des Reichsstaatssekretärs des Innern in einer Sitzung der Kommission für das Reichsvereinsgesetz, wonach ein Beamter, der lediglich aus der Tatsache, daß der Inhaber einer Konzession seine Räume zu Versammlungen einer bestimmten politischen Richtung hergebe, einen Grund entnehme, diesem die Ausdehnung der Polizeistunde und die Erlaubnis zur Abhaltung von Tanzlustbarkeiten und dergleichen vorzuenthalten, sich auch unter dem bisherigen Gesetz nach § 339 strafbar mache. Amtsanwalt und Oberstaatsanwalt waren aber der Meinung, dem Amtsvorsteher habe mindestens das Bewußtsein gefehlt, daß er seine Amtsbefugnisse überschreite, insbesondere als auch der Landrat und der Regierungspräsident sein Verhalten gebilligt hätten.

Diese beiden hauptsächlichen Fälle sind neben einer Anzahl anderer Oswitzer Vorkommnisse zuletzt dem Minister des Innern unterbreitet worden und von diesem hat Parteisekretär Scholich jetzt folgende Antwort erhalten:

„Auf Ihre Beschwerde vom 16. Juni dieses Jahres teile ich Ihnen mit, daß das Vorgehen des Amtsvorstehers in Oswitz gegenüber den Gastwirten Knabe und Gottwald daselbst von mir gemißbilligt und der Amtsvorsteher mit entsprechender Weisung versehen, auch veranlaßt worden ist, die noch nicht rechtskräftige Verfügung an den Gastwirt Knabe vom 17. September v. J. zurückzuziehen."

Ob sich nun wohl dieser Dr. Guradze bescheiden und seine ungesetzlichen Treibereien gegen die Sozialdemokratie lassen wird? Oder pfeift er auf die ministeriellen Wünsche und denkt wie vor ihm schon Leute ähnlichen Schlages: „In Oberschlesien machen wir das so!"? Die nächste Zeit wird es lehren. —

Zum Streit zwischen dem bayerischen Zentrum und der „Kölnischen Volkszeitung".

Dem Hauptblatt des bayerischen Zentrums, dem „Bayr. Kurier", genügt es nicht festzustellen, daß die Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Speyer-Ludwigshafen für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl Wahlenthaltung beschlossen und dem Abgeordneten Dr. Jäger wegen seiner Stellungnahme ein Vertrauensvotum erteilt hat; es benutzt zugleich die Gelegenheit, seine staatsmännische Kollegin in Köln, die „Köln. Volksztg.", wegen ihrer Unkenntnis der süddeutschen Verhältnisse und ihrer kuriosen Diplomatie zu verhöhnen. Das Münchener Blatt schreibt nämlich:

„Die „Zentrumsfreunde" sind wieder um eine Hoffnung ärmer, wie sich jeder sagen konnte, der die einschlägigen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt. Die Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Speyer-Ludwigshafen hat nämlich am Montag beschlossen, strenge Wahlenthaltung für die am 15. d. M. stattfindende Ersatzwahl den Zentrumswählern zur Pflicht zu machen. Eine besondere Genugtuung wurde dem Abg. Dr. Jäger zu teil. Die Vertrauensmänner erklärten nämlich beschlußmäßig sein Verhalten in der Frage der Kandidatur Posadowsky als formell und sachlich durchaus korrekt. Diese Entscheidung der zuständigen Parteiinstanz könnte manchen Leuten ein Fingerzeig sein, wie die Dinge wirklich liegen. Die angenommenen Anträge lauten: „Die Vertrauensmännerversammlung hat beschlossen, für die am 15. September stattfindende Reichstagsersatzwahl einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen und es allen Zentrumswählern zur Pflicht zu machen, nach beiden Seiten strikte Wahlenthaltung zu üben. Wer durch irgendwelche Umstände gezwungen ist, zu wählen, möge einen weißen oder durchstrichenen Zettel abgeben."

Der zweite: „Die Versammlung der Vertrauensmänner des Wahlkreises Speyer-Ludwigshafen-Frankenthal billigt das Vorgehen des Herrn Dr. Jäger in der Kandidatur Posadowsky als inhaltlich und formell vollständig korrekt."

Die Versammlung war sehr gut besucht, die Beratungen wurden gründlich gepflogen und zwar in Ruhe. Es muß darauf besonders Wert gelegt werden, festzustellen, daß die beiden Anträge vollkommen einstimmig beschlossen wurden."

Die „manchen Leute" in Köln werden den Spott schon verstehen. —

Jesko pensioniert!

Jesko v. Puttkamer, der ehemalige Gouverneur von Kamerun, der Freund der angeblichen Freiin v. Eckhardtstein, ist nunmehr mit vollen Pensionsrechten zur Ruhe gesetzt worden.

Der Herr kann nunmehr sein stattliches Ruhegehalt in aller Muße verzehren!

Aus ostelbischen Gefilden.

Was man auf die Klagen über die „Leutenot" geben kann, lehrt folgender Vorfall: Ein Gutsbesitzer, der kontraktlich verpflichtet war, bis zum 1. Oktober seinen Instmann zu behalten, wurde plötzlich wegen eines geringfügigen Vorfalles kontraktbrüchig und kündigte dem Arbeiter nicht nur den Dienst, sondern auch die Wohnung. Als der Instmann die Wohnung, die er nach dem Kontrakt bis zum Oktober zu bewohnen hatte, nicht sofort räumte, erhielt er vom Amtsvorsteher folgenden bezeichnenden Ukas:

„Powunden, 1. September 1908.

Laut Mitteilung Ihres gemeinsamen Brotherrn — des Gutsbesitzers Herrn Herbig-Uggehnen — sind Sie seiner Kündigung am Donnerstag, den 27. August, die Wohnung zu räumen, nicht nachgekommen. Ich fordere Sie nun hiermit auf, die Wohnung bis zum Freitag, den 4. d. M., zu räumen, widrigenfalls Sie mit 10 Mark oder entsprechender Haft in Strafe genommen und auf Ihre Kosten durch den Gerichtsvollzieher aus der Wohnung gesetzt werden müssen.

Der Amtsvorsteher.

gez. Radziehn.

So sieht ostelbisches Recht aus. Und da wundert man sich über die Landarbeiterflucht. —

Wie für die kranken Postbeamten gesorgt wird.

In der Königsberger bürgerlichen Presse lesen wir: „In großer Not befindet sich ein früherer Briefträger in dem benachbarten Dorfe Pobethen; er ist schwer lungenkrank. Zwar bezieht er von der Postbehörde eine Unterstützung, sie reicht aber gerade nur zum Allernötigsten aus und läßt für Anschaffung von Heilmitteln nicht das geringste übrig. Da der Kranke auch sonst nicht in der Lage ist, sich irgend etwas zu verdienen, werden edeldenkende Menschen gebeten, ein Scherflein zur Linderung der Not des Armen beizusteuern. Das zuständige Pfarramt hat die Wahrheit der Angaben des Notleidenden bestätigt."

Es ist ein Skandal, daß das Deutsche Reich, das tausende Millionen von Mark für eine Weltpolitik großen Stils übrig hat, nicht einmal für seine kranken Beamten sorgt, sondern sie der Not und dem Elend überliefert, so daß sie „edeldenkende Menschen" um „ein Scherflein" anflehen müssen. —

Eine Bestie in Menschengestalt

stand in der Person des Unteroffiziers Josef Nawool vom Trainbataillon in Breslau vor dem dortigen Kriegsgericht. Dieser

Bursche hatte einen Rekruten in mindestens 135 Fällen im Stalle geohrfeigt, ihn in zahlreichen Fällen während des Mittagsessens zu verschiedenen Arbeiten befohlen, sodaß der Rekrut sein Essen in das Spind stellen und abends kalt essen mußte; ebenso hatte er den Rekruten selbst oft in das Spind gesperrt und dieses verriegelt; manchmal bis zu ¾ Stunden. Einmal gab er dem Rekruten einen Schlag in den Nacken, so daß dieser zusammenbrach. Ein andermal schlug er ihn mit einem Trensezügel, vielfach auch mit einer Klopfpeitsche. Der Unteroffizier hatte auch andere Leute mißhandelt. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Degradation. —

Militärjustiz.

Vor dem Kommandanturgericht in Koblenz standen der Unteroffizier Behrendt und der Sergeant Heintze von der 8. Kompagnie des Telegraphenbataillons Nr. 3. Sie waren angeklagt, sich der Mißhandlung und der Anmaßung der Strafgewalt schuldig gemacht zu haben, indem sie einige Pioniere, die beim Schießen die Bedingungen nicht erfüllt haben, die bekannten Quälesübungen: Gewehrstrecken, Laufen, Springen, Hinlegen usw. machen ließen. Der Pionier Graf liegt infolge der Ueberanstengungen heute, nach sieben Wochen, noch im Lazarett. Die in der jetzigen Verhandlung vernommenen Zeugen schwächen ihre früheren Aussagen bedeutend ab; keiner der Nacherzierenden will eine Ueberanstrengung oder ein körperliches Unbehagen (!!) empfunden haben. Das Kriegsgericht kam zu der Ueberzeugung — trotz des Pioniers Graf! — daß das „zulässige" Maß der Anstrengung bei den Uebungen nicht überschritten worden sei und sprach die Angeklagten in dieser Beziehung frei. Nur der Sergeant wurde wegen Anmaßung einer „Befehlsbefugnis in Dienstsachen" zu drei Tagen Mittelarrest verurteilt.

Der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" schickt uns folgende

Erklärung:

Der „Vorwärts" bringt in seiner Nummer vom 2. September unter der Ueberschrift „Die „Sozialistischen Monatshefte" und ihre Gönner" die Abwehrnotiz des unterzeichneten Verlages gegen die Verdächtigung der „Leipziger Volkszeitung", fügt aber daran Bemerkungen, die in ihrem Inhalt und namentlich in ihrem Ton geeignet sind, ganz falsche Vorstellungen zu erwecken.

Obgleich wir alles Erforderliche bereits in jener Notiz gesagt haben, sehen wir uns daher doch noch zu folgenden Feststellungen veranlaßt:

1. Alle Geldbeiträge für den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" sind stets von völlig einwandfreier Seite gekommen, und zwar mit ganz vereinzelten Ausnahmen von organisierten Parteigenossen.

2. Wir haben es bereits für eine Verleumdung erklärt, daß irgendwelches Geld von „Gegnern der Sozialdemokratie" gekommen sei. Unter Gegnern verstehen wir in diesem Zusammenhang selbstverständlich die Anhänger jeder politischen Partei, außer der Sozialdemokratie.

3. Damit erledigt sich auch die Anspielung auf das Eingehen der „Nation" usw. Zum Ueberfluß sei noch bemerkt, daß seit einer Reihe von Jahren, und jedenfalls lange vor dem Eingehen der „Nation", überhaupt kein Beitrag mehr an uns gelangt ist, der nicht von organisierten Parteigenossen kam.

4. Die Namen der „geheimen Geldgeber" — wie der „Vorwärts" sich ausdrückt — öffentlich zu nennen, fühlen wir uns nicht veranlaßt; wir wiederholen aber, daß wir dem sozialdemokratischen Parteivorstand volle Auskunft auch über die Namen zu geben bereit sind, da wir vor der Partei absolut nichts zu verbergen haben. Der „Vorwärts" scheint aber dafür zu plädieren, daß dieses unser Anerbieten abgelehnt wird. Er wünscht also nicht, daß die berufene Instanz der Partei in loyaler Weise volle Klarheit und jeden gewünschten Einblick erhält, so daß also statt dessen nach wie vor die Möglichkeit bestehen soll, durch versteckte Anspielungen munter verdächtigen zu können. Das Urteil darüber glauben wir getrost der Oeffentlichkeit in der Partei überlassen zu können.

Verlag der „Sozialistischen Monatshefte", G. m. b. H.
M. Mundt.

Trotz der in den Schlußsätzen enthaltenen albernen und schnoddrigen Bemerkungen haben wir die vorstehende Erklärung aufgenommen, um der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte" nicht Gelegenheit zu geben, über Parteilichkeit usw. zu räsonnieren.

Zur Erklärung selbst bemerken wir:

Wir zweifeln durchaus nicht daran, daß der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte" seine Geldgeber für „völlig einwandfrei" hält. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß sie uns und anderen ebenfalls als „einwandfrei" gelten. Die Frage kann erst entschieden werden, wenn sich der Verlag dazu versteht, die Namen zu nennen. Nennt er sie nicht, so müssen wir annehmen, daß er befürchtet, entweder sich oder seine Gönner durch die Bekanntgabe ihrer Namen zu diskreditieren.

Wir plädieren auch nicht dafür, daß der Parteivorstand nicht die Geschäftsbücher des Verlages der „Sozialistischen Monatshefte" prüft; wir sind nur der Ansicht, daß es nicht zu seinen Aufgaben gehört, das Geschäftsgebaren solcher Blätter nachzuprüfen, die nicht zur Parteipresse gehören. Will er trotzdem sich mit der Sache befassen, so haben wir nichts dagegen einzuwenden.

Finnland.

Sozialistenhetze.

Wie die Petersburger Zeitungen mitteilen, ist in den dortigen administrativen Kreisen die Nachricht aus Helsingfors eingetroffen, daß die finnländischen Behörden alle Maßregeln zur Auflösung sozialistischer Verbindungen ergriffen haben, die die Sicherheit Rußlands bedrohen könnten. Die administrativen Organe hätten bereits entsprechende Instruktionen erhalten und zugleich sei eine schärfere Kontrolle der über Hangö abreisenden und aus dem Auslande eintreffenden Personen eingeführt worden.

Rußland.

Tolstoi und die Bureaukratie.

Angesichts der infernalischen Hetze, die die Regierung, von den Echtrussen unterstützt, gegen Tolstoi inszeniert hat, dürfte es von Interesse sein, die Verfolgungen kennen zu lernen, denen Tolstoi während der letzten Jahrzehnte von der Bureaukratie ausgesetzt war. N. Falejew veröffentlicht in der „Slowo" eine Reihe von Rundschreiben der Oberpreßverwaltung, der wir folgendes entnehmen:

Es wurde allen Preßorganen anbefohlen:

1. 28. März 1890: „Jegliche Polemik anläßlich der „Kreutzersonate" einzustellen."
2. 1892: Den Brief, den Tolstoi in der „Daily Telegraph" veröffentlichte, nicht nachzudrucken.
3. 4. Juli 1894: „Keinerlei Nachrichten über Graf L. N. Tolstoi, seine Werke und sein Privatleben weder vollständig noch in Auszügen aus den ausländischen Zeitungen abzudrucken."
4. 1898 (zum 70jährigen Jubiläum Tolstois): „Keinerlei Artikel oder Notizen über das bevorstehende Jubiläum des Grafen L. N. Tolstoi zu bringen."
5. 25. Februar 1901: „Keinerlei Erörterungen an die Bestimmung des Synods vom 20. und 22. Februar betreffend die Exkommunikation des Grafen L. N. Tolstoi zu knüpfen."
6. 8. Aug. 1901: „Keinerlei Nachrichten über die Reise des Grafen L. N. Tolstoi nach dem Süden und die Ovationen, die ihm seine Verehrer darbrachten, abzudrucken" usw. usw.

Am interessantesten ist jedoch nachstehendes Rundschreiben, das der Minister des Innern, Ssipjägin, anläßlich der Gerüchte über eine ernste Erkrankung Tolstois am 29. Januar 1902 verbreitete:

„In Anbetracht der Möglichkeit, daß in allernächster Zeit der Tod des Grafen L. N. Tolstoi eintritt und von der Ansicht ausgehend, daß man dann gegen das Abdrucken von Artikeln, die seiner Lebensschilderung und literarischen Tätigkeit gewidmet sind, nichts einzuwenden haben kann, erachtete der Minister des Innern es als notwendig, daß die Verfügung vom 8. September 1883 in Kraft bleibe und daß in allen Mitteilungen und Artikeln über Graf L. N. Tolstoi die nötige Objektivität und Vorsicht gewahrt werde."

Türkei.

Enwer Bey und die jungtürkische Bewegung.

Die Londoner „Times" vom 1. September enthält eine Korrespondenz aus Monastir, in der eine lehrreiche Unterredung mit Enwer Bey, dem geistigen Führer der jungtürkischen Offiziere, wiedergegeben wird. Enwer erklärte: „Sie sehen mich bei der Arbeit in einem politischen Bureau, aber ich bitte Sie, davon Notiz zu nehmen, daß ich kein revolutionärer Führer bin, sondern ein einfacher Offizier, der durch die Macht der Verhältnisse gezwungen wurde, politisch zu wirken. Ich bin hier mehr durch Zufall als durch Absicht. Obwohl ich seit mehreren Jahren dem Komitee für Einheit und Fortschritt angehöre, habe ich nichts Politisches unternommen, bis ich von Spionen dem Yildiz denunziert und mir befohlen wurde, nach Konstantinopel zu gehen. Anstatt dem Befehle nachzukommen, floh ich in die Berge. Die Flucht, sowie die von Riazi Effendi, zog die Aufmerksamkeit auf mich. Aber meine Kollegen wissen, daß ich keinen anderen Ehrgeiz habe, als meinem Lande zu dienen.

„Die Revolution ist eine nationale und nicht eine Armeerevolte, — sie ist der Aufstand eines ganzen Volkes gegen eine Regierung, die es zur Verzweiflung brachte. Die Armee ist nicht die Herrin, sondern die Dienerin der Situation; sie ist das Werkzeug des nationalen Willens. Diesen Punkt möchte ich besonders hervorheben. Das Komitee für Einheit und Fortschritt steht hinter der Regierung und nimmt für den Augenblick die Stelle des Parlaments an, indes es als eine beratende Kammer wirkt und die Mitglieder der Regierung mit allen Angelegenheiten von öffentlichem Interesse bekannt macht.

„Obwohl die Revolution gegen den Despotismus des Yildiz gerichtet war, so wird das Komitee den Sultan unterstützen, so lange er die Konstitution achtet.

„Unsere Politik den europäischen Mächten gegenüber ist von dem Bestreben geleitet, überall Vertrauen einzuflößen und keinen Anlaß zu Anstoß zu geben. . . . Der Panislamismus hat keinen Platz in unserem Programm. Aegypten liegt außerhalb des Gesichtsfeldes des Komitees. Die jungtürkische Partei wird sich in die Verwaltung Aegyptens nicht mischen und die antibritischen Agitatoren nicht begünstigen." —

Der Ausstand der Orient-Eisenbahner.

Der Ausstand auf der nach Saloniki führenden Orientbahnlinie dauert fort. Der Personenverkehr ist eingestellt. Auf der Linie von Adrianopel nach Konstantinopel hat ein teilweiser Ausstand begonnen. Trotz der Intervention des jungtürkischen Komitees beharrt die Direktion der Orientbahnen gegenüber den Streikenden auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Infolgedessen dehnt sich der Streik immer weiter aus und droht ein allgemeiner zu werden.

Marokko.

Abdul Asis oder Mulay Hafid Sieger?

Ueber den Ausgang eines Gefechts, das in der Nähe von Marrakesch zwischen hafidistischen und asischen Streitkräften geliefert wurde, kommen einander widersprechende Meldungen. Die aus französischer Quelle wissen von einem Siege der Assisisten zu melden, die aus englischer von einem Siege der Hafidisten. General d'Amade telegraphierte nach Paris, daß ein scharfes Gefecht zwischen Anhängern Abdul Asis unter Mtugi und den Hafidisten unter El Glani und seinem Bruder stattgefunden habe. Letzterer, der frühere Gouverneur von Marrekesch, soll getötet und seine Mahalla vollständig vernichtet sein. Dieser Meldung steht schroff ein Tangerer Telegramm der „Times" gegenüber, die melden, daß die Armee des Kaid Mtugi durch die Hafidisten geschlagen, und bestätigt, daß Mtugis Bruder als Gefangener nach Marrakesch gebracht wurde. Mtugi selbst soll in seinem befestigten Schlosse zerniert sein. Die Stämme, die früher Abdul Asis unterstützten, heißt es weiter, fechten jetzt gegen ihn.

Es bleibt abzuwarten, welche dieser Meldungen den Tatsachen entspricht.

Die französisch-spanische Note an Mulay Hafid.

Der Pariser „Matin" weiß über den Inhalt der französisch-spanischen Note zu berichten, daß sie außer dem Hinweise auf die Notwendigkeit der Anerkennung des Vertrages von Algeciras durch Mulay Hafid auch den enthält, daß letzterem die Verpflichtung aufzuerlegen sei, für den Lebensunterhalt seines Bruders Abdul Asis in angemessener Weise zu sorgen.

Aus der Partei.

Genosse Bebel sendet uns folgende Erklärung zur Veröffentlichung:

Die Redaktion des „Vorwärts" hat anläßlich der Veröffentlichung meines Briefes an den Redakteur des „Labour Leader", Genosse Bruce Glasier, bemerkt, daß ich wahrscheinlich diesen Brief geschrieben, ehe mir etwas von den Verhandlungen der Vertreter der englischen Arbeiterpartei — ich unterstreiche absichtlich dieses Wort — mit dem Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Aktionsausschuß bekannt geworden sei.

Ich bemerke darauf, daß ich von jenen Verhandlungen nicht die geringste Kenntnis hatte, als ich meinen Brief schrieb, und erst am 29. August aus dem „Vorwärts" erfuhr, daß Abmachungen der bekannten Art getroffen seien.

Ich füge weiter hinzu, daß mein Brief vom 20. August an den Genossen Bruce Glasier ein Privatbrief war, meine Antwort auf dessen Privatbrief, und ich eine Veröffentlichung nicht wünschte, was deutlich daraus hervorging, daß ich es ablehnte, in dem Streit Hyndman-Keir Hardie eine Erklärung im „Labour Leader" abzugeben.

Ich kann daher die Veröffentlichung meines Briefes nur lebhaft bedauern und lehne jede Verantwortung ab für die Konsequenzen, die diese Veröffentlichung für das Verhältnis der englischen Genossen zu einander haben kann.

Bemerken will ich noch, daß mein Brief fehlerhaft übersetzt ist. Das erklärt sich dadurch, daß mein Brief erst ins Englische und dann aus dem Englischen wieder ins Deutsche rückübersetzt wurde. Leider besitze ich keine Abschrift von demselben.

Die „Münchener Post"

betreibt eine Stimmungsmache, die von einer geradezu grenzenlosen Skrupellosigkeit zeugt. So bringt sie in ihrer Freitagnummer einen Leitartikel, „Die Anwerbung der Parteitagsmehrheit", dessen Schlußabsätze folgendermaßen lauten:

Und noch eins: Im Wahlkreis Potsdam wurden, und zwar mit 18 gegen 4 Stimmen (!), zwei dortige Genossen und Karl Kautsky aus Berlin gewählt. Als gegen letzteren Widerspruch laut wurde, erklärte der Vorsitzende: „daß der Vorstand die Wahl Kautskys empfohlen habe, damit die sonst vom Kandidaten des Kreises, Karl Liebknecht, vertretene geistige Richtung in Nürnberg ihre Vertretung finde".

Die Unparteilichkeit des Parteivorstandes darf also wohl bezweifelt werden!

Wenn Worte noch einen Sinn haben, so heißt das: die „Münchener Post" beschuldigt den Parteivorstand, den Vorstand der Gesamtpartei, daß er sich in die Delegiertenwahl des Kreises Potsdam-Osthavelland eingemischt habe, daß er die dortigen Genossen aufgefordert habe, drei Delegierte und als dritten den Genossen Kautsky zu wählen! Und diese Behauptung gründet die „Münchener Post" feixschweg auf das eine Wort „Vorstand" in der von ihr zitierten Erklärung des Vorsitzenden der Konferenz des Wahlkreises Potsdam-Osthavelland!

Weiß die „Münchener Post" nicht, daß es Wahlkreisvorstände gibt? Weiß sie nicht, daß der Vorsitzende im Namen des Vorstandes der Kreisorganisation sprach?

Jeder Genosse, der die Notiz liest und einigermaßen die Organisationsverhältnisse kennt, wird nimmermehr auf den Gedanken kommen, daß der Vorsitzende vom Vorstand der Gesamtpartei sprach, sondern ganz richtig schließen, daß der Vorstand der Kreisorganisation gemeint ist.

Und die „Münchener Post" sollte das nicht erkennen können! Sollte es nicht können, nachdem sie darüber aufgeklärt worden war, daß im Bericht über die bewußte Hamburger Parteiversammlung das Wort „Vorstand" den Kreisvorstand und nicht den Parteivorstand bedeutete?

Nein, hier ist kein Mißverständnis, hier ist absichtliches Mißverstehen, um Stimmung machen zu können gegen den Parteivorstand! Um seine Erklärung, daß er sich nicht in die Delelegiertenwahlen der Kreise mische, vor den gutgläubigen Lesern der „Münchener Post" als eine Unwahrheit hinstellen zu können!

Wahrlich, die Perfidie dieser Kampfesweise ist nicht mehr zu übertreffen!

* * *

Die „Münchener Post" führt in ihrem Artikel vier Brandenburger Wahlkreise an, die drei Delegierte entsenden, und die nach der Meinung der „Münchener Post" dazu nicht berechtigt sind, wegen der Zahl der dort organisierten Genossen. Was dazu zu sagen ist, haben wir schon gestern gesagt, wir ersparen uns eine nochmalige Erörterung der Dinge.

Die Budgetfrage vor der Mainzer Parteiorganisation.

Dienstag abend beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung in Mainz mit der Budgetfrage. Parteisekretär Graeger hielt das einleitende Referat. Er bedauert, daß die Debatte in der Parteipresse nicht mit Ruhe und Sachlichkeit geführt wurde. Die Aufforderung der „Münchener Post" zu einem erneuten Disziplinbruch hätte die Mainzer „Volkszeitung" mit aller Schärfe zurückweisen müssen. Gegen Konferenzen von Abgeordneten sei nichts einzuwenden, aber die Besprechung über die Stellung zur Budgetfrage, die von großer Wichtigkeit für die Parteipresse sei, gehöre vor die Oeffentlichkeit. Die Gründe, die in Bayern und Baden für die Bewilligung ins Feld geführt wurden, würden nicht von der Lübecker Resolution gedeckt. Wenn die Lübecker Resolution den süddeutschen Genossen zu weit gehe, so hätten sie von dem Parteitag die Abänderung verlangen sollen. Unter allen Umständen seien Parteitagsbeschlüsse hoch zu halten, sie sind unser oberstes Gesetz. — Genosse Adelung ist der Meinung, daß von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Wer unter dem Gesichtswinkel des Revisionismus die Frage behandle, treibe Gespensterseherei. In diesem Falle sei kein Verstoß zu erblicken, wenn man nicht engherzig interpretiere. Ein Bedürfnis zur Aenderung der Lübecker Resolution liege nicht vor. — Genosse Schildbach betrachtet die Budgetverweigerung nicht als ein Prinzip, sondern als eine Frage der parlamentarischen Taktik. — Genosse Portenkirchner verteidigt die bayerische Budgetbewilligung. Er faßt sie als Demonstration gegen die norddeutsche Reaktion auf. — Genosse Schneider meint, auf die süddeutschen Abgeordneten habe die bürgerliche Blockpolitik abgefärbt. Der Staat komme den Arbeitern nur aus Furcht entgegen; für die paar abfallenden Brocken hätten sie sich nicht zu bedanken. Wer dem Budget zustimme, billige auch die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. — Genosse Daschmann sagt, das Prinzip, die Parteitagsbeschlüsse hochzuhalten, sei verletzt worden. Die Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne in Bayern sei doch nicht eine Folge der Budgetbewilligung. — Genosse Göbel billigt die Budgetzustimmung in diesen Fällen. — Genosse Piehler ist der Meinung, daß es sich um eine taktische Frage handelt. Die Techniker, die industriellen und staatlichen Beamten, der sog. neue Mittelstand, müsse uns gewonnen werden, um der Partei größere Stoßkraft zu verleihen. Diese Elemente begriffen die Budgetverweigerung keineswegs. — Genosse Graeger hält in seinem Schlußwort an seiner Auffassung fest. Er erhofft von dem Parteitag eine Stellungnahme, die zum Nutzen der Partei ausschlage. Eine Resolution habe er aus diesem Grunde nicht unterbreitet. — Die Versammlung war von etwa 200 Personen besucht.

Die Breslauer „Volkswacht" gerät außer sich, weil wir gesagt haben, sie habe die Münchener Obstruktionsdrohung „in gewissem Sinne verteidigt". Sie behauptet: „Das ist nicht wahr." — Dabei hat sie bekanntlich die „Hauptschuld an diesem unparteigenössischen Verhalten" dem „Vorwärts" und denjenigen Berlinern zugesprochen, „die die Norddeutschen aufstacheln, mehr Delegierte, als nötig sind, nach Nürnberg zu senden, und die sich selbst für alle möglichen Wahlkreise delegieren lassen". Wir haben keine Lust, uns darüber herumzuzanken, ob demgegenüber der Ausdruck „in gewissem Sinne verteidigt" zu viel sagt. Von einiger Bedeutung ist aber die Nachbemerkung der Breslauer „Volkswacht". Sie lautet:

„Wie der „Vorwärts", der obendrein diese Stelle wörtlich abdruckt, daraus eine „Verteidigung" der Unbesonnenheit herauslesen kann, ist einfach unerfindlich. Dagegen lehrt dies kleine Beispiel aufs neue, wie nervös man in Berlin geworden ist; denn wenn man schon mit uns so polemisiert, die wir mit dem „Vorwärts" nichts haben, wie kann da der „Vorwärts" gegenüber den Süddeutschen, mit denen er „auf dem Kriegsfuße lebt", sachlich und objektiv fechten?"

Es tut uns leid, aber wir müssen diese Auslassung als eine recht wenig angemessene Stimmungsmache bezeichnen. Den Breslauer Parteigenossen wird dadurch suggeriert, daß der „Vorwärts" wer weiß wie schlimm auftrete, während sie von den hanebüchenen Beschimpfungen und Verhetzungen, die sich in der „Münchener Post" und der „Fränkischen Tagespost" täglich überstürzen, wenig oder nichts erfahren. Natürlich nur im Interesse des inneren Parteifriedens!

Eine ganz sonderbare Auffassung finden wir im „Volksblatt" für Gotha. Es schreibt:

„Der Parteikonflikt spitzt sich durch den sehr überflüssigen zornigen Eifer verschiedener Parteiblätter hüben und drüben immer mehr zu. Es scheint in unseren Reihen Leute zu geben, die eine Spaltung der Partei als eine recht geringfügige Sache ansehen. Es ist sonst nicht zu erklären, daß man nicht mehr Zurückhaltung übt."

Das nimmt uns doch wunder! Nach unserer unmaßgeblichen Meinung muß jeder, der eine Spaltung der Partei für das schlimmste hält, was passieren könnte, durch den Sprengversuch der Münchener Redakteure in einen heiligen Zorn geraten. Und umgekehrt verrät derjenige, der hier noch Zurückhaltung üben kann, daß ihm eine Spaltung der Partei als eine recht geringfügige Sache erscheint, um die es sich nicht einmal lohnt, sich aufzuregen.

Der Bildungsausschuß

versendet zwei Publikationen, die für die Bildungsarbeit des bevorstehenden Winterhalbjahrs von Bedeutung sind. Die erste handelt vom Winterprogramm 1908/1909. Ausführlich werden die verschiedenen Mittel planmäßiger Bildungsarbeit dargelegt. Nach einer

allgemeinen Einleitung, in der der Rahmen der Bildungsbestrebungen bezeichnet wird, behandeln die einzelnen Kapitel den Zweck und die Organisation lokaler Bildungsausschüsse, die Einrichtung wissenschaftlicher Wanderkurse, die Propaganda für gute Jugendschriften, die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken, die Art der Vorstellungen und Kunstabende. Dem Kapitel der wissenschaftlichen Wanderkurse sind die Dispositionen einiger Vortragskurse angefügt; beim Kapitel: Kunstabende sind eine Reihe Programmentwürfe für künstlerische Veranstaltungen verschiedener Art abgedruckt. Den Schluß bildet der Entwurf eines Arbeitsplanes für einen lokalen Bildungsausschuß.

Die zweite Publikation sind die von diesen Organisationen seit Wochen erwarteten Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken. Sie enthalten als erste Serie 10 Einzelkataloge in der Preislage von 10, 25, 50, 75, 100, 150, 200, 250, 350 und 500 M. Die letzte und größte Bibliothek, die außer der letzten Ergänzung von 150 M. die Bücher aller vorhergehenden Bibliotheken umfaßt, enthält 256 Bücher. Die Parteiliteratur nimmt darunter naturgemäß den größten Raum ein, doch sind auch andere Wissensgebiete, wie Geschichte, Volkswirtschaft, Naturwissenschaft, Philosophie, Technik und belletristische Literatur vertreten.

Es ist zu erwarten, daß diese Kataloge das Arbeiterbibliothekswesen, vorläufig besonders das der kleineren Orte, anregen werden. Doch wird die Anordnung der Bücher auch dem einzelnen an seiner Weiterbildung arbeitenden Genossen manchen Fingerzeig geben.

Die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW., Lindenstr. 3) sendet den Organisationen (Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaftskartellen, einzelnen Gewerkschaften, Arbeiterbibliotheken) beide Drucksachen auf Wunsch zu. Die beim Bildungsausschuß gemeldeten Organisationen erhalten die Drucksachen ohne Aufforderung zugesandt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter, Parteigenossen!

Zum Sonntag, den 6. d. M., ist von den Wiesenthalern eine öffentliche Vereinsversammlung nach der „Neuen Welt" in der Hasenheide einberufen.

In dieser Versammlung will man über den Metallarbeiterverband und den „Vorwärts" zu Gericht sitzen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Wiesenthaler sich nicht gescheut haben, gemeinsam mit den „Hirschen", den „Gelben" (Vertreter Lebius) und den „Unorganisierten" einen Vertrag vor dem Gewerbegericht abzuschließen und dadurch den begonnenen Streikbruch vollständig zu machen, geben wir den organisierten Arbeitern Berlins und Umgegend den Rat, die zum Sonntag einberufene Versammlung nicht zu besuchen!

Bestimmend für diesen Rat ist, daß es doch nicht die Absicht der Parteigenossen sein kann, mit den Hirsch-Dunckerschen, Christlichen, Gelben, Wiesenthalern und Unorganisierten über den „Vorwärts" und den Deutschen Metallarbeiterverband zu Gericht zu sitzen. Schon aus Gründen der Reinlichkeit ist es geboten, den Versammlungen fernzubleiben, die von Gelben und den Genossen der Gelben einberufen sind.

Um den Berliner organisierten Arbeitern Gelegenheit zu geben, zu der ganzen Angelegenheit Stellung zu nehmen, haben wir zum Montag abend 10 Versammlungen einberufen. Das Nähere hierüber wird Sonntag im „Vorwärts" bekanntgegeben.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die streikenden Rohrleger und Helfer

hielten am Freitag vormittag eine Versammlung ab, welche den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz füllte. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Handke mit, daß in bürgerlichen Blättern, besonders auch in der „Berliner Volkszeitung" unwahre, entstellte Berichte über die gegenwärtige Streikbewegung erschienen seien. Aus diesem Grunde habe die Vertrauensmännerkonferenz beschlossen, daß, falls die bürgerliche Presse auch über die gegenwärtige Versammlung unwahre Berichte bringt, die Streikleitung den betreffenden Berichterstattern in Zukunft den Zutritt verweigern könne. — Die Versammlung stimmte diesem Beschluß der Vertrauensmänner zu.

Ueber die Situation des Streiks sagte Handke: Bis jetzt haben 45 Firmen mit 250 bis 260 Arbeitern den Tarif des Deutschen Metallarbeiterverbandes bewilligt. Die Zahl der Streikenden hat sich demzufolge um die entsprechende Anzahl vermindert, jedoch sind andererseits neue Streikende hinzugekommen, darunter eine größere Zahl von Mitgliedern des Allgemeinen Verbandes, welche erklären, sie könnten als klassenbewußte politisch organisierte Arbeiter den Verrat, welchen der Allgemeine Verband betreibt, nicht mitmachen. Die Zahl der von Allgemeinen Verband Uebergetretenen mehrt sich von Tag zu Tag. Eine Anzahl auswärts arbeitender Monteure haben infolge der telegraphischen Benachrichtigung durch die Streikleitung die Arbeit niedergelegt. Unter allseitiger Zustimmung kennzeichnete der Redner die bekanntgegebene Streikbrechervermittelung des Allgemeinen Verbandes. Das sei ein Vorgang, der in der Arbeiterbewegung einzig dastehe, daß eine Organisation, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen wolle, Streikbrecher nach solchen Firmen schickt, wo die Mitglieder der anderen Organisation die Arbeit niedergelegt haben. Damit habe sich der Allgemeine Verband endgültig außerhalb der Reihen der Arbeiterorganisationen gestellt. Ein weiteres Kennzeichen des Allgemeinen Verbandes sei es, daß der von den Unternehmern ohne Mitwirkung der Arbeiter aufgestellte Tarifvertrag am Donnerstag auf dem Gewerbegericht unterschrieben wurde von dem Vertreter der Hirsch-Dunckerschen, von Lebius als Vertreter der Gelben (!) und von Wiesenthal als Vertreter des Allgemeinen Verbandes. (!) Nachdem der Allgemeine Verband auf diese Weise beigetragen habe zur Verschlechterung der Lage der Rohrleger, nachdem er sich aufgespielt habe als Streikbrecherorganisation, würden auch wohl die Instanzen der politischen Arbeiterbewegung die Konsequenzen ziehen und die Mitglieder des Allgemeinen Verbandes dahin schicken, wohin sie gehören: zu unseren Gegnern. Weiter führte der Redner aus: Durch den formellen Abschluß des Vertrages mit den genannten Organisationen glauben die Unternehmer, die Streikenden mutlos zu machen. Es ist die letzte Karte, welche die Unternehmer ausgespielt haben, sie werden aber dadurch die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen. Die Streikenden wissen, um was es sich bei diesem Kampf handelt, sie werden deshalb aushalten, bis es ihnen gelungen ist, die geforderten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Anerkennung zu bringen. Ferner teilte der Redner mit, daß sich die Berliner Gewerkschaftskommission mit dem Streik beschäftigen und in nächster Zeit eine Reihe von Versammlungen abgehalten werden, um die Arbeiterschaft Berlins über die gegenwärtige Bewegung der Rohrleger zu informieren und Stellung nehmen zu lassen.

Was geschieht mit den Strafgeldern bei der Auergesellschaft?

Diese Frage beschäftigte am Donnerstag eine Betriebsversammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Deutschen Gasglühlichtgesellschaft, die den großen Saal von Litfin in der Memeler Straße füllte. Der Referent Wuschick führte aus, daß in dem Betriebe dieser, der Auergesellschaft, ein Strafensystem besteht, das, zumal bei der höchst willkürlichen Anwendung durch die Meister, außerordentlich schwer auf der Arbeiterschaft lastet und um so empörender wirkt, als sie keinerlei Kontrolle über die Verwendung der vielen Strafgelder hat. Nach den festgesetzten Bestimmungen hat jeder, der innerhalb der ersten Stunde nach Beginn der Arbeitszeit zur Arbeit kommt, 10 Pf. Strafe zu zahlen; wer noch später kommt, kann an demselben Tage nur mit besonderer Erlaubnis des Abteilungsvorstehers oder der Direktion seine Arbeit beginnen, und wer in einer Woche dreimal zu spät kommt, hat 50 Pf. Extrastrafe zu zahlen. Außerdem wird in allen Fällen, sowohl bei Lohn- wie Akkordarbeit, der Lohn für die versäumte Arbeitszeit abgezogen. Rauchen im Betriebe wird auch mit 50 Pf. bestraft. Es sind dazu noch Bestimmungen vorhanden, wonach Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitsordnung mit Geldstrafen bis zur Hälfte des Tagesverdienstes, ja in gewissen Fällen mit dem Verlust des ganzen Tagesverdienstes belegt werden. Hierbei ist von Tätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erheblichen Verstößen gegen die guten Sitten, gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung usw. erlassenen Vorschriften die Rede. Dieser Paragraph ist so schlecht stilisiert, so unklar und vieldeutig abgefaßt, daß man alles mögliche da herauslesen und hineinlegen kann. Alle Strafgelder sollen der „Arbeiterunterstützungskasse" zufließen, aber davon, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern irgendwelche Abrechnung über diese Kasse vorgelegt werden sollte, ist nichts bestimmt, und dergleichen ist denn auch nie geschehen. Man muß eben zahlen, wenn der Meister ein strafbares Vergehen entdeckt zu haben glaubt, man weiß in vielen Fällen nicht einmal, warum man bestraft wird und weiß niemals, was mit all dem Geld, das auf diese Weise einkommt, geschieht. Allerdings werden in jedem Sommer einige Arbeiterinnen nach dem berühmten Seebad Misdroy geschickt. Aber das geschieht, wie es heißt, auf Kosten der Direktion, und den also bevorzugten Arbeiterinnen sucht man dann auch klarzumachen, daß sie doch bei der Auergesellschaft so außerordentliche Wohltaten wie kaum in irgendeiner anderen Fabrik genießen. Außerdem gibt es Unterstützungen in besonderen Notfällen, aber dabei muß erst von einem Beamten des Betriebes — nicht etwa vom Arbeiterausschuß, denn einen solchen gibt es bei der Firma gar nicht — recherchiert werden, ob die Not groß genug ist. Vielleicht wird ein Teil der Strafgelder auch zu den Unterhaltungsabenden, die man im Fabrikgebäude veranstaltet, verwandt, um einem „geistigen Notstand" unter den Arbeiterinnen abzuhelfen. Aber wer kann das wissen? In anderen Großbetrieben, wo man Geldstrafen eingeführt hat, ist doch dafür gesorgt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Arbeiterausschuß oder durch besondere Kommissionen genaue Uebersicht und Kontrolle über die Verwendung der Gelder erhalten, und außerdem gibt es Großbetriebe, wo solche Strafen überhaupt nicht eingeführt sind, aber gleichwohl die schönste Ordnung herrscht. So bei der Allgemeinen Aktiengesellschaft für Gasglühlicht in der Gubener Straße, deren Direktor erklärte, von Strafbestimmungen halte er nichts, weil sie nichts bessern, sondern höchstens verschlechternd wirken könnten.

In der Versammlung wurden nun noch verschiedene Beispiele sonderbarer Anwendung der Strafbestimmungen bei der Auergesellschaft erwähnt. So von einer Abteilung, wo Gruppen von 7 oder 8 Arbeiterinnen gemeinsam arbeiten und allemal eine die Aufgabe hat, täglich 70 bis 80 Zettel mit Nummern, meist sechsstelligen Zahlen, zu beschreiben. Schreibt sie nun einmal eine Nummer falsch, so haben sämtliche Arbeiterinnen jede eine Strafe von 50 Pf. und im Wiederholungsfalle von 1 M. zu zahlen. Durch besonders willkürliche und häufige Strafverhängung soll sich neben anderen vor allem der Meister Fink auszeichnen; es wurde gesagt, daß es bei ihm wie in einer Zuchthausabteilung sei. — Die Versammlung, in der die Entrüstung über diese Verhältnisse lebhaft zutage trat, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Betriebsversammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Auergesellschaft beschäftigte sich mit dem bei der Firma bestehenden Strafsystem. Die Fabrikordnung besagt, daß sämtliche Strafgelder in die zum Besten der Arbeiter bestehende Arbeiterunterstützungskasse fließen. Da nun die Arbeiter und Arbeiterinnen davon überzeugt sind, daß große Summen Strafgelder abgezogen und der Unterstützungskasse zugeführt werden, erwartet die Versammlung von der Direktion, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Abrechnung über die eingegangenen Strafgelder und die ausgezahlten Unterstützungen durch Anschlag am schwarzen Brett bekanntgegeben wird. Ferner verlangt die Versammlung eine gerechte Verteilung der Gelder sowie das Recht, an der Verwaltung der Unterstützungskasse teilzunehmen."

Uebrigens wurde auch erwähnt, daß Arbeiterinnen des Betriebes ihren Vorgesetzten oder Direktricen Geburtstagsgeschenke machen und bis zu 36 M. für so ein Geschenk aufbringen. Eine dieser Damen soll neulich zu ihrem Geburtstag eine solche Menge Blumen erhalten haben, daß sie bald darin erstickt wäre, und sogar der Meister der Abteilung dagegen Einspruch erhob. Daß durch solche Unsitte, durch die sich einzelne Arbeiterinnen Liebkind zu machen suchen, die Verhältnisse nur verschlechtert werden, ist selbstverständlich.

Es wurde ferner über den Erfolg der Betriebsversammlung vom 4. Juli berichtet. Damals waren bekanntlich zwei Arbeiterinnen ziemlich schwer verunglückt, und es hatte sich herausgestellt, daß die Hilfe, die ihnen zuteil wurde, sehr mangelhaft war, die Einrichtungen zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen eben auch sehr unzureichend waren. Unter Mitwirkung von Vertretern ihres Arbeitspersonals hat die Firma nun eine gründliche Kontrolle der Einrichtungen vornehmen lassen und Verbesserungen durchgeführt.

Bei der Firma Heinrich Hansen, Kronleuchterfabrik, Bergmannstraße 68, haben sämtliche dort beschäftigten Schlosser, Schleifer, Gürtler und Monteure wegen ganz bedeutender Abzüge und Maßregelung der Kommission die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist bis auf weiteres für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Die Tarifverhandlungen in der Wäschebranche wurden am Donnerstag durch die Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz fortgesetzt. Nachdem seitens der Fabrikanten bei der Kündigung des Tarifs und auch noch bei den ersten Verhandlungen die Absicht bekundet worden war, Herabsetzungen der bisherigen Löhne vorzunehmen, stellten sich die Vertreter der Fabrikanten bei Beginn der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung auf den Standpunkt, sie würden keine Abzüge vornehmen, sie seien vielmehr bereit, die bisher gezahlten, d. h. in den alten Tarifen festgesetzten Löhne weiterzuzahlen unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter in eine Verlängerung der unveränderten Tarife auf fünf Jahre willigen. Zur Begründung dieses Vorschlages wurde seitens der Fabrikanten ausgeführt: Infolge der Kämpfe, welche dem Abschluß der alten Tarife vorausgingen, sei der Berliner Wäscheindustrie sehr viel Arbeit an auswärtige Fabriken verloren gegangen. Um eine sichere Grundlage für ihre Kalkulationen zu haben und um das Berliner Geschäft wieder zu beleben, sei eine Zeit des Friedens nötig, die durch eine längere Vertragsdauer gewährleistet werde. Die Fabrikanten sind der Meinung, daß es schon als Entgegenkommen gegen die Arbeiter anzusehen ist, wenn sie die gegenwärtige schlechte Konjunktur nicht benutzen, um die Löhne herabzusetzen, sondern sich verpflichten, die bisherigen Tariflöhne sowie auch die Lohnsätze, welche für neue Artikel nachträglich vereinbart worden sind, auf weitere fünf Jahre zu zahlen.

Die Vertreter der Arbeitnehmer, deren Organisation der Schneiderverband ist, machten dagegen geltend, es sei doch gewiß kein Entgegenkommen und noch viel weniger Wohlwollen, wenn die Fabrikanten versprechen, die gegenwärtigen Löhne nicht zu kürzen. Undenkbar sei es, daß die Arbeiterorganisation einen Vertrag abschließen könne, der die gegenwärtigen Lohnsätze, welche schon vor drei Jahren vereinbart worden sind, auf weitere fünf Jahre festlegt. Damit würden ja die Arbeitnehmer, falls sich die Konjunktur in den nächsten Jahren bessern sollte, jede Möglichkeit, an der Verbesserung teilzunehmen, verlieren. In keinem Beruf bestehe ein Tarif, der die Löhne auf so lange Zeit unverändert läßt.

Im Laufe der Besprechung führten die Vertreter der Arbeitnehmer mehrere Einzelfälle an, um zu beweisen, daß die tariflichen Lohnsätze nicht immer bezahlt werden. Die Vertreter der Fabrikanten bemerkten dazu, sie würden diese Angaben untersuchen, und wenn sie zuträfen, solle Remedur geschaffen werden. Die Tarife müßten unter allen Umständen gehalten werden.

Die Vertreter der Arbeiter forderten ferner, daß zunächst, ehe eine Festlegung der Vertragsdauer erfolgt, die Lohntarife — jede Fabrik hat ihren besonderen Tarif — vorgelegt und beraten werden. Die Fabrikanten meinten dagegen, es solle doch hinsichtlich der Löhne alles beim alten bleiben, also sei eine Beratung neuer Tarife nicht notwendig. Etwaige Tarifänderungen in bezug auf neue Positionen könnten auch nach Abschluß der Vertragsdauer noch beraten werden.

Nach längerer Dauer der Diskussion erklärten die Fabrikanten, daß sie an ihren Vorschlägen: fünfjährige Vertragsdauer mit unveränderten Lohnsätzen festhalten. Sie erwarten bis zum 20. d. M. Bescheid, ob die Arbeiterorganisation diesen Vorschlag annimmt. Wenn nicht, dann trete eine tariflose Zeit ein, jeder Fabrikant würde die Löhne mit seinen Arbeitern vereinbaren, ohne die Organisation hinzuzuziehen.

Auch nach dieser Erklärung blieben die Vertreter der Arbeitnehmer dabei, daß eine fünfjährige Verlängerung des Vertrages unter diesen Umständen unannehmbar sei. — Nachdem auch der Vorsitzende, Herr v. Schulz, darauf hingewiesen hatte, daß ein Vertragsabschluß auf fünf Jahre etwas ganz Ungewöhnliches sei, erklärten die Fabrikanten, daß sie sich mit einer vierjährigen Dauer begnügen würden. — Die Vertreter der Arbeiter erklärten dagegen, daß sie höchstens einer dreijährigen Vertragsdauer zustimmen könnten. — Nach einer Sonderberatung willigten auch die Fabrikanten in einen Vertragsabschluß auf drei Jahre.

Nun traten auch die Vertreter der Arbeitnehmer zu einer Sonderberatung zusammen und verkündeten als Resultat derselben, daß sie bereit seien, bei ihren Mandatgebern folgende Bedingungen für die Erneuerung des Vertrages zu vertreten:

Die im Jahre 1905 abgeschlossenen Tarife werden auch fernerhin bezahlt. Dasselbe gilt für die Löhne, die während der Vertragsdauer neu eingeführt wurden. Diese werden tariflich festgelegt.

Für neueingeführte Grundformen, welche durch die Hand oder durch maschinelle Hilfsmittel hergestellt werden, sind die Löhne zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren, beiden Verbänden anzuzeigen und dem Gewerbegericht einzureichen. Können sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht einigen, so tritt die Schlichtungskommission und im weiteren Falle das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Tätigkeit.

Der Tarif gilt bis 1. Oktober 1911. Wird er nicht drei Monate vor seinem Ablauf gekündigt, so gilt er als auf ein Jahr verlängert.

Die Fabrikanten erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden. Die Vertreter der Arbeiter sagten bis spätestens am 25. d. M. die bindende Erklärung ihrer Mandatgeber zu.

Deutsches Reich.

Der Streik der Maurer in Castrop bei Dortmund dauert unverändert fort. Bekanntlich haben drei Unternehmer den Tarif gebrochen. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen.

Massenkündigung in der Glasindustrie.

Die Unternehmergruppe der Glasschleif- und Polierwerke Böhmens und Bayerns hat beschlossen, in der Zeit vom 28. September bis 26. Oktober sämtliche Betriebe zu schließen bezw. ganz stillzulegen. Am 29. August ist bereits die Kündigung derjenigen Arbeiter erfolgt, die nach dem Vertrage vier Wochen Kündigungsfrist haben. Die Kündigung der anderen Arbeiter soll in 14 Tagen erfolgen. Allein in der Oberpfalz werden durch dieses Vorgehen gegen 2000 Arbeiter brotlos, die in etwa 200 Betrieben beschäftigt sind. — Die Unternehmer, die sich bereits vor 6 Monaten in aller Stille zu einem festen Verbande zusammengeschlossen haben, wollen einen Vorstoß gegen die Glasarbeiterbewegung unternehmen.

Ausland.

Die Aussperrung im Buchbindergewerbe Stockholms und Eskilstunas dauert unverändert fort. Jedoch hat unter anderem ein großes Geschäft, die Firma Albert Bonnier in Stockholm, auf Grund der gestellten Forderungen einen neuen Tarifvertrag mit dem Buchbinderverband abgeschlossen. Die Buchbindereibesitzer Stockholms bemühen sich, ihre Arbeiten, besonders Schulbücher, die notwendig gebraucht werden, andernorts fertiggestellt zu erhalten. Sie sollen sich auch nach Deutschland, namentlich nach Leipzig und Berlin gewandt haben, jedoch, soweit bekannt ist, ohne Erfolg. Eine der größten Verlagsbuchhandlungen Stockholms macht den Versuch, ihre Bücher roh an die Buchhändler im Lande abzusetzen, in der Hoffnung, daß diese den Einband irgendwo hergestellt erhalten. Bei der starken, das ganze Land umfassenden Organisation der Buchbinder erscheint es jedoch ausgeschlossen, daß man irgendwo die nötigen Streikbrecher auftreibt. In der kapitalistischen Presse Stockholms ist der Plan aufgetaucht, eine Aussperrung der Buchdrucker zu veranstalten, um dem Kampf im Buchbindergewerbe ein Ende zu machen. Solche Aussperrung wäre aber ein Tarifbruch, den sich der schwedische Buchdruckerverband jedenfalls nicht ruhig gefallen ließe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kreuziget ihn!

Petersburg, 4. September. (W. T. B.) Aus Anlaß der Feier des **achtzigsten Geburtstages Tolstois** wendet sich die **Heilige Synode** mit einem Aufruf an alle Rechtgläubigen, in dem zwar die großen Verdienste Tolstois auf literarischem Gebiete **bis zu den siebziger Jahren,** die ihn zu einem weltberühmten Schriftsteller gemacht haben, nicht in Abrede gestellt werden, aber darauf hingewiesen wird, daß Tolstoi später seine literarische Tätigkeit schroff verändert habe, **da er die christliche Lehre angefeindet und sich als ein hartnäckiger Gegner der orthodoxen Kirche gezeigt habe.** Die Ehrung eines von der christlichen Kirche Abgefallenen könne **Anstoß unter der Jugend und den Glaubensschwachen erregen,** daher fordert der Synod alle Rechtgläubigen auf, sich einer **Feier für Tolstoi zu enthalten. Die Geistlichen sollen für Verbreitung von Schriften, in denen die Lehren Tolstois widerlegt werden, sorgen.**

Bergwerkskatastrophe.

Bochum, 4. September. (W. T. B.) **Auf der Zeche „Julius Philipp",** die der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft gehört, erfolgte heute nachmittag auf der dritten Sohle **ein Wassereinbruch.** Von der 80 Mann betragenden Belegschaft wurden **neun Mann abgeschnitten, von denen sechs Mann bereits gerettet sind. Es ist gelungen, mit den Verschütteten eine Verbindung herzustellen. Man hofft dieselben retten zu können.** Die Rettungsarbeiten dürften 3—4 Tage in Anspruch nehmen.

Opfer des Bergbaues.

Recklingshausen, 4. September. (W. H.) **Auf der Zeche Hugo II** ist durch Hereinbrechen eines Unterzuges **der Hauer Joseph Schmidt getötet worden. Ein anderer wurde schwer verletzt.**

Dortmund, 4. September. (W. H.) Auf der **Zeche Adolf Hansemann** verunglückte ein Schlepper dadurch, daß sich in einem Durchbruch **ein Stempel löste und ihm auf den Kopf fiel. Der Tod trat sofort ein.**

Ein Schweinepriester.

München, 4. September. (W. H.) **Der frühere Pfarrer Hoffmann** wurde heute früh verhaftet, nachdem er gestern in dem außerhalb der Stadt belegenen Walde an einem **neunjährigen Schulmädchen ein Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte.**

Riesenfeuer in Japan.

Tokio, 4. September. (W. T. B.) **In Niigata wütet eine furchtbare Feuersbrunst. Viertausend Häuser stehen in Flammen. Es herrscht große Not.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer.

Hannover, 3. September.

4. Verhandlungstag.

Zur Verhandlung kommt nunmehr der wichtigste Punkt der Tagesordnung:

Lohnbewegung und Tarifverträge.

Das einleitende Referat hält Bömelburg. Dieser weist zunächst darauf hin, daß der Vorstand am 4. Mai dem am 27. April gefällten Schiedsspruch im Einverständnis sämtlicher Gauvorsitzender und unter Zustimmung von Hunderten von Vertrauensleuten seine Zustimmung erteilt habe, ohne daß die Mitglieder des Verbandes in Versammlungen vorher dazu Stellung zu nehmen Gelegenheit hatten. Damit habe der Vorstand etwas getan, wozu er nach den bisherigen Gepflogenheiten nicht berechtigt war. Der Verbandstag habe nun darüber zu entscheiden, ob der Vorstand, dem wegen seines Verhaltens von einigen Seiten die heftigsten Vorwürfe gemacht und sogar „Verräterei" vorgeworfen sei, recht gehandelt habe oder die Interessen des Verbandes geschädigt habe. Weiter solle der Verbandstag dann auch bestimmen, wie in ähnlicher Situation verfahren werden solle. Er wolle hier nachweisen, daß der Vorstand nicht anders habe handeln können, und ferner auseinandersetzen, wie er sich die Führung von Bewegungen in den nächsten Jahren denke. Bömelburg skizziert dann die Pläne der Unternehmerverbände, die darauf hinausliefen, der Kasse des Verbandes, als dessen Hauptstärke, in möglichst kurzer Zeit möglichst große Verluste zuzufügen. Die Taktik der Unternehmerverbände sei deshalb auf einheitlichen Zusammenschluß und auf einheitliches gleichzeitiges Handeln gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet gewesen. Diesem Plane habe auch das Vorgehen der Unternehmer im letzten Frühjahre gedient. Redner gibt dann einen Ueberblick über die Entwickelung und den Verlauf der damaligen Bewegung, die einen ganz beispiellosen Umfang angenommen habe. Es habe sich dabei bekanntlich in erster Linie darum gehandelt, alle Tarifverträge so abzuschließen, daß sie am 31. März 1910 ablaufen, und dann alle diese Verträge auf der Grundlage eines sogenannten Mustertarifs nur mit Zustimmung der Zentrale des Arbeitgeberbundes abzuschließen. Dieser Mustervertrag habe für die Arbeiter mehrere unannehmbare Bestimmungen enthalten, abgesehen davon, daß auf Seiten der Unternehmer der feste Beschluß vorlag, sich mit aller Entschiedenheit der Verkürzung der Arbeitszeit zu widersetzen. Der Vorstand habe in seinen Verhandlungen mit den Unternehmern kein Hehl daraus gemacht, daß an die Annahme dieses Vertrages niemals zu denken sei. Diese Verhandlungen seien außerordentlich erschwert dadurch, daß den Unternehmern infolge ihres Sieges in Berlin der Kamm geschwollen sei. Redner verurteilt die Haltung der Berliner Kollegen bei der vorjährigen Bewegung, denen damals annehmbare Zugeständnisse gemacht seien, die aber trotz allen Zuredens es zu einem Kampfe kommen ließen, in dessen Verlauf die Unternehmer sogar mit Lohnreduzierungen vorgingen, ohne daß die Berliner Kollegen nunmehr die Stärke und Entschlossenheit besessen hätten, dem sich in einem kraftvollen Kampfe mit Erfolg zu widersetzen. Im Hinblick auf diesen Sieg des Berliner Unternehmertums wurde das ganze deutsche Unternehmertum scharf gemacht. Dazu kam die tiefgehende und allgemeine Krisis im Baugewerbe, die die Position der Arbeiterverbände schwächte, und Mitte März habe keine Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Streites bestanden. Dann sei von dritter Seite angeregt und versucht worden, zentrale Verhandlungen zwischen den Verbandsleitungen herbeizuführen, die dann Ende April zu dem bekannten Schiedsspruch des beiderseits akzeptierten unparteiischen Kollegiums geführt habe, dem der Vorstand zustimmte, was dann soviel Staub aufgewirbelt habe. Der Schiedsspruch habe gegenüber dem ursprünglichen „Mustertarif" einige wesentliche Zugeständnisse enthalten, wenn er auch begreife, daß das Zugeständnis von nur einem Pfennig Lohnerhöhung eine große Erbitterung unter den Kollegen hervorgerufen habe. Man habe nach Fällung des Schiedsspruches aber einfach vor der Entscheidung gestanden: Annahme oder Kampf. Eine dritte Möglichkeit gab es nicht. Der Vorstand und die Gauvorsitzenden hätten sich einmütig dahin entschieden, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Kampf nicht zu verantworten sei, und daß ein solcher schlimme Folgen für die Mitglieder und den Verband gezeitigt haben würde. 4 Gesichtspunkte seien für diese Entscheidung maßgebend gewesen: die wirtschaftliche Krise; die Jugend der Organisationen in den Bezirken, die bei dem zu erwartenden Kampfe am meisten in Betracht gekommen sein würden; ferner die voraussichtlichen Folgen eines unglücklichen Kampfes für diese Organisationen und für die Gesamtorganisation, und endlich die Rücksicht auf die Zukunft. Redner schildert dann eingehend die Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis im Baugewerbe, über die aus den einzelnen Gauen wahre Schreckensbilder entworfen seien, und die um so schlimmer sei, als es sich um keine nationale, sondern um eine Weltkrisis handelt. Gewerkschaftlicher Grundsatz sei, nur zu kämpfen, wenn Aussicht auf Erfolg bestehe; wenn man aber gegenwärtig es auf einen Kampf hätte ankommen lassen und dabei eine Niederlage erlitten, so hätten wir nicht nur die eigene Organisation geschädigt, sondern die gesamten Arbeiterorganisationen. Welches die betonten Rücksichten auf die Zukunft seien, darüber werde er sich natürlich hier nicht äußern. Für einsichtige Kollegen könne gar kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn man den Kampf unternommen hätte, diesen nicht hätte siegreich durchführen können. „Hätten wir den Verband in einen solchen Kampf gedrängt, dann würde man uns heute die bittersten Vorwürfe zu machen berechtigt sein, würden wir wirklich einen Verrat am Verbande und an der gesamten Kollegenschaft begangen haben." Es sei ein Frevel, zu sagen, wir hätten eine gewaltige Niederlage erlitten. Wer die Verhältnisse und die Rücksicht auf den Verband gelten lasse, könne das nicht sagen. Man könne angesichts dessen sagen, wir haben uns aus der Bewegung mit einem blauen Auge herausgedrängelt, und wer wissen wolle, wer der Sieger sei, brauche sich nur bei den Unternehmern umzusehen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Diese wollten von ihrem „Siege" nichts mehr wissen. „Wir haben die Pläne der Unternehmer zuschanden gemacht, darüber kann kein Zweifel bestehen." Außerdem seien auch einige wirtschaftliche Vorteile bei den Verhandlungen herausgeholt, trotz der tiefgehenden wirtschaftlichen Krisis. Er gebe zu, daß der Vorstand durch seinen Beschluß etwas getan habe, was zwar nach dem Statut nicht verboten sei, aber den bisherigen Gepflogenheiten widerspreche. Man sage, der Vorstand habe das demokratische Prinzip verletzt. Hoffentlich aber seien die Kollegen einsichtig genug, zu erklären, daß der Vorstand sich in einer Lage befand, in der er nicht anders handeln konnte. Es habe sich in jenem Augenblick nicht um das demokratische Prinzip gehandelt, sondern um Menschenexistenzen und um das Wohl des Verbandes. Redner geht dann des näheren auf die Richtlinien für die Zukunft ein, nach denen die späteren Verhandlungen, die jedenfalls auch wieder zentrale sein würden, mit den Unternehmern zu führen seien, deren Grundzüge in nachstehender Resolution niedergelegt sind:

Der zehnte (außerordentliche) Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands erneuert die grundsätzliche Stellung des Verbandes zur Tarifvertragsfrage und beschließt in Rücksicht auf die neuere Entwickelung für die weitere Tätigkeit des Verbandes auf diesem Gebiete folgende Leitsätze:

1. Bei eventuellen zukünftigen zentralen Verhandlungen zum Zweck der Vereinbarung eines Vertragsmusters als Grundlage für die Abschließung von Tarifverträgen ist dahin zu wirken, daß
   a) durch das Vertragsmuster möglichst alle Fragen des Arbeitsverhältnisses, mit Ausnahme des normalen Stundenlohnes, der normalen Arbeitszeit und der Akkordarbeit, zentral geregelt werden;
   b) Bestimmungen, die mit der Regelung des Arbeitsverhältnisses nichts zu tun haben, in das Vertragsmuster nicht aufgenommen werden;
   c) die Festsetzung des Stundenlohnes, der täglichen Arbeitszeit und ob Akkordarbeit zulässig sein soll oder nicht, den örtlichen Organisationen vorzubehalten bleibt, und
   d) Tarifverträge nur abzuschließen sind für einzelne Orte oder für mehrere Orte, die gemeinsam ein wirtschaftliches Interessengebiet darstellen.

2. Die Aufstellung von Forderungen ist Sache der Zweigvereine resp. der Sektionen für die Spezialbranchen; die hierzu erforderlichen Versammlungen sind den Mitgliedern frühzeitig unter Angabe der Tagesordnung bekanntzugeben.

Die Zweigvereins- resp. Sektionsvorstände haben zur Aufstellung von Forderungen eine Vorlage auszuarbeiten und der Versammlung zu unterbreiten.

Kommen für einen Tarifvertrag mehrere Zweigvereine resp. Sektionen oder mehrere Organisationen in Betracht, dann haben sich diese über die Forderungen zu verständigen. Die Art der Verständigung ist von Fall zu Fall zu vereinbaren.

3. Lokale Tarifverhandlungen, d. h. Verhandlungen für einzelne Lohngebiete, sind, wenn nichts anderes bestimmt wurde, von den Vorständen der Zweigvereine resp. Sektionen zu führen.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen ist den Mitgliedern in Mitgliederversammlungen Bericht zu erstatten; in den Versammlungen ist auch über das Verhandlungsergebnis zu entscheiden.

Sind Verhandlungen zu führen für ein Gebiet, das sich über mehrere Zweigvereine resp. Sektionen erstreckt, dann haben diese eine Verhandlungskommission einzusetzen, über deren Stärke von Fall zu Fall Vereinbarungen zu treffen sind.

Auch in solchen Fällen ist den Mitgliedern in Mitgliederversammlungen über die Verhandlungen Bericht zu geben. Das Entscheidungsrecht steht ebenfalls den Mitgliedern zu.

Abstimmungen sind in allen in Frage kommenden örtlichen Organisationen möglichst an ein und demselben Tage vorzunehmen. Alle abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt; einfache Stimmenmehrheit entscheidet.

Es ist aber auch gestattet, zu vereinbaren, daß die endgültige Entscheidung einer Konferenz der Zweigvereine übertragen wird.

5. Die zentrale Leitung der Lohnbewegung und die Führung zentraler Verhandlungen ist Aufgabe des Verbandsvorstandes und der Gauvorsitzenden; beide gemeinsam können aus ihrer Mitte einen Aktionsausschuß einsetzen.

Der Verbandsvorstand und die Gauvorsitzenden (für ihre Gebiete) sind berechtigt, an allen lokalen Verhandlungen und auch an den Verhandlungen für Vertragsbezirke teilzunehmen.

6. Die Entscheidung über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen im Jahre 1910 steht einem Verbandstage zu, den der Verbandsvorstand rechtzeitig einzuberufen hat.

7. Die Bestimmungen des Streikreglements werden durch diese Leitsätze nicht berührt.

Bömelburg bemerkt dazu, daß es, um ähnliche Situationen wie im Frühjahr 1908 zu vermeiden, in den Kämpfen, die für 1910 drohen, den nächsten Verbandstag, der sich eingehend damit zu beschäftigen habe, zu vertagen, um wieder zusammenzutreten, wenn wichtige Entscheidungen zu fällen sind. Anders werde es nicht kommen. Der Verbandstag heute, der prüfen solle, ob der Vorstand und die Gauvorsitzenden etwas Tadelnswertes getan haben, möge ohne Vorurteil prüfen im Abmaß der ganzen Verhältnisse, und vor allem ruhig und sachlich prüfen, nicht aber zu den persönlichen Methoden kommen, wie sie an manchen Orten von einzelnen Personen geübt sei. Der Verband sei in der Zukunft vor die Lösung großer Aufgaben gestellt; er sei nicht machtlos geworden, wie einzelne behaupten. Machtlos sei der Verband nur dann, wenn man die Dinge nicht sehe, wie sie sind, wenn man nicht einig sei. Sei man aber einig, dann werde alles ganz anders kommen, als die Unternehmer sich vorgenommen hätten. Die Parole müsse deshalb sein, daß für die Arbeiterbewegung nichts unmöglich sei, sondern daß sie die Aufgaben, die sie zu lösen gezwungen sei, um jeden Preis lösen könne, wenn sie einig, geschlossen und stark dastehe. (Lebhafter Beifall.)

In der

Diskussion

erklärt Busch-Leipzig seine gegensätzliche Stellung zum Verhalten des Verbandes und macht Bömelburg insbesondere den Vorwurf, durch sein Eingreifen in die Leipziger Bewegung diese geschädigt zu haben. Weiter bekämpft er den vorliegenden Vorstandsantrag, weil dieser dem Verbande und den Gauleitern in entscheidenden Fragen die bestimmende Macht in die Hand gebe.

Kriese-Königsberg erklärt sich mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden; unter den obwaltenden Umständen habe dieser nicht anders handeln können.

Hunold-Leipzig ist dagegen der Meinung, daß der Vorstand vor der Entscheidung gar nicht die Absicht gehabt habe, die Kollegen zu hören. Die Leipziger wendeten sich weniger gegen den Vertrag, obwohl er unverkennbare Nachteile, namentlich in bezug auf die Akkordarbeit gegenüber den bisherigen Arbeitsverhältnissen in Leipzig enthalte, sie bekämpften nur die geübte Taktik, die eine diktatorische Maßnahme bedeute. Disziplin müsse sein, was aber verlangt werde, sei Kadavergehorsam. Stimme dem der Verbandstag zu, so sei eine Zersplitterung in Leipzig zu befürchten.

Bömelburg erklärt, daß die Bestimmung „Akkordarbeit ist zulässig" den Unternehmern nur als Kampfmittel gegen die Organisationen diene. Der Vorstand habe bei den Verhandlungen mit den Unternehmern alles versucht, um darum herumzukommen und man habe damit erst angefangen, als man die Unmöglich-

Kleines Feuilleton.

Der Einfluß des Wetters auf den Menschen. Der Einfluß des Wetters auf den Menschen, auf sein körperliches Befinden, seine Gemütsstimmung und sein Geistesleben äußert sich in mannigfacher Weise. So wirkt trübes Wetter sehr nachteilig auf das Gemüt empfindsamer Menschen, es kann sie unleidlich und zur Arbeit unfähig machen, während Sonnenschein sie in heitere, angeregte Stimmung versetzt und ihre Schaffenskraft anregt. Nach in Kopenhagen angestellten Untersuchungen beginnt die Muskelkraft im Januar mit der Stärke der chemisch wirksamen Strahlen des Sonnenlichtes zu steigen, bis die hohe Temperatur der Sommermonate einen Stillstand verursacht. Im Sommer schlafen viele Leute schlechter wie im Winter und sind weniger erquickt nach dem Schlummer, während die Kälte selbst etwas Einschläferndes hat. Im Sommer überwiegen die Verdauungskrankheiten, im Winter die Erkältungskrankheiten. Das Wetter resp. das Klima beeinflußt auch den ganzen Volkscharakter. Die Südeuropäer sind viel lebhafter als die Nordeuropäer. Das Tropenklima wirkt auf die Dauer erschlaffend und macht unlustig zur Arbeit. Kälte verlangsamt, wenn sie lange anhält, jede organische Tätigkeit, ein strenger anhaltender Winter soll, wie Prof. Kaßner in seinem Buche über „Das Wetter" anführt, gewissermaßen zur Faulheit erziehen, was man nicht bloß beim Winterschlaf der Tiere, sondern auch am Leben der Eskimos sieht. Am besten ist das Klima der gemäßigten Zone. Denn gerade der Wechsel sommerlicher Wärme und winterlicher Kälte ist dem Menschen sehr zuträglich, nicht aber der Aufenthalt im Süden während des Winters und im hohen Norden während des Sommers.

Die sanitären Verhältnisse in Paris. Die Stadt Paris erfreut sich guter Einrichtungen in sanitärer Hinsicht, was sich schon daraus ergibt, daß die Sterblichkeitsziffer eine niedrige ist. Starben doch in Paris 1905 auf 1000 Einwohner bloß 18, allerdings ist auch die Geburtsziffer eine niedrige. Im ganzen Jahre starben 47 000 Personen, geboren wurden 55 000 Kinder; totgeboren wurden 5000. Der tägliche mittlere Wasserverbrauch beträgt 680 000 Kubikmeter, davon ist ein Drittel Quellwasser, zwei Drittel Flußwasser, die Länge der Rohrleitung beträgt 2632 Kilometer. Direkte Anschlüsse an die Kanalisation gibt es etwa 40 000. Eine rege Tätigkeit entfaltet das Untersuchungsamt, welches die Marktbestände und Geschäftsräume direkt besichtigt. Es wurden 34 000 Kilogramm frische Gemüse, Pilze, Früchte und Fleisch beanstandet und deren Vernichtung angeordnet. Ebenso werden die Verkaufsstellen von Petroleum und Mineralwasser, die Gastwirtschaften, die Fleischereien, Bäckereien und Konditoreien besichtigt. Besondere Aufmerksamkeit wird der Weinkontrolle geschenkt. Von 8000 Weinproben erwiesen sich nur ein Viertel als gut, 1800 als schlecht, 1171 waren gewässert, 92 gespritet, 202 gegipst, 38 mit Salicylsäure versetzt, eine Anzahl übermäßig geschwefelt, andere mit Saccharin versetzt, wieder andere stichig. An Lungenschwindsucht starben 10 548 Personen, eines gewaltsamen Todes 1691 Personen. In den Krankenhäusern wurden 209 000 Personen verpflegt, in den Irrenhäusern 22 845. Der ärztliche Nachtdienst wurde von 9561 Personen in Anspruch genommen. In Paris ist nämlich der ärztliche Nachtdienst in der Weise organisiert, daß jeder Arzt, der sich bereit erklärt, Nachtbesuche zu machen, von der Polizei 10 Frcs. erhält, wenn der die Hilfe in Anspruchnehmende nicht zahlungsfähig ist. Es gibt in Paris 3665 Aerzte, 1380 Hebammen, 873 Zahnärzte und 1833 Apotheken.

Straßen aus Terrakotta. Der schlechte Zustand der amerikanischen Landstraßen bildet der Entfaltung des Automobilismus in Amerika ein schweres Hindernis und man arbeitet jetzt emsig daran, durch die Schaffung guter Fahrwege dem Uebel abzuhelfen. Die amerikanischen Ingenieure haben dabei eine sehr sinnreiche Methode ersonnen, um auf einfache und praktische Weise eine mustergültige Fahrstraße zu schaffen. In der Regel handelt es sich um sandige und tonhaltige Gebiete, durch die die Wege geführt werden müssen. Wie der „Gil Blas" erzählt, wird dieser Umstand trefflich ausgenutzt: nachdem die Strecke traciert und der Boden nivelliert ist, wird die künftige Straße durch breite, je einen Meter voneinander entfernt liegende Querfurchen durchbrochen. Es entstehen so regelrechte kleine Herde, die mit Brennholz gefüllt und sodann wieder mit Tonerde bedeckt werden. Es genügt, die untere Staffel des Holzes anzuzünden, die Furchen vermitteln die Ventilation, in verhältnismäßig kurzer Zeit entwickelt sich eine große Hitze und die ganze Straße wird gewissermaßen zu einem gewaltigen Backofen. Der Ton verschlackt, härtet sich und wenn das Holz ausgebrannt ist, so braucht nur die Oberfläche noch geebnet zu werden, um eine fertige Straße zu erlangen. Dabei wird auch jede Staubentwickelung verhindert, vorausgesetzt, daß die Teerung durchgeführt wird. In Mississippi sind bereits mehrere Straßen auf diese Weise gebaut worden; die Kosten bei diesem Verfahren waren relativ gering und überstiegen kaum 3200 M. pro Kilometer.

Humor und Satire.

Steuervorschlag.

Das Defizit, es ist ganz enorm,
Herr Sydow kratzt sich am Kopfe;
er sinnt auf eine Finanzreform,
doch kommt er damit nicht zu Topfe.

Nur eins ist sicher auf jeden Fall:
man muß die kommende Steuer
auf Dinge richten, welche an Zahl
notorisch ganz ungeheuer.

Was also gibt es besonders viel?
So seht doch in die Journale!
Sie reden von einem bekannten Spiel
tagtäglich mehrere Male.

Es ist in Kasernen sehr beliebt,
man nennt es: Rekruten zähmen;
der Eine nimmt und der Andere gibt,
und Geben ist sel'ger denn Nehmen.

Man ziehe künftig Gebühren ein
für jede Partie dieses Spieles:
ganz sicher wird schon im Jahre 09
das Defizit kleiner um Vieles.

Man drucke sorglich zum Handgebrauch
den Tarif, als Beispiel benenn' ich:
Einen Groschen kostet der Tritt in den Bauch,
der Tritt in den Hintern 5 Pfennig.

Doch wird man aus sozialem Gefühl
nicht Kleinigkeiten besteuern:
man darf dem bescheidenen Manne sein Spiel
nicht übermäßig verteuern.

Drum soll man — auch wird der Ertrag sonst zu groß —
von jeglicher Steuer befreien:
Einfache Ohrfeige, Rippenstoß,
Kneifen, ins Antlitz speien.

Nur greift man ja nicht den Täter an!
Das hieße, die Steuer verschandeln.
Die trägt allein der mißhandelte Mann!
Wer möchte denn sonst noch mißhandeln? . . .

Verschärfung des Drilles zur selbigen Zeit
mit diesem Mittel erreicht man,
Und die viel zu zärtliche Freundlichkeit
von Vorgesetzten, sie weicht dann,

in der man zu einem gewissen verfluchten Laster ganz richtig den Grund sucht . . .
So hebt die Steuer die Manneszucht
und steuert der Mannesunzucht.

Franz.

Notizen.

— Ein neuer ansehnlicher Komet mit langem Schweife wurde nach telegraphischer Mitteilung im Sternbild Giraffe von dem Astronomen Morehouse der Jerkes-Sternwarte (Vereinigte Staaten, Chicago) entdeckt. Seine schnelle Bewegung ist südöstlich bezw. nordwestlich gerichtet.

— Binnenschiffahrt in Frankreich. Nach dem „Globus" beträgt die Länge der schiffbaren Wasserstraßen Frankreichs gegenwärtig 12 100 Kilometer; davon weisen 5540 Kilometer jederzeit eine Fahrtiefe von 2 Meter auf, auf 4800 Kilometer können Fahrzeuge von 38,5 Meter Länge und einem Tiefgange von 1,8 Meter verkehren. Der gesamte Verkehr belief sich 1906 auf 34 143 673 Tonnen, die Zahl der Tonnenkilometer auf 5 102 147 375, das heißt jede Tonne legte durchschnittlich einen Weg von 149 Kilometer zurück. Für die Bedürfnisse der Binnenschiffahrt wurden von 1814 bis 1900 ohne die Unterhaltungskosten 1 569 724 200 Fr. ausgegeben, davon allein von 1871 bis 1900 rund 800 Millionen Frank.

— Der Weltverbrauch an Seide wird auf jährlich 50 Millionen Kilogramm geschätzt. Davon entfallen 24 Millionen Kilogramm auf Europa, 18 Millionen Kilogramm auf Asien, 7 Millionen Kilogramm auf Afrika. Der Wert der Gesamtproduktion wird mit 16 M. pro Kilogramm auf 800 Millionen Mark berechnet.

keit dessen einsah und die Verhandlungen daran zu scheitern drohten. Im übrigen sei ausdrücklich festgestellt, daß die Unternehmer niemanden zur Akkordarbeit zwingen können; sie sei eben nur „zulässig", keine Zwangsnotwendigkeit. Es komme nur darauf an, daß die Zweigvereine den Beschluß faßten, daß die Mitglieder keine Akkordarbeit leisten dürften, und daß die Mitglieder dem auch nur Folge leisten. Die Bestimmung über die Akkordarbeit ändere dann also nichts an dem bestehenden Zustande.

Heube-Gotha anerkennt, daß im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Umstand, daß eine große Zahl der Maurer außerhalb des Verbandes stehe, die einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben könne, der Vorstand und die Gauvorstände bei ihrem Entschluß sich der Tragweite dessen, was die Zukunft bringe, wohl bewußt gewesen seien. Hätten sie anders gehandelt, so wäre das ein Verrat an den Interessen des Verbandes und der Kollegen gewesen. Man hätte den Unternehmern den größten Gefallen getan, wenn man es zu einem Kampfe hätte kommen lassen. Die Unternehmer würden den günstigen Zeitpunkt benutzt haben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf ein möglichst niedriges Niveau herabzudrücken. Der Verbandstag müsse dem Vorstande und den Funktionären Vertrauen aussprechen, daß sie ihre volle Pflicht im Interesse des Verbandes getan haben.

Neubert-Köslin hält das Verhalten des Vorstandes für das einzig richtige angesichts der dargelegten Verhältnisse, wenn auch die Aufregung unter den Kollegen über den „Mustertarif" durchaus berechtigt war. Die Akkordarbeit hätten sie ihren Mitgliedern in Köslin verboten. Sie hätten zunächst auch auf dem Standpunkte gestanden, den Vertrag abzulehnen; sie hätten sich aber von der Zweckmäßigkeit dessen nach Lage der Dinge überzeugt.

Hein-Düsseldorf meint, die Verhältnisse im Verbande wären keine gesunden gewesen, wenn die Ereignisse die Kollegen nicht zu energischem Protest geweckt hätten. Der Vorstand habe sich offenbar leiten lassen von dem Verlauf der Berliner Bewegung, die zu viel Geld gekostet habe. Um zu verhindern, daß über den Kopf der Mitglieder hinweg derartige wichtige Beschlüsse gefaßt werden, empfehle er die Annahme des Antrages, daß bei großen Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen den Mitgliedern das Bestimmungsrecht zustehe.

Muth-Köln ist der Auffassung, daß man zu früh mit Konzessionen an das Unternehmertum herangetreten sei; hätte man im entscheidenden Augenblick noch etwas fester gehalten, dann würde nach seiner Meinung vielleicht noch etwas mehr zu erreichen gewesen sein.

Wagner-München stellt die Kritik der Münchener Kollegen an dem Tarifabschluß als berechtigt hin, weil dadurch deren Bestrebungen und Hoffnungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit vereitelt seien. Er wendet sich überhaupt gegen den Zentralvorstand, von dem die Münchener seit jeher nichts Gutes zu erwarten gehabt hätten. Die weitere Entwickelung der Dinge nach dem Vertragsabschluß habe für die Münchener auch einen Arbeitsnachweis gebracht, der in den Händen der Unternehmer liege.

Thabor-Krefeld meint, es komme nicht so sehr auf das an, was geschehen sei, sondern in erster Linie darauf, was in Zukunft geschehen solle. Nach den Erfahrungen der letzten Bewegung stehe er auf dem Standpunkt, daß der Vorstand gar nicht anders habe handeln können, und er werde auch im Jahre 1910 nicht anders handeln können. Er empfehle deshalb, den Antrag des Vorstandes anzunehmen und den Vorstand zu beauftragen, in Verbindung mit den Gauvorständen bei der Bewegung 1910 in diesem Sinne zu handeln. Es sei dann Aufgabe der Delegierten, die Kollegen über die Art einer solchen Bewegung aufzuklären, damit nicht wieder eine derartige Mißstimmung Platz greife. Geschehe das, dann würden auch in Zukunft solche Bewegungen zum Siege führen.

Hirbs-Elberfeld ist von Anfang an der Ueberzeugung gewesen, daß der Vorstand nicht anders habe handeln können, und er könne auch mit Genugtuung konstatieren, daß nach entsprechender Aufklärung über die Lage der Verhältnisse die Elberfelder Kollegen von der gleichen Erkenntnis erfüllt gewesen seien. Hätte man es im Frühjahr zu einer Aussperrung kommen lassen, dann würde das zu einer schweren Niederlage geführt haben.

Peter-Witten glaubt, daß, wenn man bei den Verhandlungen etwas energischer gewesen wäre, die Unternehmer wohl auch etwas gefügiger gewesen sein würden. Die Leitung solle in solchen Situationen den Mitgliedern mehr Rechnung tragen und sie mehr aufklären.

Malinka-Breslau vermißt auch eine größere Energie und betont, daß unter den Breslauer Kollegen große Mißstimmung über den Vertrag bestehe. Bei zukünftigen ähnlichen Verhandlungen müsse den Vereinen resp. Mitgliedern ein größeres entscheidendes Bestimmungsrecht gewahrt werden.

Thöns-Berlin schließt sich der Kritik Bömelburgs an der Berliner Bewegung an. In den neuesten Kämpfen habe es oft an der klaren Erkenntnis der notwendigen Voraussetzungen eines Erfolges gefehlt. Das Verhalten des Vorstandes verdiene volle Billigung. Auf die Berliner Kollegen solle man aber jetzt nicht mehr Steine werfen, denn eine große Zahl von ihnen habe sich mustergültig benommen. Die Vorschläge des Vorstandes hinsichtlich der Richtlinien für zukünftige Verhandlungen seien durchaus richtige.

Ziegler-Nürnberg erklärt sich im allgemeinen mit der Haltung des Vorstandes einverstanden, wenn man auch in einzelnen Punkten anderer Meinung sein könne.

Borgmann-Bremen betont, daß im Zweigverein Bremen eine große Entrüstung über den Mustertarif und die Haltung des Vorstandes bestanden habe. Es habe die Absicht bestanden, den Bremer Delegierten das Mandat mitzugeben, ihre Mißbilligung darüber hier zum Ausdruck zu bringen. Gegen diese gebundene Marschroute haben die Bremer Delegierten sich indessen gewehrt. Er verurteilt das Vorgehen des Leipziger Delegierten, der eine Zersplitterung unter den Leipziger Kollegen in Aussicht gestellt habe im Falle der Billigung des Verhaltens des Vorstandes. Die Delegierten seien hier, um auf Grund der Verhandlungen nach freiem Ermessen und bester Erkenntnis zu entscheiden. Er stehe auf dem Standpunkt, wenn der Vorstand weniger geschickt gehandelt und es zu einem Kampf hätte kommen lassen, dann wäre der Verband sehr schlimm dabei gefahren. Es sei verwunderlich, daß eine Anzahl Delegierter sich dieser Einsicht noch jetzt verschließe. Die zentralen Verhandlungen seien den herrschenden Verhältnissen entsprungen und man müsse dieser Tatsache Rechnung tragen. Der Zentralverband mache in der Gegenwart seine Belastungsprobe durch und beweise erst seine Brauchbarkeit. In dem Sinne, wie im Frühjahr 1908, müsse auch später gehandelt werden.

Heller-Berlin ist der gegenteiligen Auffassung. Trotzdem hätten sich die Berliner Kollegen dem Beschlusse und den dadurch geschaffenen Tatsachen gefügt. Im weiteren verteidigt er die Haltung der Berliner Kollegen in der vielfach angegriffenen Bewegung, bei der es sich nicht so sehr um die Lohnhöhe, als vielmehr in erster Linie um die Verkürzung der Arbeitszeit gehandelt habe. Die Kollegen hätten auch mustergültig sich in dem Kampfe gehalten. Erst mit dem Hereinbrechen der Krise habe die Situation ein anderes Bild bekommen. Die Berliner Organisation werde aber später geschlossen nachholen, was sie damals nicht habe erreichen können. Er stehe mit der Berliner Organisation auf dem Standpunkt, daß bei Abschluß derartiger Tarifverträge durch zentrale Verhandlungen die einzelnen Vereine zuvor gehört werden müssen. Soweit der Antrag des Vorstandes dem Rechnung trage, sei er damit einverstanden.

Nachdem noch einige weitere Redner ihre Stellung zur Sache geäußert, ohne wesentlich neue Momente in die Debatte zu werfen, rechtfertigt Silberschmidt-Berlin nochmals die Haltung des Vorstandes unter Hervorhebung der Bedeutung der letzten Bewegung. Er habe die Auffassung, daß die diesjährigen Verhandlungen für die deutsche Maurerbewegung noch einmal von gewaltiger historischer Bedeutung sein werden. Es galt in jener Bewegung zu zeigen, daß der Verband sich nicht noch einmal so drücken und knebeln lassen werde, wie das bei der vorjährigen Bewegung die Berliner sich hätten bieten lassen müssen. Der Verband habe seine Aufgabe, in der wirtschaftlichen Krise das einmal Erworbene festzuhalten, durchaus gelöst und sei von eminenter Bedeutung. Es sei für den Verband nichts verloren gegangen, andererseits sei ein Wall errichtet gegen die Wünsche der Unternehmer nach weiterer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, und der Erfolg der Bewegung bedeute etwas nie Erreichtes in der Möglichkeit des Beharrens in dem Willen, daß eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie nicht stattfinden dürfte. Er hoffe, daß der Verbandstag dem Vorstande seine volle Billigung erklären werde.

Er reden weiter, dem Verhalten des Vorstandes, teilweise unter einigen Ausstellungen, zustimmend, Schlüter-Bielefeld, John-Breslau, der dem Vorstande nur vorwirft, die Mitglieder nicht von vornherein hinreichend über die Situation aufgeklärt zu haben, ferner Petersen-Osnabrück, Glade-Breslau und Bendler-Herne, der dem Vorstande auf Grund der Verhältnisse zustimmt und nur die Verletzung des demokratischen Prinzips bei der Entscheidung des Vorstandes rügt. Es sei noch Zeit gewesen, die Mitglieder in Versammlungen Stellung nehmen zu lassen. Fischer-Mannheim kritisiert sowohl den Tarif, wie das Verhalten des Vorstandes, wenn er auch anerkennt, daß das Resultat dessen nach Lage der Dinge kein anderes hätte sein können. Es müßte Vorsorge getroffen werden, daß derartige Praktiken nicht wieder vorkommen. Niclauß-Dortmund steht auf dem Standpunkt Bendlers, daß die Erbitterung der Kollegen im Lande hauptsächlich daraus entsprungen sei, daß sie vor eine fertige Tatsache gestellt seien und der Vorstand über ihren Kopf hinweg entschieden habe, während nach ihrer Meinung hinreichend Zeit zur Einberufung entscheidender Versammlungen gewesen sei. Die Wirkung dieser Erregung sei heute noch zu spüren und werde noch lange nachhalten. Es gelte noch ein gut Stück Aufklärungsarbeit unter den Kollegen zu leisten, um solchen Situationen gewachsen zu sein.

Bömelburg erklärt, daß es nicht möglich gewesen sei, die Entscheidungen in den Zweigvereinen anzurufen. Die Schiedsrichter, die den Schiedsspruch fällten, lehnten jede Aenderung ab. Am Montag wurde der Spruch gefällt und schon am Dienstag traten die Unternehmer zusammen, die auf eine Entscheidung drängten. Nur wenige Versammlungen hätten vielleicht noch abgehalten werden können. Es habe sich doch aber nicht nur darum gehandelt, sondern die Gauvorstände hätten sich mit den einzelnen Zweigvereinsvorsitzenden verständigen müssen und in einzelnen Gauen kämen hunderte von Zweigvereinen in Frage. Herter-Mannheim kritisiert das Verhalten einer Anzahl Mannheimer Kollegen, die sich sogar zu der Drohung verstiegen hätten, einen süddeutschen Verband zu gründen, wenn der Verbandstag dem Vorstande zustimme und die Rechte der Mitglieder beschneiden sollte. Gerade der Kollege Fischer sei die treibende Kraft dieser gegensätzlichen Strömung gewesen, im Gegensatz zur Mehrheit. Er habe also am wenigstens das Recht, über die Verletzung des demokratischen Prinzips zu reden. Und eine derartige zersplitternde Tätigkeit werde gerade in einer Zeit getrieben, in der größte Geschlossenheit eine Notwendigkeit sei, um den Kämpfen der Zukunft zu begegnen. Hanke-Berlin verteidigt nochmals die Haltung der Berliner in der vorjährigen Bewegung als aus den Verhältnissen heraus gebotene und erklärt sich des weiteren für die Stellungnahme des Vorstandes.

Es wird beschlossen, die heutige Sitzung bis 9 Uhr abends auszudehnen. Bisher haben 29 Redner gesprochen, 67 stehen bis jetzt insgesamt in der Rednerliste, so daß die Diskussion mindestens auch noch die Freitag-Vormittagssitzung ausfüllen wird, wenn nicht gar den ganzen Tag.

* * *

Hannover, 4. September.

(Privatdepesche des „Vorwärts".)

Der Antrag auf Verlegung des Verbandssitzes von Hamburg nach Berlin wurde in der heutigen Sitzung mit 161 gegen 93 Stimmen abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

Gaskokspreise.

Steht schon die Preisentwickelung für die genannten Koksarten, die hauptsächlich gewerblichen Zwecken dienen, in starkem Gegensatz zu der gegenwärtigen Marktlage, so ist die Höhe der Preise für Gaskoks, namentlich soweit er von den Gasanstalten im Kleinverkauf abgegeben wird, schon überhaupt nicht mehr verständlich. Die Preise stehen durchweg noch höher als im Vorjahre und erst recht als in den Jahren 1905 und 1906. In Berlin z. B. kostete 1 Hektoliter Koks im Juli 1908 1,81 M.; er hatte 1907 zur gleichen Zeit 1,57, 1906 1,40 und 1905 gar nur 1,32 M. gekostet. Aehnlich war die Preisbewegung in anderen deutschen Städten. Wir führen noch einige zum Vergleich hier an. Es kostete im Juli der Jahre ein Zentner in Mark:

	1906	1907	1908
Königsberg	1,35	1,40	1,60
Stettin	1,20	1,31	1,35
Posen	1,20	1,20	1,50
Breslau	—	1,20—1,25	1,80—1,50
Hannover, westfälischer	1,35	1,45	1,58
Barmen	1,10	1,20	1,20
Köln	0,93	1,01	0,98

Gleichgeblieben ist der Preis in Magdeburg und Elberfeld, nur in Altona ist er etwas gesunken. Die Steigerungen überwiegen bei weitem. Die Gasanstalten können für diese Steigerung einen stichhaltigen Grund nicht angeben. Daß die Gestehungskosten im Jahre 1908 noch gewachsen sein sollten, ist nicht anzunehmen. Die Verwaltungen der städtischen Gasanstalten wollen möglichst hohe Betriebsüberschüsse erzielen, was ihnen durch die Tätigkeit des Gaskokssyndikats, dem ausschließlich kommunale Gasanstalten angehören, ermöglicht wird. Vermutlich hat dieses Syndikat den Gasanstalten so erhebliche Koksmengen zur Versorgung des Handels entnommen, daß das örtliche Angebot knapp gehalten werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn das Gaskokssyndikat über sein Eingreifen auf dem Koksmarkt während des laufenden Jahres nähere Aufschlüsse geben wollte.

Teuerung.

Der Butterpreis hat im Laufe dieses Jahres eine so starke Steigerung erfahren, daß der Preis im Juli höher stand als in irgend einem Vergleichsmonat seit dem Jahre 1900. Den niedrigsten Preis hatte in den letzten acht Jahren der Juli 1902 gebracht. Stellen wir die Notierungen im Juli für die Jahre 1900, 1902, 1907 und 1908 einander gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild. Ein Doppelzentner Butter kostete im Großhandel Mark:

	1900	1902	1907	1908
Berlin, I. Sorte	210,65	198,71	217,56	235,66
„ II. „	196,34	187,78	209,78	227,12
München, feinste Schweizer-	190,00	190,00	224,00	236,00
„ Gebirgs-	170,00	180,00	200,00	212,00

Gegenüber dem Vorjahre ist die erste Sorte in Berlin um 18 M., die zweite um annähernd 18 M., in München die beste Sorte um 12 M. und die zweite Sorte gleichfalls um 12 M. gestiegen. Im Verhältnis ist also der Preis für die geringeren Sorten stärker hinaufgegangen als für die besseren. Bemerkenswert ist, daß in Situationsberichten über den Buttermarkt von einer Stockung des Absatzes und einem allgemein dringenden Angebot berichtet wird. In denselben Berichten wird der Preis für Hof- und Genossenschaftsbutter auf 105 bis 123 M. im August angegeben, während die entsprechenden Vorjahrsnotierungen 88—120 M. betragen hatten. Erfreulich ist es, daß die Kleinhandelspreise für Butter die Aufwärtsbewegung im Großhandel bis jetzt noch nicht mitgemacht haben. In Berlin ist der Butterpreis im Kleinhandel für die billigste Sorte sogar noch etwas heruntergegangen; mit dem Vorjahre verglichen weist er allerdings eine kleine Erhöhung auf. In den meisten Gegenden sind aber die Kleinverkaufspreise für Butter auf demselben Stande wie im Vorjahre geblieben. Es fragt sich nur, ob die Verteuerung im Großhandel nicht auch bald auf die Preistendenz im Kleinhandel Einfluß gewinnen wird.

Daß auch für andere Haushaltungsartikel jetzt die Preise höher stehen als vor einem Jahre, zeigt folgende Tabelle über Berliner Markthallenpreise am 3. September. Es wurden amtlich notiert:

	1907 Mark	1908 Mark
Rosenkartoffeln pro 50 Kilogramm	1,50—2,50	2,25—3,00
Meerrettich pro Schock	5—15	8—16
Spinat pro 50 Kilogramm	8—15	12—15
Radieschen pro Schock	0,50—1	0,80—1
Pfefferlinge pro 50 Kilogramm	3—8	10—15
Wachsbohnen „ „ „	5—20	15—22
Zwiebeln „ „ „	3—6	4,50—5,50

Verminderung der Erwerbsgelegenheit, Lohnkürzungen und hohe Lebensmittelpreise erschweren zurzeit in ganz empfindlicher Weise die Lebensführung der Lohnarbeiter. Trotzdem will man immer noch glauben machen, dank der neudeutschen Wirtschaftspolitik befinde die Arbeiterschaft sich in einer beneidenswerten Lage. In Wirklichkeit ist die derzeitige Misere zum Teil eine Folge agrarischer und industriefeudaler Zoll- und Verteuerungspolitik.

Ernteaussichten in Westfalen. Wenn man letzthin immerhin noch eine Mittelernte erwarten konnte, so haben sich im Laufe der letzten Wochen infolge des andauernden Regenwetters diese Aussichten erheblich verschlechtert. Zwar ist die Heuernte ausgezeichnet geraten (im Münsterland auch die Roggenernte), dagegen ist die Körnerfrucht, wie Hafer, Gerste und Weizen namentlich im Sauerlande noch sehr in der Reife zurück. Im Sauerlande steht vielfach sogar der Roggen noch in Halmen an der Erde. In anderen Bezirken ist er wohl abgemäht, kann aber wegen des andauernden nassen Wetters noch nicht eingefahren werden. Der zweite Grasschnitt der Wiesen verspricht nur einen geringen Ertrag, da der Graswuchs infolge der kalten Witterung sehr im Wachstum zurückgeblieben ist. Dasselbe gilt auch von den verschiedenen Gemüsesorten. Am meisten aber haben die Kartoffeln unter der Nässe zu leiden, so daß man an die Haltbarkeit der diesjährigen Kartoffeln keine allzugroßen Erwartungen stellen darf.

Textilarbeiterlöhne in Schlesien. Der Schlesischen Textil-Berufsgenossenschaft gehörten im Jahre 1907 490 Betriebe an, die im 4. Quartal 60 299 Arbeiter, darunter 24 536 männliche und 35 763 weibliche Beschäftigte umfaßten. An Löhnen wurden 35,66 Millionen Mark bezahlt, so daß auf einen Arbeiter durchschnittlich 591 M. als Jahreslohn entfielen. Im Jahre 1906 hatte der entsprechende Betrag 564 M. betragen. Von den Arbeitern und von der Lohnsumme entfielen auf nachstehende Branchen:

	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter	Lohnsumme in Mark
Mechanische Weberei aller Art	9 438	16 853	15 244 486
Wollweberei mit Spinnerei	2 858	4 061	4 558 812
Stückbleicherei, -Färberei, Druckerei und -Appretur (Kraftbetrieb)	5 034	1 664	4 465 490
Leinenspinnerei (Kraftbetrieb)	2 195	4 251	3 640 809
Garnbleicherei, -Färberei, -Druckerei und -Appretur (Kraftbetrieb)	1 438	579	1 343 682
Baumwollspinnerei	614	1 406	1 016 763

Der Rest verteilt sich auf eine große Zahl anderer Branchen. In der Handweberei hat die Zahl der Beschäftigten gegen 1906 abgenommen, während die Lohnsumme etwas gestiegen ist. Es betrug nämlich in der Handweberei:

	die Arbeiterzahl männliche	weibliche	die Lohnsumme in Mark
1906	224	208	211 933
1907	219	184	217 254

Vom amerikanischen Eisenmarkt meldet „Ironmonger", daß in der letzten Woche Abschlüsse in Roheisen in nur mäßigem Umfange erfolgten. Die Produzenten lehnen es ab, für nächstes Jahr Preise zu stellen. Südliches Eisen ist fest und eine Kleinigkeit teurer. Die allgemeine Lage wurde zuversichtlicher beurteilt.

Soziales.

Engagement oder nicht.

Gegenüber einem Entschädigungsanspruch des Arbeiters B. machte der Beklagte Partie vor der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts geltend, B. sei überhaupt nicht engagiert worden. Es wurde folgendes festgestellt: Der Kläger war vom Zentralarbeitsnachweis mit einem der Zettel zum Beklagten geschickt worden, worauf vermerkt ist, daß folgende Arbeiter überwiesen würden und daß, falls der Ueberwiesene (oder die Ueberwiesene) nicht zusage, ein Vermerk auf der Karte zu machen sei. Nach der Geschäftsordnung des Nachweises hat, wer überwiesen, aber nicht angenommen wird, den Zettel mit dem entsprechenden Vermerk zurückzubringen. Der Kläger hatte nun die Ueberweisungskarte vom Beklagten, der sich's „erst überlegen" wollte, nicht gleich zurückbekommen. Sie wurde ihm erst am andern Tag ausgehändigt und trug jetzt den Vermerk, es sei ein anderer angenommen. — In der Verhandlung betonte der Kläger, daß er vielleicht gerade an dem Tage, wo er zum Beklagten geschickt wurde, anderwärts vom Nachweis hätte untergebracht werden können, wenn er gleich die Karte mit einem ablehnenden Bescheid erhalten hätte. — Der Gerichtshof stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß dem Kläger ein Entschädigungsanspruch nicht zustehe. Ein Engagement sei nicht zustande gekommen. Wenn der Arbeitgeber sage, er werde es sich erst überlegen, dann sei das immer schon eine faule Sache. Es wäre Sache des Klägers gewesen, zu fragen: Bin ich engagiert oder bin ich nicht engagiert? Eventuell, wenn er nicht bis zum andern Tage warten wollte, hätte er die Karte zurückfordern müssen. — Der Kläger folgte dem Rate des Gerichtshofs und zog seine Klage zurück.

Eine sonderbare Entscheidung.

Gilt ein gemeinnütziges Institut als kaufmännisches Unternehmen? In dieser Rechtsfrage, in der es sich um das wissenschaftliche Institut „Urania" in der Taubenstraße handelt, wurde gestern eine Entscheidung der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts herbeigeführt. Die „Urania" ist kein auf Erwerb gerichtetes Unternehmen, die Eintragung als Aktiengesellschaft wurde aber seinerzeit davon abhängig gemacht, daß die „Urania" wenigstens der Form nach auf Erwerb gerichtet ist. Tatsächlich dienen die Ueberschüsse nur Verbesserungen des Instituts, es werden weder Zinsen noch Dividenden gezahlt. Aus letzteren Gründen erklärte sich das Kaufmannsgericht für die Klage eines Angestellten für unzuständig. Die „Urania" sei kein kaufmännisches Unternehmen.

Wir halten diese Entscheidung des Kaufmannsgerichts für verfehlt. Deswegen, weil die „Urania" ein gemeinnütziges Institut ist, kann man doch ihre Angestellten nicht als minderen Rechts erklären!

Apotheker gegen Krankenkassen.

Der Wilhelmshavener Ortskrankenkasse ist von den dortigen Apothekern ohne Angabe von Gründen der Kredit entzogen worden und müssen verabfolgte Rezepte sofort bezahlt werden. Der Grund zu dieser Maßnahme dürfte darin zu suchen sein, daß die Kassen die von ihnen eingerichtete Drogenverteilungsstelle nicht aufheben. Hierzu liegt jedoch kein Grund vor, da selbst das Oberverwaltungsgericht alle Schikanen der unteren Behörden gegen die Einrichtung zurückgewiesen hat. Schon im vorigen Jahre griffen die Apotheker zur Entziehung des Kredits für die Kassen und erreichten damit, daß dieselben gezwungen wurden, einem Vertrag zuzustimmen, den die Aufsichtsbehörde mit den Apothekern abgeschlossen hatte. Dieser Vertrag sollte solange Geltung behalten, als den Kranken die freie Apothekerwahl zustand. Die Kassen haben nicht gegen den Vertrag verstoßen, und wird hoffentlich die Behörde den Apothekern klar machen, daß auch sie einen abgeschlossenen Vertrag einzuhalten haben.

Jugendgerichtshöfe in Bayern.

Die bayrische Justizverwaltung beabsichtigt, die Richterbeamten, welche in den größeren bayrischen Städten mit dem Vorsitze der Jugendgerichtshöfe betraut werden, nach Frankfurt a. M. zu entsenden, um die dortigen einschlägigen Einrichtungen kennen zu lernen.

Gerichts-Zeitung.

Ueberschreitung des Züchtigungsrechts.

Wegen Mißhandlung eines Haltekindes stand gestern die Schlosserfrau Auguste Wichel vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte, welcher die polizeiliche Erlaubnis zur Aufnahme von Haltekindern erteilt ist, hatte im Oktober v. J. das 2½jährige Töchterchen eines in Ehescheidung liegenden Ehepaares übernommen. Als am 26. November v. J. der Kreisarzt Dr. Pflanz bei ihr erschien, um die Kontrolle über das Kind auszuüben, stellte er fest, daß das Kind auf dem Gesäß eine Anzahl blauer Striemen hatte, die nicht von einer Rute, sondern von einem harten Gegenstande herrührten. Die Angeklagte gab auf Befragen zu, das Kind mit dem Holzstock eines Gasanzünders gezüchtigt zu haben. Der Arzt machte sie auf die Unzulässigkeit einer solchen Behandlung aufmerksam, nahm aber auf ihre Bitten von der Erstattung einer Anzeige an das Polizeipräsidium Abstand. Er erschien dann am 8. Januar unangemeldet wieder und fand nun an dem Oberschenkel des Kindes etwa in der Größe einer Handfläche eine grün und blau verfärbte Stelle, ebenso in der einen Kniekehle Spuren von Mißhandlungen. Die Angeklagte behauptete zwar, daß sie dem unsauberen Kinde gegenüber nur von der Rute Gebrauch gemacht habe. Der Befund widersprach aber durchaus dieser Behauptung und wies auf eine Ueberschreitung des einer Haltefrau etwa zustehenden Züchtigungsrechtes, das an sich schon streitig ist, hin. Nun wurde Anzeige gemacht und der Angeklagten das Kind abgenommen. Das Schöffengericht hielt ihr Verfahren für so strafwürdig, daß es die Angeklagte zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Die gestrige Verhandlung vor der Berufungskammer nahm einen für sie günstigen Verlauf. Durch mehrere vom Rechtsanwalt Dr. Friedländer geladene Zeugen und den prakt. Arzt Dr. Hirsch wurde festgestellt, daß die Angeklagte eine ordentliche, aber sehr nervöse und hysterische Frau ist, die sich außerdem zur Zeit der Tat in anderen Umständen befand. Weiter wurde nachgewiesen, daß das Kind in der Tat sehr unsauber und störrisch war, im allgemeinen aber von der Angeklagten gut gehalten wurde. Unter diesen Umständen hielt die Strafkammer eine Geldstrafe von 25 M. für eine genügende Sühne. — Die Angeklagte wurde durch die Verhandlung so aufgeregt, daß sie am Schluß derselben in Weinkrämpfe verfiel.

Teurer Umzug.

Schlimme Erfahrungen bei einem Umzuge hat die Schneiderin B. aus Charlottenburg gemacht, die gestern als Zeugin in einer Strafsache gegen den Gelegenheitsarbeiter Gustav Jahn auftrat. Wegen schweren Diebstahls verhandelte die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts III gegen den schon mehrfach vorbestraften Angeklagten. Am 1. April dieses Jahres wollte die Schneiderin B. mit ihrer Schwester von der Uhlandstraße nach der Fasanenstraße verziehen. Sie hatte sich von einem Grünkramhändler einen Wagen geborgt und suchte nun zwei Möbelträger. Zufällig kam der Angeklagte mit einem unbekannt gebliebenen zweiten Mann des Weges und bot sich an, bei dem Umzug behilflich zu sein. Fräulein B. war über diese unerwartete Hilfe auch sehr erfreut. Der Umzug ging auch glatt von statten. Als die B. dem Angeklagten die vereinbarten zwei Mark einhändigen wollte, hatte sie kein Kleingeld. Sie ersuchte die beiden, in einer nahen Gastwirtschaft ein Glas Bier zu trinken. Als sie nach einer halben Stunde wiederkam, hatten die beiden „Ziehmänner" eine Zeche von 3 Mark gemacht, die sie schweren Herzens bezahlen mußte. Die B. erledigte sodann noch verschiedene Besorgungen und kehrte erst nach einer Stunde in die neue Wohnung zurück. Hier wartete ihrer eine nette Ueberraschung. Sämtliche Behältnisse waren erbrochen worden, der Inhalt war durchwühlt und lag in wüstem Durcheinander auf dem Fußboden umher. Sie vermißte sofort einen mit Kleidern und Wäsche vollgepropften Reisekorb, der ihr ganzes Hab und Gut enthielt, sowie verschiedene Schmucksachen. Die Bestohlene vermutete sofort, daß die beiden hilfsbereiten Ziehmänner während ihrer Abwesenheit den Diebstahl verübt hatten und erstattete Anzeige. Vor Gericht bestritt Jahn, der Täter zu sein; er wurde jedoch von Hausbewohnern, die ihn mit dem Reisekorb gesehen hatten, rekognosziert. Mit Rücksicht auf die vielfachen Vorstrafen des Angeklagten und die überaus dreiste Ausführung des Diebstahls hielt das Gericht eine Milde nicht für angebracht, sondern verurteilte den Angeschuldigten zu einem Jahre Zuchthaus.

Schadenersatzpflicht des Eisenbahnfiskus.

Am Nachmittag des 4. September 1906 wurde die Ehefrau des Ziegelmeisters G. zu Klein-Döbbern, als sie einen Eisenbahnübergang auf einem Fahrrad kreuzen wollte, von einer niedergehenden Schranke auf den Kopf getroffen und verletzt. Sie und ihr Ehemann hatten infolgedessen Klage auf Schadenersatz gegen den preußischen Eisenbahnfiskus erhoben. Die Klage des Ehemanns wurde abgewiesen, während auf die Klage der Frau G. vom Kammergericht zu Berlin nach deren Antrag erkannt wurde.

Gegen das kammergerichtliche Urteil hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt und besonders die Annahme des Berufungsgerichts bekämpft, daß die Klägerin nicht schuldhaft gehandelt habe, als sie nach Wahrnehmen des Niederlassens der ersten Schranke noch den Versuch machte, unter der zweiten Schranke durchzufahren.

Der VI. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision, indem er dazu folgendes erklärt: „Allein die Gründe des angefochtenen Urteils sind rechtlich bedenkenfrei. Aus tatsächlichen, in der Revisionsinstanz nicht nachzuprüfenden Erwägungen kommt das Berufungsgericht zu dem Ergebnis, daß die Klägerin erwarten durfte, es werde bis zum Niedergehen der zweiten Schranke so viel Zeit vergehen, daß sie diese hinter sich haben werde, wenn sie in gleicher Schnelligkeit weiter fuhr. Zutreffend ist auch der aus der Dienstanweisung für Schrankenwärter hergeleitete zweite Grund, für die gleiche Annahme: weil der Schrankenwärter angewiesen sei, darauf zu achten, daß nicht Menschen durch die Schlagbäume eingesperrt würden, so habe die Klägerin annehmen dürfen, daß der Wärter beim Niederlassen der Schranke auf sie Rücksicht nehmen und sie noch durchlassen werde.

Durfte aus diesen Gründen die Klägerin glauben, daß sie beim Weiterfahren nicht Gefahr laufe, von der niedergehenden zweiten Schranke getroffen zu werden, so hat sie nicht schuldvoll den Eintritt des Unfalls verursacht."

Aus der Frauenbewegung.

Forderung an die Gesetzgebung.

Den nordischen Frauen muß man es lassen, daß sie auf dem Gebiete der Frauenbewegung, sowie in allen politischen und sozialen Fragen eine Regsamkeit entfalten, die volle Anerkennung verdient. So ist der Stavanger Frauenverein an das Storthing mit einer Eingabe herangetreten, die nichts weniger als die Ausarbeitung eines Gesetzes verlangt, das unter anderem auch die Bestimmung enthalten soll, daß vor der Eheschließung beide Brautleute sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen haben. Nur wenn das Resultat dieser Untersuchung nach der Hinsicht Gewähr bietet, daß aus dieser Ehe keinerlei gesundheitliche Schäden entstehen, soll der Eheschließung nichts im Wege liegen. Norwegen hat schon den ersten Schritt auf diesem Gebiete getan und beim wundesten Punkt des Volkslebens, bei den Geschlechtskrankheiten, eingegriffen, wenn auch nicht mit dem Erfolg, wie es zu wünschen wäre. Geschlechtskranke müssen heute schon nach überstandenem Leiden einen Revers unterzeichnen, der sie verpflichtet, eventuell erst nach einer festgesetzten Frist zu heiraten. Doch scheint dies nur eine leere Formel zu sein, denn das Nichteinhalten dieser Verpflichtung zieht keinerlei strafrechtliche Folgen nach sich. Solche Gesetze entspringen zweifellos guten Motiven, doch können diese Mittel durchweg als verfehlt angesehen werden. Keinerlei Paragraphen können den außerehelichen Verkehr verhindern. Will man hier wirksam vorgehen, so muß man das Verantwortungsgefühl des einzelnen Individuums heben und, vor allem, die Quellen der offenen und verhüllten Prostitution verstopfen.

Aus der sozialistischen Frauenbewegung Amerikas.

Der Genosse Eugen Debs, Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten erläßt in dem Chicago „Daily Socialist" einen Aufruf an die sozialistischen Frauen, indem er dieselben dringend ermahnt, ihre Kräfte in den Dienst der Wahlkampagne zu stellen. Ueber die wertvolle Mitarbeit der Frauen in der sozialistischen Partei schreibt Debs wie folgt:

„Meine Beobachtung hat mich gelehrt, daß unsere Bewegung dort am stärksten ist, wo die Teilnahme der Frauen am größten ist. Da unsere Bestrebungen die ganze Menschheit umschließen, und da unsere Partei die einzige ist, welche die Frau als Vollmenschen anerkennt, sollten wir soviel wie möglich bestrebt sein, die Frauen heranzuziehen, damit sie ihre Stimme erheben können im Namen des Sozialismus, dessen Verwirklichung auch die Emanzipation der Frau bedeuten wird."

Die Chicagoer Genossinnen haben ernsthaft damit begonnen, eine sozialistische Frauenstimmrechts-Propaganda zu betreiben. Jede Woche halten sie Straßenversammlungen ab, bei denen viele der besten Redner und Rednerinnen der dortigen Partei die Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkte aus erläutern. Die Versammlungen sind, laut den Berichten der Sekretärin, vorzüglich besucht, und sind bis jetzt, trotz der Hetzversuche seitens der kapitalistischen Presse absolut ruhig und friedlich verlaufen.

Die Sozialistinnen von Los Angeles (Californien) haben nicht wenig dazu beigetragen, daß der dortige Kampf um die von der Konstitution der Vereinigten Staaten verbürgten Redefreiheit, in einem völligen, glänzenden Siege der Sozialisten endete. Die Behörden von Los Angeles hatten eine Reihe unserer Genossen verhaftet, weil sie auf ihr Recht der Redefreiheit bestanden, und unter den Verhafteten befanden sich auch 4 Frauen. Man fand es aber für ratsam, sie baldigst wieder zu entlassen, denn man hatte sich wohl überzeugt, daß ein solches Vorgehen nur der Sache des Sozialismus dient.

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin fand am Montagabend bei Freyer in der Koppenstraße statt. Die Abrechnung vom 2. Quartal 1908 lag gedruckt vor. In der Hauptkasse bilanzierten die Einnahmen und Ausgaben mit 548 820,11 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Reisegeld 5855 M., Unterstützung beim Umzug 1295 M., bei Krankheit 136 349,75 M., bei Arbeitslosigkeit 241 307,65 M., bei Streiks 31 490,65 M., bei Maßregelungen 33 277,10 M., in besonderen Notfällen 3230 M., Sterbegeld 3165 M., Rechtsschutz 5773,80 M.

Die Lokalkasse schließt ab mit der Summe von 634 914,29 M. Der Kassenbestand betrug am 30. Juni 556 770,43 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: an Durchreisende 479,65 M., bei Streiks 7646,30 M., bei Maßregelungen 8972,60 M., in besonderen Notfällen 4490 M.

Die Einnahmen der Lokalkasse haben sich um 71 000 M. gegen das vorige Quartal erhöht, wie der Kassenrendant Henning hervorhob. Die Ansprüche auf Unterstützung von der Hauptkasse, besonders bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, sind gegen das vorige Quartal um 43 000 M. geringer geworden. Henning empfahl, aus praktischen Gründen mit der Einrichtung neuer Zahlstellen sparsamer umzugehen. — Darauf stand der Antrag Rixdorf, betreffend die Sondervertretung der Bezirke in den Generalversammlungen, zur Beratung. Der Antrag ist älteren Datums, denn seine Beratung wurde schon von zwei Generalversammlungen vertagt. Rixdorf verlangt, daß jedem Bezirk das Recht zustehen soll, außer den Funktionären der Organisation noch bis zu fünf Delegierten nach der Generalversammlung zu entsenden. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag mit großer Majorität abgelehnt.

Die Generalversammlung hatte einige Wahlen vorzunehmen. Zum 2. Bevollmächtigten wurde Otto Handke auf ein weiteres Jahr gewählt, zum 1. Kassierer Hermann Henning, als Revisoren W. Graewe, G. Scharff und Karl Schmidt und als Beisitzer Stopsack.

Handke hielt darauf einen Vortrag über die Tarifbewegung der Rohrleger und wies besonders auf die Haltung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes unter Karl Wiesenthal hin. Im Namen der Kämpfenden, der streikenden Rohrleger, appellierte Handke an die Versammelten, Aufklärung über den Stand der Dinge zu verbreiten und zu verhindern, daß die Streikenden dem Verrat von Arbeitskollegen zum Opfer fallen. A. Cohen schloß sich dem Appell an und forderte ebenfalls energisch zur Unterstützung der Streikenden auf.

Die Versicherungsangestellten und die Organisation.

Zu unserem neulichen Bericht über die Versammlung zwecks Gründung eines „Verbandes deutscher Versicherungsbeamten" erhalten wir eine Zuschrift, wonach nicht nur Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten, sondern auch ein Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands in der Diskussion das Wort nahm.

Der Zentralverein der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten ist, wie aus seinem Namen hervorgeht, für die Angestellten der Rechtsanwälte, Notare, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften zuständig, also für alle diejenigen, mit schriftlichen Arbeiten beschäftigten Angestellten, die nicht Handlungsgehilfen im Sinne des Handelsgesetzbuchs sind. Die Versicherungsangestellten sind jedoch Handlungsgehilfen, was auch durch die bisherige Spruchpraxis der Gerichte bestätigt worden ist, weil sie in einem kaufmännischen Unternehmen mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt werden. Würden nun die Versicherungsangestellten den Zentralverein der Bureauangestellten für zuständig ansehen, so würden sie sich selbst als Handlungsgehilfen nicht anerkennen und damit die Rechte, die sie auf Grund des Handelsgesetzbuches haben, verlustig erklären. Das wäre natürlich ein bedeutender Schaden für die Versicherungsangestellten, den sie freiwillig nicht auf sich nehmen wollen.

Die Versicherungsangestellten mögen also, soweit die Voraussetzungen hierfür für sie zutreffen, der für sie zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands (Bureau: Neue Königstraße 80 I) beitreten.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Stralauer Viertel.
Bezirk Nr. 327, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler
Gustav Kling
Rochowstr. 2
gestorben ist. 220/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Kling
am 31. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
89/16 Die Ortsverwaltung.

Am 2. September entschlief nach kurzem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Maschinenmeister
Walter Kutzki
im 22. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Das Personal der Buchdruckerei Otto v. Holten.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes, Nordend aus statt. 14175

Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands
(Filiale Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern und Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Paul Schilling
am Mittwoch, den 2. September, im Alter von 45 Jahren gestorben ist. 39/6
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. Mts., mittags 12½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedenskirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 2. September unser lieber Kollege
Walter Kutzki
nach kurzer Krankheit verstorben ist.
Sein Andenken werden wir in Ehren halten!
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
14245 Der Vorstand.

Mittwoch abend 11 Uhr entschlief sanft nach langen, schweren, in Geduld ertragenen Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder
Paul Schilling
im 46. Lebensjahre.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an
Pauline Schilling geb. Sturm
14265 und Kinder.
Swinemünder Straße 42.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. September, mittags 12½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.

Zur Einsegnung
Schwarze, weisse u. farbige Kleider
aus wollenen Stoffen mit Spachtel- u. Bortengarnierg. 15, 20, 25 M.
Jackette u. Paletots
8, 10, 12 M.
Elegant verarbeitet. Kostüm-Röcke Neueste Schnitte.
aus prima Satintuch 9, 12, 15, 18 M. | aus englischen Stoffen 3, 6, 10, 15 M.
Ein groß. Posten gestickterte wollene Blusen 3.50 M.
Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen.
Jackett- und Paletotkleider 10, 15, 20 M.
Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
6 Häuser vom Dönhoffplatz. 12 Schaufenster.

Dankfagung.
Für die überaus herzliche und aufrichtige Teilnahme, die vielen herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des früheren Restaurateurs
Wilhelm Merker
sagen wir hierdurch allen lieben Freunden, Bekannten und Genossen, insbesondere den lieben Genossen des 5. und 6. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Verbande der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands sowie den Mitgliedern des Gesangvereins „Sangesfreunde 1905" herzlichsten Dank. 14226
Namens d. trauernden Hinterbliebenen
Karl Merker, Bergstr. 10.

Dankfagung.
Sagen allen Freunden, Genossen und Kollegen für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Töpfers
Richard Fenske
unseren herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hühner, Enten, Tauben,
jg. Gänse empfiehlt reell und billigst
Wegner, Berlin SO., Mariannenst. 34.

Berliner Eis-Palast
Lutherstr. 22/24.
Permanente Eisbahn.
2000 qm Fläche.
Von morgens 9 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Täglich von 12 Uhr mittags ab: Großes Konzert. Vornehme Restaurationsräume. Elegantes Café. Eintrittspreise: Vorm. 10 Uhr bis nachm. 5½ Uhr 75 Pf., von nachm. 5½ Uhr an 1 M., Kinder unter 12 Jahren bis 5½ Uhr abends 50 Pf., Abonnements à 30 Bons zu 22,50 M. täglich an der Kasse des „Berliner Eispalasts" und bei A. Wertheim, Leipziger Straße. Sonntag ab 9 Uhr morgens Entree 1 M., Kinder unter 12 Jahren bis 4 Uhr nachm. 50 Pf. Montag, den 7. Septbr., abends 5½ Uhr: 1. Eliteabend. Entree 2 M.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 36462
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Quartett-Gesang
zu Beerdigungen empfiehlt zu jeder Zeit
Gustav Volgt, Chordirig., SO. 33, Görlitzer Str. 50, part.

Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw.

33.– 30.– 27.– 24.–
21.– 18.– 15.– 12 M.

☞ *Jed. Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reisende Beigaben umsonst.*

Wäsche, Hüte, Handschuhe usw.
zur Einsegnung
zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

Moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen,
27.– 24.– 21.– 18.– 15.– 12.– 10 M.

Neuzeitige Herbst- und Winter-Moden
für unsere feine Maßarbeit
zu sehr mäßigen Preisen.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes.
Chausseestraße 29-30 ◇ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20.
Der Haupt-Katalog Nr. 54 (Neueste Moden 1908) kostenlos und portofrei.

Das Tages-Gespräch bildet die Eröffnung
des
Kaufhauses „Universum"
JULIUS ITTMANN
G. m. b. H.
Linkstrasse 21

Lieferung ganzer
Möbel - Ausstattungen
sowie einzelner Möbelstücke.
Herren- und Damen-Konfektion
fertig und nach Mass.

Feinste Damen-Hüte, Schirme, Teppiche, Tischdecken, Stores, Gardinen, Damenwäsche, Dekorationen jeder Art, Portièren, Porzellan, Nähmaschinen, Klaviere, Fahrräder, Betten, Federn, Steppdecken, Kinderwagen etc.

Alle Möbel und Waren werden gegen Kasse sowie gegen ganz bequeme Teilzahlungen abgegeben.

Kataloge gratis und franko.
Auf Wunsch Mustervorlage unser. Reisenden.
Telephon-Anschl.: Amt VI, 5483.

Gesetzl. geseh.

Das seit 23 Jahren bestehende Manufaktur- und Modewaren-Geschäft

H. MARKUS

Reinickendorfer ≡ Strasse 14 ≡

wird vollständig aufgelöst

Aus den vielen Waren, welche alle sehr preiswert sind, führe hier einige Beispiele an und verabfolge ich trotz der billigen Preise

Der Verkauf findet täglich von 9–1 u. 3–8½ Uhr statt.

Nörden-Marken

Der Verkauf findet täglich von 9–1 u. 3–8½ Uhr statt.

Ein Posten Kleider-Lastings	doppelt breit, sonst bis 90 Pf., Jetzt Mtr.	**58** Pf.
Ein Posten reinwollene Cheviots	110 cm breit, sonst bis 1.45 Jetzt Mtr.	**85** Pf.
Ein Posten □ Stoffe	für Blusen und Kinderkleider, doppelbreit sonst bis 1.00 . . . . . Jetzt Mtr.	**58** Pf.
Ein Posten dicke Kostümstoffe	doppelbreit, sonst bis 1.25 Jetzt Mtr.	**58** Pf.
Ein Posten reinwollene Tuche	140 cm breit, sonst bis 4.00 Jetzt Mtr.	**1.95**
Ein Posten Kinder-Ringelstrümpfe	alle Grössen, sonst bis 75 Pf. . . . . Jetzt Paar	**38** Pf.
Ein Post. gestr. Kinderröckchen	für das Alter von 2–5 Jahren mit und ohne Aermel sonst b. 1 Mk. Jetzt	**48, 68** Pf.
Ein Posten reinwollene Herren-Socken	sonst bis 1.25 Jetzt	**78** Pf.
Ein Posten Knaben-Sweater	3–5 Jahre	**95** Pf.
Ein Posten Herren-Normal-Hosen	Wolle plattiert, sonst bis 2.00 . . . . . jetzt	**1.25**
Ein Posten Herren-Hemden	alle Grössen, sonst bis 2.50 jetzt	**1.48** **1.68**

Ein Post. Filztuch-Garnituren	2 Shawls u. Lambrequins, reich gest. Wert b. 6.00, Garnit. Jetzt	**2.95** **3.75**
Ein Posten Leinenplüsch-Garnituren	elegant gestickt Wert bis 12.00 . . . Garnitur Jetzt	**7.75**
Ein Posten Tüll-Stores	Wert bis 3.50 . . . . . Jetzt	**1.95**
Ein Posten Tüll-Bettdecken	Wert bis 3.50 . . . . . Jetzt	**1.95**
Ein Posten Filztuch-Tischdecken	Wert bis 6.00 . . . Jetzt	**2.75** **1.95**
Ein Posten eleg. Plüsch-Tischdecken	Wert bis 8.75 . . . Jetzt	**5.90**
Ein Posten Satin-Steppdecken	2seitig, Wert bis 10.50 . . . Jetzt	**6.75**
Ein Posten Atlas-Kindersteppdecken	Wert bis 7.50 . . . Jetzt	**2.95**

Ein Posten Damen-Tuch Unterröcke mit Tressen-Garnierung **98** Pf.

Verantwortlichen Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Noch einmal die Jugendorganisation.

Soviel ich sehe, sind wir im Laufe der Diskussion einander näher gekommen. Wenn die Frage vor und in Hamburg in dem Sinne und dem Tone des Genossen Waclawiak behandelt worden wäre, so wäre die berechtigte Erregung in den Kreisen der Jugendvereine sicher sehr viel geringer gewesen. Immerhin bleiben auch jetzt noch Meinungsverschiedenheiten, die grundsätzlich entschieden werden müssen.

Die Anhänger der selbständigen Jugendorganisation geben die Heranziehung älterer Genossen zu ihrer Leitung — ihre Gegner geben ein gewisses Maß von Selbstverwaltung der Jugendlichen bereitwillig zu. Da scheint mir eine einheitliche Regelung der Sache, bei der es keine Sieger noch Besiegte gibt, wohl erreichbar. Soviel ich sehe, dreht es sich heute noch darum: Soll die Jugendorganisation den Charakter der eigentlichen Vereinsorganisation mit prinzipiell unabhängiger Verwaltung und eigenen Einnahmen tragen oder nicht?

Nun sind meines Erachtens für die Erhaltung und Ausdehnung der selbständigen Vereinsform recht gewichtige Gründe angeführt worden; so die erzieherische Wirkung der Selbstverwaltung; das wesentlich größere Interesse, das eine selbständige Organisation den Jugendlichen einflößen muß; die Wichtigkeit der Vereinigung ideeller und materieller Interessenvertretung in derselben Organisation. Was dagegen ins Feld geführt wurde, sind — abgesehen von der völlig unzutreffenden Berufung auf das neue Vereinsgesetz — teils mehr Empfindungen, „Sentiments", die an der „Vereinsspielerei" Anstoß nehmen, teils Erwägungen finanzieller Natur, teils endlich praktische Vorschläge und Hoffnungen, wie Genosse Waclawiak sie kundgibt.

Was die Ablehnung der „Vereinsspielerei" angeht, so scheint es, daß da einzelne Erfahrungen verallgemeinert und persönliche Meinungs- und Stimmungsdifferenzen zu allgemeinen sachlichen Gegensätzen aufgebauscht werden. Mag da und dort einmal einer von den „Neuesten" nach Goethe „sich grenzenlos erdreusten", das besagt doch noch nicht, daß man der Gesamtheit der Jugendlichen wie ungezogenen Kindern das Recht der Selbstbestimmung entziehen darf und soll. Und der Vorwurf der „Spielerei" übersieht, daß jede ernste Sache, sei sie auch zuletzt nur Mittel zu einem Zweck, in gewissem Maße zum Selbstzweck werden muß. Alles Ideale ist in gewissem Sinne nur Spiel, d. h. freie, nicht an reale Zwecke sich bindende Betätigung der Persönlichkeit, wie denn keine über den rein materiellen Erwerbszweck hinausgehende Vereinigung, sei sie von ernsten Männern oder lebenserprobten Greisen gebildet, ganz und gar der „Vereinsspielerei" enthoben sein kann.

So erledigt sich auch das materielle Bedenken. Gewiß sind die Löhne der jugendlichen Arbeiter kläglich und die Lehrlinge vollends oft Habenichtse. Aber man soll auch das nicht übertreiben. Wenn man einem armen Weber, der vielleicht mit 500 M. sieben Kinder ernähren soll, klar machen kann, daß es in seinem wohlverstandenen Interesse ist, nicht unerhebliche Beiträge für die Gewerkschaft, auch für Partei und Genossenschaft zu leisten, dann wird wohl auch die Mehrzahl der jungen Leute, die zumeist bei den Eltern oder beim Meister Kost und Wohnung haben, den Groschen für ihre Organisation aufbringen können. Und die es nicht können — na, die mögen eben so mit durchlaufen und Stundung oder Beitragserlaß beantragen. Ein Grund, den anderen, die zahlen können und wollen, dies Recht zu nehmen, ist damit noch nicht gegeben. Es wird auch noch so mancher Nickel für Zigaretten und Sherlock Holmes und Rummelplatz ausgegeben, der so besser verwendet würde. Ja, ich halte es für besser, einmal eine unbelegte und selbst eine ungeschmierte Stulle zu essen, als sich um ein paar Groschen ein Recht abkaufen zu lassen.

Denn um das Recht dreht es sich. Die jungen Arbeiter haben bereits den Stolz, nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte ihrer Erziehung zu sein. Ueberhaupt finde ich es bürgerlich im üblen Sinne, die Beitragsfrage mit der Frage der Selbstverwaltung zu verquicken. Der Frankfurter Sozialpolitiker Dr. Flesch hat den Grundsatz aufgestellt, daß selbst bei unentgeltlichen Darbietungen ein Recht auf Bewunderung nicht bestehe, daß die Arbeiter durch ihre passive Mitwirkung bei Bildungsbestrebungen, Wohnungspflege usw. das Recht und die Pflicht erwerben, auch organisatorisch zur Selbstverwaltung herangezogen zu werden. Sollen wir engherziger sein als dieser bürgerliche Politiker?

Schließlich die großenteils sehr schönen positiven Vorschläge des Genossen Waclawiak. Zunächst sind es ja nur Vorschläge und es gilt dafür zu sorgen, daß es nicht heiße:

„Rindfleisch un Plummen is an schön Gericht,
Doch, meine Herrn, ick krig't man nicht."

Aber selbst wenn in zweckmäßigster und freigebigster Weise alles, was nottut, beschafft wird, so bleibt es immer noch die Sache der Arbeiterschaft, sich als vornehmen Gastgeber zu zeigen, bei dem der Gast sich wirklich „zu Hause" fühlen kann, nicht als gönnernden Wohltäter, der jedem Bissen eine Lehre mitgibt und dem armen Teufel von Tischgast die Dankbarkeit zur lästigen Pflicht macht. Vielmehr gilt es, alles möglichst vollkommen und zweckmäßig einzurichten, gemeinsame Komitees mit der Verwaltung der Räume und der Regelung der Darbietungen zu betrauen, im übrigen aber den Jugendvereinen das Recht zu geben, sich nach ihrem Ermessen dort frei zu bewegen, Versammlungen, Ausflüge zu veranstalten, Bücher zu führen usw. nach Herzenslust. Vergessen wir nie, daß es hier nicht mehr nur darauf ankommt, nach unserem Ermessen Neueinrichtungen zu treffen, sondern daß wir mit erworbenen Rechten zu rechnen haben und mit bestehenden Organisationsformen, die sich schon erprobt haben.

Daß die eigentlich gewerkschaftliche Seite, der Jugendschutz, hauptsächlich den Gewerkschaften zukommt, ist ja außer Frage. Man wird sich vielmehr freuen müssen, wenn sie weit energischer, als es bisher geschehen ist, diese Pflicht erfüllen, auch die Interessen der Lehrlinge gegenüber den Gehilfen wahrnehmen werden. Nur sollte man auch hier nicht engherzige Kompetenzstreitigkeiten heraufbeschwören (die Vereinsspielerei liegt eben nicht immer ganz allein bei den Jungen), sondern eine sachgemäße Mitwirkung der Nächstbeteiligten bei Feststellung der Mißstände und Ueberwachung der Schutzmaßnahmen begrüßen. Und man sollte schließlich nie vergessen, daß die gewerkschaftliche Gliederung der Jugendlichen zwar sehr nützlich sein kann, aber der steten Ergänzung durch andere Faktoren bedarf. Je mehr die nationale Organisation von Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden und die Aussperrungstaktik der letzteren eine wirkliche Selbstverwaltung der Organisierten unmöglich und militärischen Gehorsam zur Pflicht macht, je mehr der Ausbau des Unterstützungswesens eine geschäftsmäßig-versicherungstechnische Verwaltung notwendig macht: umsomehr gilt es, die Schattenseiten dieser Entwickelung zur Unpersönlichkeit der einzelnen zu beachten und ihr beizeiten Gegengewichte in der Richtung zur Freiheit zu geben. Deshalb auch den gewerkschaftlichen Jugendsektionen möglichst viel Freiheit, ja mehr noch: da die Kampf- und Unterstützungsangelegenheiten hier noch im Hintergrunde stehen dürfen, kann und soll man den Jugendlichen mehr Bewegungsfreiheit gewähren, als sie heute den Bataillonen der Organisierten gewährt werden kann. Darum Vertrauen in die Wirkungen der Freiheit und der Selbsterziehung! Es wird nicht täuschen.

Danach mache ich zur grundsätzlichen Regelung der Frage den positiven Vorschlag, der vielleicht von Delegierten zum Parteitag aufgenommen wird: In der Resolution des Parteivorstandes im Absatz 5 die Worte „auch ohne besondere Jugendorganisation" zu streichen und statt des ersten Satzes im Absatz 6 den Absatz 2 des Antrages Teltow-Beeskow-Köln zu setzen, der folgendermaßen lautet:

> Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Unter Beobachtung des Gesetzes sind überall Jugendorganisationen zu bilden und tatkräftiger als bisher zu unterstützen. Um die speziell politische Aufklärung der Jugend zu betreiben, können in jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gewerkschaften, der Parteiorganisationen, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen.

Es folgte dann Satz 2 (Vertretung der Arbeiterinnen). Auf diesem Boden dürfte eine Verständigung wohl möglich sein.

Simon Katzenstein.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die Ausleih-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. September, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn M. H. Baege über: „Ursprung und Entwickelung der menschlichen Sprache". Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr ausreichend, Geschäft matt, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 9. cm	seit 2. 9. cm [1]	Wasserstand	am 3. 9. cm	seit 2. 9. cm [1]
Memel, Tilsit			Saale, Grochlitz	112	+2
Pregel, Insterburg	14	−9	Havel, Spandau [2]	47	−2
Weichsel, Thorn	142	−4	„ Rathenow [2]	26	0
Ober, Ratibor	163	−29	Spree, Spremberg [2]	70	+2
„ Krossen	100	−4	„ Beeskow	75	−4
„ Frankfurt	108	−2	Weser, Münden	−42	−5
Warthe, Schrimm	42	0	„ Minden	32	+5
„ Landsberg	19	+1	Rhein, Maximiliansau	433	+3
Netze, Vordamm	−7	+1	„ Kaub	208	+38
Elbe, Leitmeritz	−31	+25	„ Köln	217	+5
„ Dresden	−171	−1	Neckar, Heilbronn	57	+1
„ Barby	70	−3	Main, Wertheim	160	−1
„ Magdeburg	84	−2	Mosel, Trier	78	+1

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall, — [2]) Unterpegel.

Wir beginnen heute mit einem

Serien-Verkauf unserer bewährten Schuhwaren-Fabrikate

zu besonders günstigen Ausnahme-Preisen!

Sonstiger Preis M. 3,90 **Serie I**	Damen-Spangenschuhe für die Straße	2,90
Sonstige Preise M. 4.50—4.80 **Serie II**	Damen-Promenadenschuhe zum Knöpfen und Schnüren	3,50
Sonstiger Preis M. 5.90 **Serie III**	Damen-, Herren-Strapazierstiefel gutes Wichsleder	4,50
Sonstige Preise M. 6.90—7.50 **Serie IV**	Damen-, Herren-Schnür- u. Schnallen-Stiefel, vorzügl. Qualität	5,50
Sonstiger Preis M. 7,50 **Serie V**	Herren-Schaftstiefel extra starker Boden	6,50

Damen- und Herren-Stiefel, feine Chromlederarten auch teils mit Lackkappe. Ausnahme-Preis M. 7,50

Feinstes Box-Calf, amerik. Formen. Ausnahme-Preis M. 9,50

Der Verkauf findet nur in unseren folgenden Filialen statt, worauf wir zu achten bitten!

Berlin N., Reinickendorfer Straße 12
„ N., Badstraße 23
„ N., Brunnenstraße 42
„ N.W., Turmstraße 55
„ S., Kottbuser Damm 5
„ O., Andreasstraße 47
„ O., Frankfurter Allee 144
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 121
Schöneberg, Hauptstraße 159

Schuh-Fabrik **MAX TACK** Schuh-Fabrik

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 5. September.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Kammerspiele. Lisistrata.
Lessing. Die Macht der Finsternis.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Anfang 8 Uhr.
Neues. Außerhalb der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Die Kinder der Exzellenz.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Der Liebhaber.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Herr Ministerialdirektor.
Schiller Charlottenburg. Hans Huckebein.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Egmont.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Lortzing. Zaza.
Luisen. Staatsanwalt Alexander.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das bemooste Haupt.
Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Passage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die lästige Witwe. Die Brautschau.
Berliner Prater. Berlin, wie es weint und lacht. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haverland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Guldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Hebbel-Theater.
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Der Liebhaber.
Komödie in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Sonntag: Der Liebhaber.

Neues Theater.
Außerhalb der Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und Montag: Außerhalb der Gesellschaft.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. A. F. Willner.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.
Sonntag, 6. September, nachm. 3¼ Uhr, zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Lortzing-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Bastspiel **Hedwig Lange.**
Zaza. 154/8*
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Am Altar.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Suse.
Abends 8 Uhr: Helga.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 5. Sept., Anfang 8 Uhr:
Egmont.
Sonntag 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr: Im weißen Rößl.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das bemooste Haupt.
Anf. 8 Uhr. Wochentagspr.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Ben-Ali-Bey, künstliche Menschen. — Anf. 5 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravaganz mit
Paulette van Roy
und das kolossale
Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

Metropol-Theater
Heute
Sonnabend, den 5. September 1908,
unter persönlicher Leitung des Komponisten **Paul Lincke.**
Zum erstenmal:
Donnerwetter tadellos!
Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz. Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach.
Anf. ½8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die neuen Sensations-Attraktionen. U. a.:
Trilby und Svengali?
Kunst und Mysterium.
Paul Spadoni
der König der Kraftathletik. 9½:
Vera Violetta.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von **Anton** und **Donat Herrnfeld.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Familie
August Knoche.
Berliner Gesangsposse in 3 Akten.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsprogr.
Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter. Hochzeitsreise.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Lustspiel in 3 Akten von Alexander Bisson und Fabrice Carré.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.
Schwank in 3 Akten v. O. Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Götz von Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Montag, abends 8 Uhr
Das Stiftungsfest.

Castan's Panoptikum
Friedrichstraße — 165 —
(Ecke Behrenstraße)
Pschorrpalast.

Ohne Extra-Entree!
Im Reiche der Zwerge!
(4 Damen, 4 Herren.)
Vereinsbilletts halbe Preise.

Brauerei Friedrichshain
Oekonom: **Ernst Liebing,**
früher Lipps, Am Königstor.
Vom 3. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:
Großes bayerisches Keller-Fest
nach Sitten und Gebräuchen des
Münchener Oktoberfestes.
Orig. bayr. Königskapelle, die Untersberger, die bayr. Schrammeln in Heimatstracht. — Gr. Fest-Aufführungen. Belustigungen jegl. Art. — Gr. Prämiierungen sowie Gratisverlosungen. Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Madln in Heimatstracht. Anf. 5 Uhr. Entree Wochentags 20 Pf. — Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.
Von 4—6 Uhr Kaffeekonzert bei freiem Entree.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopp".
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8½ Uhr.

WINTER GARTEN
Eröffnungs-Programm.
The Zanzigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elephanten — Okabe, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-Jongleure — Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornalia und Eddie, amerikanische Exzentriks — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberkünstler. Beyer de Lafory, französ. Sängerin.
Der Biograph.

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. a. Bhf. Börse.
Größtes
Spezialitäten-Theater Berlins
! 3000 Personen fassend 3000 !
Heute
8 Uhr
Premiere!
Preise der Plätze: 2, 1,50, 1 M., 75, 50, 30 Pf.
Familienkarten zum halben Kassenpreis giltig in allen Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften gratis!

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Gr. Extra-Premieren-Vorstellung!
Eröffnung der Winter-Spielzeit!
Fremdes Blut.
Schauspiel.
Anf. d. Kons. 7, d. Vorst. 8 Uhr. Tanz.
Entree 30 Pf. Morg.: Fremdes Blut.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Erstklassige Spezialitäten.
8 Richard Morescos 8
wilde Königslöwen
spannendste Raubtiergruppe der Gegenwart.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Große Elite-Soiree
und Tanzkränzchen.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8½.
Der große Theatersaal ist noch für einige Mittwoche zu vergeben.
Morgen:
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Am Strande von Helgoland.
Ausstattungs-Operette.
Wiederauftreten von Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.
Duskes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Heute:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/8*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12½ Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12½ Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Sonntag, den 6. September, abends 7½ Uhr:
Kunst-Abend.
Leitung: **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende: Margherita Simonetti, Koloratur-Sängerin. — Frl. Rossi, Violin-Virtuosin aus Rom. — Margarete Walkotte. — Herr Bruno Tuerschmann, Vortragsmeister am Hebbel-Theater. Am Flügel: Herr Bernhardt Nitzsche. — Herr Otto Wiemer, Rezitator ostpreußischer Dialektdichtungen.
Nachdem: Tanz.
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach Pichelswerder zum **Alten Freund.** 8660Z*
Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Waren Sie schon mal in der Berliner Schweiz?
Morgen Sonntag:
Großes Schlachtefest und Wurstessen.
Abends: Feenhafte Beleuchtung der Schillerwarte, Höhenfeuer und Alpenglühen. Von 4 Uhr an: Konzert und Tanz.
Heute: Abfahrt der Dampfer v. d. Reederei Nobiling mit Musik von der Jannowitzbrücke: 9 Uhr früh und 2¼ mittags. Hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf. Wochentags nur 2¼ mittags, hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf. — Rückkunft in Berlin ca. 9½ abends. 14135
Hierzu ladet ergebenst ein **Hermann Gärtner.**

Achtung! Von der Waisenbrücke
am Sonntag, den 6. September. Auf vielseitigen Wunsch!
Nach **Teupitz** (Tornows Idyll). Abfahrt 7½ Uhr. Fahrpreis hin und zurück 2,00, einfach 1,50, Kinder die Hälfte.
Nach **Voigts Krampenburg** (Berliner Alpen). Abfahrt 9½ und 2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 75 Pfennig, einfach 50 Pfennig, Kinder 25 Pfennig.
Große **Promenadenfahrt** nach dem **Müggelsee.** Rundfahrt durchs Feld und Kaffeepause im Restaurant „Müggelhort". Abfahrt 2 Uhr nachmittags. Fahrpreis hin und zurück 50 Pfennig, Kinder 25 Pfennig. Ankunft Berlin 7½ Uhr abends.
Außerdem: Täglich 2 Uhr nachmittags nach **Voigts Krampenburg.** Hin und zurück 50 Pfennig, Kinder 25 Pfennig.
Reederei L. Kahnt,
Stralau—Berlin. (Telephon Amt 7 580, 13459.

Neuerscheinungen:

Marx als Denker.
Von Dr. Max Adler-Wien.
Mit einem Anhang: Marx und die Dialektik. Preis 1,20 M.

Gustav Adolf.
Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz den deutschen Arbeiter v. Franz Mehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort.
Preis 40 Pf. Gute Ausgabe 1 M.

Die preußische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen. Von Hermann Wendel.
Preis 60 Pf. Gute Ausgabe 1,20 M.

Sozialistische Neudrucke II.

Garantien der Harmonie und Freiheit
Von Wilhelm Weitling.
Jubiläums-Ausgabe. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkung. Herausgegeben von Franz Mehring.
Preis in guter Ausstattung brosch. 2,50 M. Geb. 3 M.

Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis
Von Max Schippel.
Preis 50 Pf. Gute Ausgabe 1 M.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 17:
Bau- und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.
Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen.
247/7* Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 — Laden.

Paul Drenske Nachfolger
Otto Berlett
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in [3853L*
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes **stets** am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

DEUTSCHE NORD-OSTSEE-FISCHHALLEN JOHS. SKORCZYK BERLIN
Seefische
Süsswasserfische
Auch lebende!
Täglich frische Zufuhr!
Billigste Tagespreise.
Verkaufs-Filiale A.: Schönhauser Allee 144.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 6. September, vormittags 10 Uhr:

Zwei große Versammlungen

bei **Boeker**, Weberstr. 17 und **Patzenhofer Brauerei**, Turm- u. Strowstr.-Ecke.

Referenten: **Koschker**-Dresden und **Laukenau**-Bremen.

Tages-Ordnung:

1. Die Entstehung und Entwickelung der Tarifverträge unter Berücksichtigung der diesjährigen Lohnbewegung. 31/9

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Zweigvereinsvorstand.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen

Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Linienstraße 215. Geöffnet von 9—1 und von 4—8 Uhr. Telephon Amt III, Nr. 933.

Sonntag, den 6. September 1908, vormittags 9½ Uhr, im Lokale „Englischer Garten", Alexanderstraße 27c:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages. 3. Wahl der besoldeten Hauskassierer. 64/3*

Die Versammlung beginnt pünktlich, da bekanntlich an dem Tage auch die Fortsetzung der vertagten Generalversammlung der Wahlvereine stattfindet und ein größerer Teil der Mitglieder dafür als Delegierte in Frage kommen. **Mitgliedsbuch legitimiert.** **Die Ortsverwaltung.**

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

D. PERLEBERG

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Chausseestr. 63, Ecke Liesenstr.

Besonders preiswertes Angebot in

Konfirmanden-Anzüge

Enorme Auswahl in allen Stoffarten. Weitgehendste Garantie für Haltbarkeit des Stoffes, vorzügliches Tragen und tadellosen Sitz.

Schwarz Cheviot

12.– 14.– 16.– 18.– 20.– 22.– 24.– 26.–

Schwarz Kammg.-Cheviot

14.– 16.– 18.– 20.– 22.– 24.– 26.– 28.–

Schwarz Tuch-Kammgarn

16.– 18.– 20.– 22.– 24.– 26.– 28.– 30.–

Konfirmanden-Hüte 1.90 2.50 2.90

Prüfungs-Anzüge

in unerreichter Auswahl und Preiswürdigkeit

5.50 9.50 11.50 13.50 15.– 18.– 21.–

Sommerpreise.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor und I. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16. II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.

Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an: 41732*

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. 92 Pf.
„ **Ferdinand-Briketts** pr. Ztr. 92 Pf.
„ **Anna** od. **Waldmannsheil** pr. Ztr. 94 Pf.
„ **Pfännerschaft** „ „ 96 Pf.
„ **Ia Diamant** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . 100 Pf.
„ **Ia Ilse** o. Aktv. pr. Ztr. 100 Pf.
„ **Ia Anthrazit Cadó** p. Z. 2,25 M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50—6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Steife Herrenhüte v. 2,00—7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.

Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Herrenkleidung für 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß, auch mit Kaution, liefern das bekannte

Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28, am Molkenmarkt,

ohne Preisaufschlag. Bevorzugung solider Kundschaft unter Garantie für tadellosen Sitz. Besuch mit Mustern jederzeit. Nichtabgeholte Maßanzüge, Paletots (Monatsgarderobe) werden nur im

Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse,

zu spottbilligen Räumungspreisen nur gegen Kasse verkauft.

Unser Consum-Anzug, sehr haltbar und praktisch, kostet nur 12,75 Mark. (9220)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zur Beachtung.

Die Zahlstelle 63 ist vom Lausitzer Platz 13 nach dem Lausitzer Platz 8 bei **Felix Hahn** verlegt worden. 89/15

J. A.: **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 6. September, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

sämtlicher in der Emaillierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist notwendig, daß Ihr alle in dieser Versammlung erscheint. 121/15

Protokolle über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in Hamburg sind zum Preise von 25 Pf. pro Stück für die Mitglieder im Bureau und bei dem Kassierer zu haben.

Futterale für Mitgliedsbücher, pro Stück 10 Pf., sind ebenfalls im Bureau und bei dem Kassierer zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Bäckerei-Genossenschaft „Berlin".

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr, bei Krone. Liegnitzer Straße 18:

II. ordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3 Neuwahlen zum Aufsichtsrat. 4. Verschiedenes. 127/2

Der Vorstand.

Georg Geisler. Ludwig Ertl.

Sparsame Raucher

rauchen Fehlfarben der

7 Pf.-Cigarre No. 29 – 10 Stück 50 Pf.,

7½ Pf.-Cigarre No. 21 10 Stück 60 Pf.,

– 10 Pf.-Cigarre No. 110

J. NEUMANN

Cigarren-Fabriken. — 150 Zweiggeschäfte, und Depots in 90 deutschen Städten, davon in **Berlin:**

Königstraße Ecke Spandauer Straße 56.
Brunnenstraße 32, Ecke Anklamer Str.
Chausseestraße 22, Ecke Invalidenstr.
Chausseestraße 43, E. Schwartzkopffstr.
Dresdener Straße 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstraße 171, E. Französischestr.
Invalidenstraße 148, Ecke Bergstraße.
Jerusalemer Straße 41, Ecke Krausenstr.
Kaiser-Wilhelmstraße 19, Ecke Münzstr.
Landes-Ausstellungs-Park, Pavillon.
Zoologischer Garten, Pavillon.
Markgrafenstraße 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstraße 30, Ecke Adalbertstraße.
Potsdamer Straße 57-58, Ecke Bülowstr.
Prinzenstraße 91, Ecke Ritterstraße.
Rosenthaler Straße 48, Ecke Neue Schönhauser Straße.
Wallstraße 14a, Ecke Neue Grünstraße. 41672*
Wiener Straße 22, Ecke Grünauer Str.
In **Charlottenburg:** Uhlandstr. 33, Ecke Lietzenburger Straße.
In **Rixdorf:** Bergstr. 146.
In **Brandenburg:** Hauptstraße 91. Magdeburger Str. 38.
In **Stralau:** Markgrafendamm 1.

Weitere Verkaufstellen in Vororten und Umgebung:

Adlershof, Bismarckstr. 48. **Bernau,** Berliner Straße 257. **Buckow,** Königstr. 8. **Köpenick,** Bahnhofstraße 7a. **Eichwalde,** Bahnhofstr. 5. **Kgs.-Wusterhausen,** Bahnhofstr. 1. **Nieder-Schöneweide,** Bahnhof. **Potsdam,** Nauener Straße 46. **Stralau-Rummelsburg,** Bahnhof. **Zeuthen,** E. Kollmann.

Sämtliche **Gänse-Artikel** zum billigsten Tagespreise

Gänsekochenfleisch ohne Keulen a Pfd. **40 Pf.**

Gänseleber, Gänseliesen und **Gänseklein, Gänsekeulen,** frisch u. gepökelt, **Gänsefleisch, Keulenstücke** usw. empfiehlt täglich frisch 154/9*

Hermann Leißner, 95, Klosterstraße 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Um Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 65**
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 35**
Manchester-Hosen Gambrinus **6 M. 75**
Manchest.-Jacketts Gambrinus **11 M. 75**
Maler-Kittel . . . . . 3,50, **2 M. 25**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, **2 M. 75**
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, **3 M.**
Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, **5 M. 50**
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30. Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 35092*

Nachdruck [redacted] verboten!

reellster Fabrikate.

Billigste Engros-Preise!

Kl. Mexiko . . .	100 St.	2,85 M.
Cabinet	„	3,60 „
Gunda	„	4,— „
Leon	„	4,50 „
Exzell. Kraetke II	„	5,— „
Alteza	„	5,50 „
Senia	„	6,— „

400 Stück franko Nachnahme.

Czollek & Geballe

Zigarren-Engros. Berlin C., Neue Promenade **7, 1. Etage.**

(Kein Laden.) Preisliste franko! Geöffnet bis 8. Sonntags v. 9½—1.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefern elegante Anzüge 39925

Herren-Garderoben

Ersatz für Maaß.

Anfertigung nach Maaß.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Gr. Frankfurterstr. 37, II

Eingang Straußberger Platz.

Greift zu!

den besten 41432*

Monatsanzüge . . .	v.	9,50 M.
Abonnementsanzüge .	„	13,00 „
Pfandleihanzüge . . .	„	11,00 „
Partieanzüge	„	12,00 „
Gehrockanzüge . . .	„	14,50 „
Anzüge, Ersatz f. Maß	„	20,50 „
Winterpaletots . . .	„	9,50 „
Hosen	„	2,00 „

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Laden.

— Straßenbahn-Vergütung. —

Hygienische Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000e Anerk. v. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Nathan Wand

129 Skalitzer Str. 129.

Die schönsten 40962*

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell

Monats-Garderobe

von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzer Str. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Bitte auf Hausnummer zu achten.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Heute, Sonnabend, den 5. September cr.

Schluss unserer 90 Pfg-Tage

Von Sonnabend, den 5. bis Dienstag, den 8. September cr. so lange Vorrat **Vorzugspreise in Lebensmitteln.**

Einsegnungs-Anzüge 14.50–29.– Mk. Nur eigene Konfektion
Anzüge nach Maß von **24.50 Mk.** an.
M. Schulmeister, Schneidermeister. Dresdener Str. 4 am Kotthuser Tor.
4050L*

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken, Wollatlas und Seidenimili 3.25, 3.85, 4.36, 5.00, 5.75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1112St*

Plüsch- und Tuchtischdecken mit feinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.

Tüllbettdecken in weiß und ecrüme 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1114St*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1115St*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1116St*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Bedefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.00, 7.50. 1117St*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1118St*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1120St*

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Spezialkarte von Buckow, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche! (lebierhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2593St*

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004St*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Bekanntmachung! Ueberbürdete Warenansammlung im Pfandleihhaus, Hermannplatz 6, erfordert wiederum den ausnahmsweisen extrabilligen Warenverkauf! Jedermanns Einkaufsvorteil! Bequemste Fahrverbindung Großberlins! Staunendbilligste hochfeine Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Sommerpaletots! Winterpaletots! Riesenauswahl Pfänderverkauf! Brautgeschenke! Goldene Taschenuhren! Wanduhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Nähmaschinen! Enormbilliger Bettenverkauf! Brautbetten! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Allererste Billigkeit! Nur Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †102*

Bettenverkauf Pfandleihe Prinzenstraße 86, ganzer Stand 12,00, Bauernbetten ganzer Stand 27,00. 152/19*

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung, von Max Hesdörffer. Preis 60 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 86. Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Gasbronzekronen!!! Gaszugkronen! 9,00. Salongaskronen 10,00. Gasrohrlyren 1½. Schaufensterlicht, Gashängelicht spottbillig. Zweiflammgaskocher 3,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1120St*

Schönebeckshöhe. Parzellen a 600 Mark, Hälfte Anzahlung. Näheres daselbst bei Holzhäter, Schöneiche, Friedrichshagener Chaussee. †113

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabriklagerlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhof. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. 13835*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 183/1*

100 Ausflüge um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten, 1,50 Mark und 2,— Mark, Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen zu billigsten Preisen, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 797St*

Uhren, Goldwaren billigst Werner, Pappelallee 3. 859St*

Monatsgarderobenhaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 1034St*

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 1033St*

Herrenuhren. Damenuhren, Goldsachen, Silbersachen, Wanduhren, Federbetten, spottbillig, Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. *

Gaskronen, dreiflammig 4.50, Salongaskronen 7.50, Gaszuglampen 8.00, Gaslyren 1.45, Gaswandarme 0.55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravenéstraße 6. *

Kinderwagen. Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 826St*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren, Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14.

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Pfandleihhaus!! Rixdorf, Bergstraße 58. Spottbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Portierenverkauf! Steppdecken, Herrengarderobe, Möbelstücke, Uhrenverkauf, Schmucksachen. Spottpreise! 1081St*

Teppiche mit Farbfehlern für die Hälfte. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1058St*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Bronzegaskrone, Hängelicht, dreiflammig, mit kompletten Grätzinbrennern, Glas, Glühstrümpfen 20 Mark. Zugampel, Grätzinlicht, 12 Mark komplett. Alte Jakobstraße 125. 1083St*

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Riesengroßer, spottbilligster Bettenverkauf! Pfänderverkauf! Aussteuerwäsche! Wundervolle Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschtischdecken extrabillig! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Paletots! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Schmucksachen! Riesenauswahl. 1123St*

Sportwagen mit Verdeck, wenig gebraucht, verkauft billig Kaiser, Charlottenburg, Osnabrückerstr. 29.

Phieblgs Kinderwagen, Bettstellen, allerbilligst, Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. 180/2*

Kinderwagen, neu, dringend, 16,00. Mitschke, Exerzierstraße 25. *

Kinderwagen 12,00, Sportwagen 4,50. Kietzling, Gneisenaustraße 15. 1419b

Herrenhüte, Mützen, neueste Formen. Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 6. †8

Geschäftsverkäufe.

Kolonialwaren- Eckgeschäft, SO., gutes, in volksreicher Gegend, konkurrenzlos, wegen Uebernahme eines Restaurants zu verkaufen. Offerten E. G. 24, Postamt 33. 1374b*

Restaurant, gutgehend, Gelegenheitskauf, große Brauereihilfe, verkäuflich Charlottenburg, Königsweg 8.

Schankgeschäft wegen Berufsänderung billig* verkäuflich Thaerstraße 5. (Parteilokal geeignet.) *

Schultheißausschank wegen Krankheit zu verkaufen, passend für Genossen, Müllerstraße 40a. †59

Kolonialwaren-, Gemüsegeschäft, Rolle, verkäuflich Amsterdamerstraße 24. †59

Todesfalls wegen verkaufe meine seit 12 Jahren bestehende Schankwirtschaft Stettinerstraße 26. †91

Gangbares Wein-, Likör-Geschäft mit Ausschank krankheitswegen verkäuflich. Pietsch, Zorndorferstraße 53.

Spottbillig. Sofort kleines Schankgeschäft billig zu verkaufen, billige Miete, Pankstraße 83. 1423b

Restaurant verkäuflich. Filiale Mantelfestraße 1. †82

Zigarrengeschäft, schöne Wohnung, sofort billig Kochhannstraße 24.

Parteilokal, gut gehend, am Bahnhof gelegen, umständehalber billig verkäuflich. Tietz, Gustav-Freitagstraße 5, Schöneberg. †146

Gangbares Obst- Gemüsegeschäft, Rolle, sofort preiswert Landsbergerstraße 69. 1427b

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 1104St*

Große Posten Hufbodenspinde, Trumeaus, Spiegelvertikos, bunte Küchen zu noch nie dagewesenem Preise Frankfurter Allee 129, Lazarus.

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924St*

Lasse Sonntag ununterbrochen von 8–2 geöffnet! Wollen Sie eine billige, aber trotzdem gute, reelle Wohnungseinrichtung kaufen, so muß man nach Lothringerstraße 26 hingehen! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche, pitsein, 250,—, bessere 325—400—525—1500 Mark! Speisezimmer, Eiche, komplett mit 6 Lederstühlen 650,—, größere 750—860—1500. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Umbaue, Säulentrumeaux, Ledersofas, Schreibtische, Büfetts, Bettstellen, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, moderne Küchen, komplett 68—190 Mark, Transport auch weite Vororte frei, Aufbewahrung kostenlos! Hasemanns Gelegenheitskäufe in besseren Möbeln! Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. 1267b*

Möbel stammend billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, bietet sich augenblicklich Gelegenheit, infolge Raummangels, Möbel zu noch nie dagewesenen billigen Preisen zu kaufen, und sollten Brautleute, Pensionate usw. nicht versäumen, ihre Möbel schon jetzt zu kaufen, da auch unter anderem 20 zurückgesetzte und wenige gebrauchte Einrichtungen am Lager stehen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere schon Wirtschaften zu 140.—, 190.—, 250.—, 300.—, 400.— Mark, elegantere bis 10 000 Mark. Nußbaumbüfette 90.—, Paneelsofa mit Säulen 85.—. Muschelbettstelle mit Patentmatratze 65.—, Waschtoilette mit Marmor 23.—, Muschelvertiko, Muschelschränke 27.—, Säulentrumeau 29.—, elegante Schreibtische mit Aufsatz 35.—, Taschendivan 42.—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23.—, große Garderobenschränke 35.—, Nußbettstellen 21.—, Sofa 32.—, modern gestrichene Küchen 68.—. Augenblicklich am Lager befindliche Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, gebrauchter Altmahagoni-Empiresalon spottbillig. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 1082St*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfetts, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Bierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 80,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1121St*

Kleine, fast neue Mahagoni-Wirtschaft verkauft, auch einzeln, Händler verbeten, Kracht, Paulstraße 33, linker Seitenflügel III. †80

Plüschsofa. Nußbaumwirtschaft, billig, Prinzenstraße 43, III links.

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674St*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 977St*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Brennaborrad, stabil, 40,00, Mitschke, Pankstraße 45. †148*

Prachtfahrrad, notgedrungen billig, Exerzierstraße 25, III links.

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555St*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swientk, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003St*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint, Berlin C., Joachimstraße 11a, Reparaturen, Tonverbesserungen preiswert. 871b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Sofas, Matratzen werden reell aufgepolstert, Stoffmuster. Tapeziermeister Lazarus, Frankfurter Allee 129.

Klavierkursus. Monatspreis 3,00. Klavierüben frei! 20 Klaviere. (Moritzplatz, Aschingerhaus.) Oranienstraße 147, Albrechts Musikakademie.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 154/13

Abendkurse zur Ausbildung von Technikern und Werkmeistern für Elektrotechnik und Maschinenbau. Prospekte frei. Technische Akademie Berlin 45, Markgrafenstraße 100. *

Mittagstisch! 0,50, 0,60 einschließlich Getränke. Täglich drei Gerichte. Annenstraße 16, parterre. *

Privatmittagstisch gesucht. Gegend Potsdamer Platz. Offerten Postamt 68. 1421b

Damenfilzhüte werden umgeformt. Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 6. †8

Sofa-, Matratzen-Aufpolsterung. Irmert, Urbanstraße 25. 1416b*

Maler streicht Küchenmöbel modern, 15 Mark. Teubner, Eberstraße 6.

Räderverleihung. Zweisitzer, Dreisitzer, Fahrradreparatur, Fahrradzubehör, Emaillieren, Vernickeln billigst. Fahrradläufe 30,00. Große Frankfurterstraße 14, Kämmerei. †28

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Staubgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstr. 29. Telephon IV, 6958. 179/19*

Tanzunterricht! Gruppe, Annenstraße 16. Anfängerkurse, Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. Walzerkurse. 179/20*

Eisholz, Komiker, frei. Gropiusstraße 6. 1415b*

Vermietungen.

Keller, Laden, passend für Schuhmacher oder Tischler. Gerhardtstr. 7.

Wohnungen.

Rixdorf, Weserstraße 54, 1 und 2 Stuben mit Küche billig zu vermieten. †102*

Zwei Stuben, Berliner, Balkon, eine Stube, Küche 19,00. Mainzerstraße 17, Osten. †85*

Prächtige Balkonwohnungen billig sofort Soldinerstraße 32/34. 1102St*

Zimmer.

Möbliertes Balkonzimmer zu vermieten Baumschulenweg, Trojanstraße 6 (Bahnhof).

Sofort möbliertes Zimmer an 1–2 Herren a 15 inklusive vermietet Metzer, Rostitzstraße 52. 5065

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Grünerweg 63, Vorderhaus I links.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Kunstschmiede, selbständige, verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †110*

Marmorschleifer sucht sofort Fink, Dennewitzstraße 19. 1412b

Lehrmädchen für die Verkaufsabteilungen unserer sämtlichen Geschäfte zum sofortigen oder späteren Antritt gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1–2 oder abends 8–9. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, Spittelmarkt 16/17, Gr. Frankfurterstraße 113, Brunnenstraße 19/21, Kottbuserdamm 1/2. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Als Geschäftsführer oder anderen Vertrauensposten in Parteidruckerei sucht tüchtiger Buchdrucker, kaufmännisch und technisch durchgebildet, Stellung. Suchender befindet sich noch in ungekündigter Stellung als Betriebsleiter eines größeren Parteiorgans. Offerten mit näheren Angaben unter „B. B" an die Exp. d. Bl. erbeten.

Kompetenter Uhrmacherarbeiter sucht Stellung zum 1. November. Offerten sub „Uhr" beförd. S. Gumaelli, Annoncenbureau, Stockholm. 154/17

Steinsetzer!

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts", 2. Beilage unter Arbeitsmarkt, sucht die Firma **G. Pahlmann, Zehlendorf,** Steinsetzer zu den höchsten Löhnen.

Nach Mitteilung, die unserer Expedition vom Verbande der Steinsetzer zugeht, ist diese Firma wegen

Nichtanerkennung des Tarifs

gesperrt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Die Festsetzung des Parteibeitrages für Groß-Berlin

hat auch über Berlin hinaus Beachtung gefunden; vor allem wird Anstoß genommen an der Festsetzung des Frauenbeitrages auf 10 Pf. pro Monat. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg äußerte sich der Genosse Haupt wie folgt:

„Der Antrag auf Einführung eines Einheitsbeitrages sei sehr wichtig. Der Parteitag müsse sich ja doch mit der Regulierung des Organisationsstatuts beschäftigen. Die Festsetzung der Beiträge in den einzelnen Bezirken führen zu Unzuträglichkeiten. In dem einen Bezirk seien die Beiträge hoch, in dem anderen niedrig. Da müsse besonders mit Groß-Berlin ein ernstes Wort geredet werden, wo man sich für verhältnismäßig niedrige Beiträge entschieden habe. Man wolle in Berlin nur 30 Pf. pro Monat bezahlen und habe für die Frauen gar nur 10 Pf. Beitrag festgesetzt, trotzdem die Frauen selbst einen Betrag von 20 Pf. beantragt hatten. Gegenüber diesem Bestreben der Berliner, die Beiträge niedrig zu halten, während angrenzende, wirtschaftlich schlechter gestellte Bezirke schon höhere Beiträge zahlen, müsse auf dem Parteitag ein energisches Wort gesprochen werden."

Hierzu möchten wir bemerken: Zunächst ist die Festsetzung des Parteibeitrages noch Sache der einzelnen Parteiorganisationen. Parteitagsbeschlüsse bestehen in dieser Beziehung bis jetzt nicht. Deswegen können Parteiorganisationen auch nicht gut „vors Brett" gefordert werden, weil sie nach ihrem besten Ermessen in der Beitragsfrage bisher gehandelt haben.

Was die Höhe des Beitrages selbst betrifft, so kann man darüber verschiedener Meinung sein — speziell in Berlin ist die Zahl der Genossen, die den Beschluß der letzten Verbands-Generalversammlung über die Höhe des Frauenbeitrags nicht gerade als „der Weisheit letzten Schluß" betrachten und seine baldige Korrektur wünschen, außerordentlich groß —, allein die Gerechtigkeit gebietet doch, darauf hinzuweisen, daß die Höhe des Wahlvereinsbeitrages allein kein richtiges Bild von den materiellen Leistungen der Parteimitglieder eines Ortes geben kann. Außer durch den Wahlvereinsbeitrag unterstützen viele Genossen die Partei in der verschiedensten Weise, und nicht zuletzt sind es gerade die Berliner Genossen, die in dieser Beziehung sich nicht zu verstecken brauchen. Genosse Haupt als alter Parteigenosse muß das wissen. Gewiß sind auch wir der Meinung, daß es die Pflicht der Parteigenossen ist, nach Möglichkeit für Aufbringung recht vieler Mittel zu sorgen, um die vielgestaltigen Aufgaben, die an die örtliche Parteiorganisation wie an die Gesamtpartei herantreten, erfüllen zu können. Diese Pflicht sollten aber nicht nur einige große Parteiorte allein betätigen, sondern sie sollte im möglichst umfänglichen Maße geübt werden. Und da wäre es angebracht, mit den Parteiorganisationen ein sehr ernstes Wort zu reden, die ihre ihnen auf Grund des Organisationsstatuts auferlegte Pflicht der Gesamtpartei gegenüber nicht erfüllen. In diesem Falle aber müßte Genosse Haupt sich schon andere Parteiorganisationen aussuchen wie die Groß-Berlins.

An die Parteigenossen Berlins und der Mark Brandenburg.

Die neue Lokalliste liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts" bei und empfehlen wir dieselbe wiederum der Arbeiterschaft dringend zur Beachtung. Jeder Arbeiter muß sich stets vor Augen führen, daß für eine fruchtbringende Agitations- und Organisationsarbeit der Besitz freier Lokale die erste Vorbedingung ist. Um in unserem Lokalkampfe immer mehr Erfolge zu erzielen, ist es notwendig, den Lokalboykott, unsere wirksamste Waffe, überall mit aller Schärfe durchzuführen. Alle Veranstaltungen der Vereine sind stets daraufhin zu kontrollieren, ob dieselben in einem der Arbeiterschaft auch zu Versammlungen zur Verfügung stehenden Lokale stattfinden; gerade dies bitten wir ganz besonders zu beachten. Es gibt keine Ortschaft, die bei einer nennenswerten Arbeiterbevölkerung nicht auch eine ganze Anzahl der verschiedensten Vereine aufzuweisen hat, die sich wiederum in ihrer Mehrheit naturgemäß aus Arbeitern zusammensetzen. Hier gilt es, fortwährend agitatorisch auf diese Vereine dahingehend einzuwirken, daß dieselben zu ihren Veranstaltungen nur freie Lokale benutzen, oder aber die Benutzung eines Lokales davon abhängig machen, daß der betreffende Wirt seine Räume auch zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen hergibt. Alle Billetts zu Veranstaltungen in gesperrten Lokalen sind stets entschieden zurückzuweisen.

An die Arbeitervereine der größeren Städte richten wir wiederum die Aufforderung, sich bei ihren Ausflügen und Partien streng nach der Lokalliste zu richten, um dadurch unsere Genossen in den Provinzorten in ihrem äußerst schwierigen und opferreichen Lokalkampfe wirksam zu unterstützen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß der Kampf um die Erringung von Versammlungsräumen ein Kampf um das Versammlungsrecht ist; wo uns Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir unser Versammlungsrecht erst wirklich ausnützen. Deshalb:

Beachtet die Lokalliste!

Des weiteren ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehülfen bezogen wird. (Ortsverwaltung Berlin, Gr. Hamburger Straße 18/19. Tel. Amt III 1813.)

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeskow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts"; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Aenderungen Notiz zu nehmen. Für verloren gegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden.

Die Lokalkommission.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 12. d. M. veranstaltet der „Rauchklub Havanna" im Lokal „Zur grünen Linde" in Lankwitz sein Stiftungsfest. Wir ersuchen, alle etwa angebotenen Billetts entschieden zurückzuweisen, da das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht. Außerdem machen wir die Mitglieder obigen Vereins, soweit dieselben einer modernen Arbeiterorganisation angehören sollten, auf die eventuellen Folgen eines Boykottbruches aufmerksam. Die Lokalkommission.

Die Genossen vom Gesundbrunnen (VI. Kreis) veranstalten am morgigen Sonntag im Volksgarten in der Behmstraße ihr Herbstfest. Das Komitee hat sich bemüht, den Genossen und deren Angehörigen einige recht angenehme Stunden zu bereiten durch das Arrangement eines guten Konzerts. Daneben werden Spezialitäten für Ernst, Scherz und Humor sorgen; Arbeitersänger werden das Arbeiterlied zu seinem Recht verhelfen und ein Feuerwerk wird den Abschluß der Veranstaltung bilden. Daß auch für die Kleinen gesorgt ist, versteht sich und Tanzlustige werden gleichfalls reichliche Gelegenheit finden, das Tanzbein zu schwingen. Natürlich wird bei dem geringen Eintrittspreis auf recht zahlreiche Beteiligung der Parteifreunde gerechnet.

Tegel. Sonntag, den 6. September, früh 8 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung statt.

Montag, den 7. September, abends 8½ Uhr Volksversammlung in W. Trapps Festsälen, Bahnhofstraße 1. Tagesordnung: Staat, Kirche und Schule. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Hoffmann.

Berliner Nachrichten.

Aus der Jungfernheide.

Obwohl keine Seen die Jungfernheide durchziehen, ist sie als Ganzes doch feuchter als der Grunewald. Sie ruht auf einer tiefen Niederung, die von einer feuchten Wiesen- und Erlbruchpartie, der Mäckernitz, durchzogen wird, und diesen Umständen hat sie es zu verdanken, wenn sie länger in den Herbst hinein ihre Frischheit behält. Die aus Nadelholz, Rot- und Weißbuchen, Erlen und anderen Holzarten bunt zusammengesetzten Waldbestände bergen eine Menge Unterholz, das vorwiegend aus Brombeersträuchern besteht, die ihrerseits wieder allerlei hohen Kräutern Unterschlupf gewährt. So fällt hier der Grasboden fort, der im Grunewald auf weite Strecken vorherrscht, kurz, der Charakter beider Wälder ist grundverschieden.

Die Mäckernitz, die vom Herbst bis tief in den Frühling hinein oft eine Wasserwüste ist, aus der die Stämme hervorragen, ist zurzeit leidlich begehbar. Ein dichtes Gewirr, aus Nesseln und Hopfen gebildet, umkleidet die Erlen. An günstigen Stellen klettert der Hopfen lianengleich an fünf Meter an den Bäumen in die Höhe. Die breiten lappigen Blätter werden nach oben hin schmäler und lassen die herabhängenden weiblichen Blüten frei, die als gelbliche, über haselnußgroße Kätzchen herabnicken. Sie sind es, die ausgereift jenen bitteren Stoff liefern, der dem Biere zugesetzt wird. An freieren Stellen fallen uns Ahornbäumchen auf, deren Blätter wie mit pfenniggroßen schwarzen Tintenflecken gesprenkelt sind. Es ist der Ahornblattpilz, der regelmäßig gegen den Herbst fast alle Ahornbäume befällt, anscheinend, ohne ihnen zu schaden. Denn die befallenen Blätter sind ohnedies im Begriffe, sich zu verfärben, um bald vergilbend zu Boden zu sinken.

Durch die Mäckernitz zieht sich ein schmales Bächlein, das zur Wasserzeit fließt und grünt, jetzt aber bis auf einige mit Wasserlinsen überzogene Pfützen versiegt ist. Eine Unzahl von Fröschen und Kröten hat hier ihre Brut aufgezogen. Bei jedem Schritte, den wir in der Nähe der Wasserrinne machen, springen zu Dutzenden kleine Fröschchen im Grase herum, die noch nicht lange ihre Umwandlung von der Kaulquappe zum braunen Grasfrosch vollendet haben und nun auf dem bisher fremden Elemente der festen Erde heimisch zu werden suchen.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat August nächtigten im Männerasyl 21 667 Personen, wovon 10 810 badeten, im Frauenasyl 4729 Personen, wovon 2331 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Colberger Straße 30.

Auf der Abonnentenfuche. Der Verlag eines Blättchens, das den Titel „Berliner Gerichts-Zeitung" trägt, sucht Abonnenten in der Weise zu werben, daß er Reisende aussendet, die von Haus zu Haus gehen und besagtes Blättchen anbieten. Ein Gastwirt P., der in seinem Lokal von einem solchen Werber heimgesucht wurde, berichtet uns über die Erfahrungen, die er mit dem Reisenden bezw. dem Verlag gemacht habe. Auf die „Berliner Gerichts-Zeitung" zu abonnieren, habe P. in bestimmtester Form abgelehnt. Als aber seine Frau den Reisenden getröstet habe, man könne es sich ja noch überlegen, habe dieser gesagt, dann werde er sich wenigstens die Adresse notieren. Einige Zeit nachher kam zu Herrn P. ein Bote, überbrachte ihm die „Berliner Gerichts-Zeitung" und verlangte Bezahlung des Abonnements. P. lehnte das Blatt ab, verweigerte die Bezahlung und erklärte, er habe nicht abonniert. Daraufhin ging ihm von der „Berliner Gerichts-Zeitung" ein mit „Hans Steinle" unterzeichnetes Schreiben zu, das folgendermaßen begann: „Laut mir vorliegendem, von Ihnen unterschriebenen Bestellschein haben Sie bei meinem Reisenden die „Berliner Gerichts-Zeitung" abonniert. Wie mir mein Bote angibt, weigern Sie sich aber, dieselbe zu bezahlen. Ich vermute, daß dies nur auf einem Irrtum beruht, denn Sie haben laut Schein die Zeitung auf ein Jahr abonniert, sind daher verpflichtet, dieselbe abzunehmen. Eventuelle andere mündliche Abmachungen mit dem Reisenden sind laut Aufdruck auf dem Bestellschein ungültig. Daher bedaure ich recht sehr, eine Abbestellung nicht annehmen zu können. Die Zeitung geht Ihnen nochmals zu, und ich bitte, dieselbe bezahlen zu wollen." Herr P. versichert uns, er wisse nichts davon, daß er einen Bestellschein unterschrieben habe. Herr Steinle schreibt, P. sei laut Schein „verpflichtet", die Zeitung abzunehmen. Es scheint jedoch, daß dieser Herr Steinle selber sich von dem bloßen Hinweis auf den „unterschriebenen Bestellschein" nicht allzuviel Wirkung verspricht. Er hat es für ratsam gehalten, seinen Mahnbrief ausklingen zu lassen in eine Aufzählung all der Genüsse, die die „Berliner Gerichts-Zeitung" ihren Lesern bieten werde. Der Brief schließt: „Ich hoffe daher, Sie zu meinen dauernden Abonnenten zählen zu dürfen, und zeichne in dieser Erwartung hochachtungsvoll „Berliner Gerichts-Zeitung" Hans Steinle." Herr P. hat sich auch hierdurch nicht animieren lassen, die Hoffnung des Herrn Steinle zu erfüllen. Er wird den Brief der Staatsanwaltschaft übergeben und sie um Untersuchung der Angelegenheit bitten.

Der Mitgliederbestand der Krankenkassen ist in Groß-Berlin bis zum August weiter heruntergegangen. Anfang August 1908 wurden bei den Orts-, Fabrik- und Innungs-Krankenkassen gezählt in Berlin nur noch 713 614 Mitglieder, in den nächsten Vororten 127 620 Mitglieder, in Berlin samt diesen Vororten 841 234 Mitglieder. Von Juli bis August verminderte sich der Mitgliederbestand in Berlin allein wieder um 3534, in den nächsten Vororten nur um 314, in Groß-Berlin um 3848. Dagegen war im Jahre 1907 von Juli bis August die Mitgliederzahl gestiegen in Berlin noch um 8139, in den Vororten um 360, in Groß-Berlin um 8499. Anfang August vorigen Jahres wurden gezählt in Berlin noch 728 197 Mitglieder, in den Vororten 124 900 Mitglieder, in Groß-Berlin 853 067 Mitglieder. In den zwölf Monaten von August 1907 bis August 1908 ist hiernach der Mitgliederbestand der Krankenkassen in Berlin um 14 583 heruntergegangen, in den Vororten um 2720 gestiegen, in Groß-Berlin um 11 863 heruntergegangen. Sondert man die Mitglieder in männliche und weibliche, so ergibt sich für diesen zwölfmonatigen Zeitraum bei den männlichen Mitgliedern in Berlin eine Abnahme von 460 952 auf 450 937, in den Vororten eine Abnahme von 88 685 auf 87 641, in Groß-Berlin eine Abnahme von 549 637 auf 538 578, bei den weiblichen Mitgliedern in Berlin eine Abnahme von 267 245 auf 262 677, in den Vororten eine Zunahme von 36 215 auf 39 978, in Groß-Berlin eine Abnahme von 303 460 auf 302 656.

Verkehrswesen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Nachdem ich durch Bekanntmachung vom 29. Juni d. J. auf die wesentlichsten Grundsätze hingewiesen habe, welche behufs leichterer und sicherer Abwicklung des Verkehrs auf den öffentlichen Straßen vom Publikum befolgt werden müssen, gebe ich weiter bekannt, daß ich die Schutzleute angewiesen habe, auf die Durchführung dieser Grundsätze ihre volle Aufmerksamkeit zu richten. Namentlich werden die Wagenführer angehalten werden, die Bestimmungen des § 26 der Straßenordnung, nach welchen scharf rechts an der Bordschwelle gefahren werden soll, und in linke Seitenstraßen in weitem Bogen einzubiegen ist, auf das genauste zu befolgen. Ferner werden die Führer von Kraftwagen beim Kreuzen von Straßen, beim Umbiegen um die Ecken und bei Fahrten ohne Insassen zu langsamerem Fahren veranlaßt und nötigenfalls zur Anzeige gebracht werden.

Hofkunst.

Im Opernhause wird seit einigen Tagen ein neues Stück: „Sardanapal" betitelt aufgeführt, dessen geistige Urheberschaft dem Kaiser zugeschrieben wird. Es ist ja bekannt, daß der Kaiser sich neben anderem auch auf künstlerischem Gebiete betätigt. Bisher konnten wir in unserem Blatte eine Besprechung der kaiserlichen Schöpfung nicht bringen, weil es uns nicht möglich war, ein Billett zu den Vorstellungen — auch nicht für gutes Geld — zu erhalten; für die Leitung der königlichen Theater scheinen wir nicht zu existieren. Wir gedenken morgen eine Kritik veröffentlichen zu können. Was bisher über das Stück mitgeteilt ist, lautet nicht gerade schmeichelhaft. Allgemein geht das Urteil dahin, daß „Sardanapal" jeden künstlerischen Inhalts bar ist. Nichtsdestoweniger scheint der Kaiser großen Gefallen daran zu finden, denn er hat der Aufführung dreimal hintereinander beigewohnt; am Montag zur Generalprobe, am Dienstag, am Tage der ersten Aufführung mit geladenen Gästen, und am Mittwoch, an dem Diplomaten und die Spitzen des Militärs geladen waren. Nach dem ersten Akt befahl der Kaiser, nach einem Bericht des „Lokal-Anzeiger", einige Damen des Balletts in den Konzertsaal, um seiner Gattin die Kostüme zu zeigen. (Kostüme sollen übrigens die Hauptsache sein.) Nach dem zweiten Akt hat der Kaiser den höheren Beamten der Generalintendantur seine Anerkennung ausgesprochen und zahlreiche Dekorationen und Geschenke verteilt. Selbst Orden sind aus diesem Anlaß verliehen worden; die Zahl ist gar nicht einmal gering. Dem Major Lauff und dem Professor Schlar überreichte der Kaiser wertvolle Geschenke. Auch zahlreiche andere Beamten der königlichen Theater bekamen Geschenke und Dekorationen.

Wer die Hofkunst kapiert, erfreut sich auch der Hofgunst.

Alkoholhaltiges Konfekt. Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Warnung: Es sind in neuerer Zeit vielfach Konfekte — Bonbons, Zuckerbohnen, Pralinés usw. — in den Handel gekommen, welche mit Schnaps verschiedener Art, darunter oft mit sehr minderwertigem, gefüllt sind. Angestellte Untersuchungen mit diesen Konfektarten haben ergeben, daß der Alkoholgehalt in denselben oft ein sehr erheblicher ist. So enthielten 15 Stück eines solchen Konfekts, die etwa 100 Gramm wogen, zusammen ungefähr einen Eßlöffel voll Trinkbranntwein, bei einem Preise von 28 Pf. Es sind auch bereits Fälle vorgekommen, in denen erwachsene Personen durch den Genuß eines solchen Konfekts berauscht worden sind. Um so mehr aber werden solche Konfekte den Kindern gefährlich, denen im Interesse ihrer Gesundheit der Genuß alkoholhaltiger Flüssigkeit in jeder Form untersagt werden sollte. Es wird insbesondere Aufgabe der Eltern und Erzieher sein, den ihrer Obhut anvertrauten Kindern und Pfleglingen den Genuß solcher Konfekte zu verbieten.

Der Verein der Kindervolksküchen teilt mit: In vielen Familien erhalten die Kinder kein Mittagessen, weil die Mütter aus dem Hause arbeiten, oder weil die Hauptmahlzeit erst abends gekocht wird, wenn der Vater aus Arbeit kommt. Der Verein für Kindervolksküchen verabreicht in seinen Küchen an den Wochentagen, mittags von 12 bis 2 Uhr, solchen Kindern ein reichliches, nahrhaftes Mittagessen für 10 Pf. Speisemarken sind in den mit Vereinsplakaten versehenen Geschäften zu haben; auch sind in den Küchen die Verkaufsstellen zu erfahren. Die Küchen befinden sich: Nr. 1 Freiligrathstraße 7, Nr. 2 Bredowstraße 22, Nr. 3 Antonstraße 35, Nr. 4 Grünthaler Straße 17, Nr. 5 Swinemünder Straße 26, Nr. 6 Senefelder Straße 3, Nr. 7 Mulackstraße 35, Nr. 8 Wilhelm-Stolzestraße 10, Nr. 9 Cubener Straße 13, Nr 10 Forster Straße 51, Nr. 11 Waßmannstraße 11, Nr. 12 Gleimstraße 13.

Verstärkung der Kunstdeputation. In der geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden zu Bürgerdeputierten und Mitgliedern der städtischen Kunstdeputation gewählt: Kunstmaler Rudolf Schulte in Hofe, erster Vorsitzender des Vereins Berliner Künstler, und Bildhauer Prof. Fritz Schaper, Mitglied des Senats und königlichen Akademie der Künste.

Räuberischer Ueberfall auf eine Hauswirtin.

Ein schwerer Raubmordversuch wurde gestern in der vierten Nachmittagsstunde in der Potsdamer Straße 76a verübt. Dort versuchte der in der Siegfriedstr. 7 wohnhafte Gaskontrolleur Adolf Blühmel die in der zweiten Etage des Hauses Potsdamer Straße 76a wohnende 60jährige Hausbesitzerin Elisabeth Stolt geb. Füller mittels eines stumpfen Instruments durch Schläge auf den Kopf zu töten. Als der Täter sich in seinem Vorhaben gestört sah, stürzte er sich aus dem Fenster auf die Straße hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern halbtot liegen blieb. Ueber die näheren Einzelheiten dieser entsetzlichen Tat erfahren wir noch folgendes:

Die in dem Hause Potsdamer Straße 76a wohnende Hausbesitzerin Elisabeth Stolt ist schon seit mehreren Jahren Eigentümerin des Hauses. Gestern nachmittag legte sich nun die sechzigjährige Frau gegen zwei Uhr zu einem kurzen Mittagsschlaf nieder, bis sie gegen 3½ Uhr durch Klingeln an ihrer Wohnungstür geweckt wurde. Als sie öffnete, stand vor ihr ein Kontrolleur der Gasanstalt, der angab, den Gasmesser prüfen zu wollen. Da derselbe Mann schon öfter in gleicher Eigenschaft im Hause tätig gewesen war, so ließ sie ihn unbehindert die Wohnung betreten. Er machte sich zuerst auch mit seinem Werkzeuge an dem Gasmesser zu schaffen und rief dann

Frau Stolt herbei unter dem Vorwande, daß irgend etwas an dem Apparat entzwei sei. Als die Frau sich nun ahnungslos bückte, um den Schaden zu besehen, schlug der Unhold plötzlich mit dem Gasschlüssel auf die Wehrlose ein. Auf das Hilfegeschrei der Ueberfallenen eilten nun mehrere Hausbewohner herbei, konnten jedoch nichts ausrichten, bis ein herbeigerufener Schutzmann die Türfüllung gewaltsam einschlug. Der Attentäter hatte indessen nochmals auf die Greisin eingeschlagen und sich dann an die Untersuchung der Spinden gemacht. Durch das Eindringen der Hausbewohner wurde er jedoch in seinem Vorhaben gehindert und um seinen Verfolgern nicht in die Hände zu fallen, faßte er den Entschluß, aus dem Fenster zu springen. Er schwang sich auf das Fensterbrett, lief einige Schritte an der Fassade entlang und stürzte sich dann auf die Straße hinab. Hier blieb er laut wimmernd liegen, indem er nach seiner armen Frau verlangte. Beide Verletzte wurden mittels Wagen nach dem nahebelegenen Elisabeth-Krankenhause in der Lützowstraße gebracht. Hier wurden bei der Frau Stolt, nachdem ihr die Haare abgeschoren waren, 18 Hiebwunden festgestellt. Außerdem war das eine Ohr halb abgerissen und ein Finger gebrochen und zersplittert. Trotz dieser schweren Verletzungen glauben die Aerzte, sie noch am Leben erhalten zu können. Blühmel, der es anscheinend auf die in der Wohnung aufbewahrten Mieten abgesehen hatte, wurde in halbtotem Zustande eingeliefert. Außer einem komplizierten Beinbruch hat auch die Wirbelsäule Schaden erlitten. Dennoch dürfte er ebenfalls mit dem Leben davonkommen.

Auf schreckliche Weise ums Leben gekommen ist die Frau des jetzigen Pächters des von unseren Moabiter Parteigenossen oft als Versammlungslokal benutzten „Moabiter Gesellschaftshauses" in der Wiclefstraße. Die unglückliche Frau Brünning befand sich in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag in dem Restaurant Holtz, Waldstraße 18. Morgens gegen 8 Uhr öffnete sie eine Tür des Gastzimmers, um die Toilette aufzusuchen. Als sie die Tür geöffnet hatte, stürzte Frau Brünning mit lautem Aufschrei die hinter der Tür befindliche unbeleuchtete Kellertreppe hinab, an deren untersten Stufen sie, wie es heißt, mit gebrochenen Armen liegen blieb. Aber auch schwere innere Verletzungen muß die Verunglückte davongetragen haben, denn bereits zwei Stunden nach dem Unfall trat der Tod ein. Ein durch den Unfall herbeigeführter Herzschlag soll den Tod herbeigeführt haben. Am Mittwoch erfolgte die Beerdigung der verunglückten Frau.

Auf dem Potsdamer Platz von einem Privatautomobil (Auto Nr. 1A 2044) überfahren wurde gestern, Freitag, nachmittag um 2½ Uhr der Gepäckträger Ehrenberg aus der Trebbiner Straße 12. Derselbe wollte den Fahrdamm überschreiten und lief vor einem Straßenbahnwagen vorbei, als in demselben Moment das Automobil angefahren kam. Der Chauffeur bremste mit aller Kraft, konnte aber doch nicht mehr verhüten, daß Ehrenberg umgestoßen wurde und ihm das linke Vorderrad über das Gesicht ging. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und einen Bruch des Nasenbeins. Der Verunglückte wurde mit dem Automobil nach dem Elisabethkrankenhaus in der Lützowstraße gebracht.

Der letzte Ausweg. Großes Aufsehen erregte vorgestern am Habsburger Ufer die Tat eines Lebensmüden. Der 23 Jahre alte Dreher Max Kautz aus Magdeburg war nach Berlin gekommen, um hier Beschäftigung zu suchen. Aber vergeblich wanderte er von einer Arbeitsstelle zur anderen. Da er keinen anderen Ausweg mehr wußte so faßte er den Entschluß, sich das Leben zu nehmen. Er sprang am Habsburger Ufer in den Spreekanal und ging sofort unter. Schiffer, die vom Publikum aufmerksam gemacht worden waren, ruderten hinzu, und als der Lebensmüde wieder emportauchte, wollten sie ihn in den Kahn ziehen. K. setzte seiner Rettung jedoch mit aller Kraft Widerstand entgegen. Nur mit Gewalt konnte er dem nassen Element entrissen werden. In besinnungslosem Zustande wurde er dann nach dem Krankenhause Moabit gebracht. — Ferner hat sich der 50 Jahre alte Mechaniker Wilhelm B. aus der Jägerstraße 55 in Rixdorf das Leben genommen. Er erhängte sich am Küchenspind. Arbeitslosigkeit sollen den Lebensmüden zu dem Schritt veranlaßt haben.

Ein Kassenschwindler, der zahlreiche Schwindeleien verübt hat, ist vorgestern durch die Kriminalpolizei in Steglitz unschädlich gemacht worden. Der gefährliche Bursche hatte einem Schlafkollegen namens Rohn die Papiere gestohlen und auf Grund derselben überall Stellung erhalten. Er ließ sich als Kassierer engagieren und verschwand nach wenigen Tagen wieder unter Mitnahme einkassierter Gelder. Aehnliche Betrügereien hat der Gauner, der mit dem wahren Namen Söhns heißt, auch in anderen großen Städten Deutschlands verübt und so manche Polizeibehörde fahndete nach dem Schwindler. In Steglitz sollte er vorgestern von seinem Schicksal ereilt werden. S. wurde in das Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht.

Eine Ringkampfkonkurrenz hat in der „Neuen Welt" in der Hasenheide begonnen.

Das Passagetheater ist zum Saisonbeginn vollständig renoviert und recht geschmackvoll ausgestattet worden. Das neue Programm enthält eine Reihe recht annehmbarer Piecen. An erster Stelle steht eine echt französische Pikanterie: „Naendlich!", in welcher ein junger Lebemann sein Verhältnis heiratet, um von demselben frei zu werden; gewiß, nichts alltägliches. Der witzige Dialog bietet der Künstlerin Paulette van Roy, die von ihrem Partner Hermann Gersbach wirkungsvoll unterstützt wird, Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Mit viel Charmé und großer Diskretion spielt sie die Rolle des lästig gewordenen Verhältnisses, das im letzten Augenblicke noch versteht, dem ungetreuen Verehrer wieder in Fesseln zu schlagen. Auf dem Gebiete der Akrobatik arbeiten die François sowie die Emersons mit Eleganz und großem Geschick.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 3 Uhr mußte in der Prenzlauer Straße 1 ein Balkenlagerbrand gelöscht werden. Der 8. Zug hatte in der Bärwaldstraße 69 zu tun, wo in einem Mädchenzimmer Gardinen und Kleider brannten. — In der städtischen Blindenanstalt in der Oranienstraße 16 brannten Schaldecken. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Ferner hatte die Feuerwehr in der Memeler Straße 84/85, wo giftige Gase aus einer Senkgrube beseitigt werden mußten, in der Frankfurter Allee 160 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Nach den Berichten unserer Stadtärzte über ihre Tätigkeit im Rechnungsjahr 1907 machen sich die jetzigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Vorjahren durch größere Arbeitslosigkeit, geringeren Verdienst, weitere Steigerung der Lebensmittelpreise und der Mieten und infolge dessen durch größere Armut, schlechtere Ernährung und Zunahme der Krankheitsfälle allgemein fühlbar. Die Unterstützungsgesuche an die Armenverwaltung sind von 2330 im Jahre 1906 auf 3441 im Jahre 1907, also um 1111, das heißt um nahezu 50 Proz. gestiegen. Die Zahl der Kranken, die die Hilfe der Stadtärzte in Anspruch nehmen mußten, ist in vielen Bezirken wesentlich gestiegen, in einem Bezirke hat sie sich verdoppelt und in einem anderen hat sie sich seit dem 1. April noch wesentlich erhöht, obgleich ein Teil des Bezirkes noch abgezweigt worden ist; denn viele Personen, die sonst in der Lage waren, den Arzt selbst zu bezahlen, mußten sich aus Mangel an Mitteln an den Stadtarzt wenden. In der stadtärztlichen Praxis kamen 1907 in Charlottenburg seit langem wieder sechs Fälle von Unterleibstyphus und sechs Fälle von Ruhr vor, letztere im 11. Medizinalbezirk, zu dem u. a. die Wallstraße mit ihren alten schlechten Häusern gehört. In diesem Medizinalbezirke sind überhaupt seitens der Stadtärzte die meisten Krankheitsfälle zur Behandlung gekommen, und mußten seitens der Armenverwaltung die meisten laufenden und Sonderunterstützungen gewährt werden. In diesem Bezirk kamen auch in der stadtärztlichen Praxis die meisten Krankheitsfälle an Tuberkulose und an Erkrankungen der Atmungsorgane im Rechnungsjahr 1907 vor. Im ganzen wurden von den Stadtärzten im Jahre 1906 6404 Krankheitsfälle behandelt und im Jahre 1907 7503 Fälle, davon 1907 Erkrankungen der Atmungsorgane 969 Fälle, Erkrankungen der Nerven- und Sinnesorgane 758 Fälle, Erkrankungen der Verdauungsorgane 705 Fälle, Tuberkuloseerkrankungen 654 Fälle, im Vorjahre 654 Fälle, Erkrankungen an Anämie (Blutarmut) 634 Fälle, gegen 462 Fälle im Vorjahre, an Skrophulose 387 Fälle, gegen 282 Fälle im Vorjahre und an anderen Störungen der Ernährung 206 Fälle, gegen 132 Fälle im Vorjahre. Die Krankheitsfälle an den letzten drei Krankheiten haben in der stadtärztlichen Praxis im letzten Jahre am meisten zugenommen, die Skrophulose um 105 Fälle, die Anämie um 172 Fälle und die Erkrankungen an anderen Störungen der Ernährung um 74 Fälle. Und gerade diese Krankheiten entstehen infolge schlechter und ungenügender Ernährung, sie sind also eine Folge der gewissenlosen Nahrungsmittelverteuerung!

So förderlich für die Erhaltung der Gesundheit die Tätigkeit der Stadtärzte, der Schulärzte und der Aerzte der Säuglingsfürsorgestellen und der Tuberkulosefürsorgestellen daher auch ist, den Schaden, den die Nahrungsmittelverteuerung der Volksgesundheit zufügt, können auch sie, wie vorstehende Zahlen zeigen, nicht verhüten.

Eine Neuerung ist in der Waisenpflege von Charlottenburg getroffen worden. Die Verhältnisse machen es mitunter notwendig, daß ein Pfleger ohne Zeitverlust bestellt wird. Dem Amtsrichter ist eine geeignete Persönlichkeit nicht bekannt. So muß er sich erst an den Waisenrat oder andere Behörden wenden, um Vorschläge geeigneter Persönlichkeiten zu erbitten. Um den damit notwendigerweise verbundenen Zeitverlust zu vermeiden, hat das Königliche Amtsgericht Charlottenburg den Gemeindewaisenrat daselbst ersucht, ihm eine Liste solcher Personen, Herren und Damen, zu übersenden, die geeignet und bereit sind, in eiligen Fällen, wo die Dringlichkeit ein Angehen des Waisenrats um Vorschlag eines Pflegers nicht gestattet, sofort eine Pflegschaft zu übernehmen. Der Waisenrat hat darauf jetzt an alle in der Armen- und Waisenpflege einschließlich des freiwilligen Erziehungsbeirats ehrenamtlich tätigen Herren und Damen die Bitte gerichtet, möglichst bald ihre Bereitwilligkeit, solche Pflegschaften zu übernehmen, dem Waisenrat mitzuteilen.

Lichtenberg.

Nach den bisherigen Ermittelungen über den Ursprung der Gerüchte über den Bankrott der Friedrichsberger Bank haben die früheren Angaben, daß die erste Verbreitung in einem Lokale in der Frankfurter Allee entstanden ist und dann durch Angestellte der Eckertschen Fabrik und durch Mitteilung an die Lehrer der Gemeindeschulen weiter ausgedehnt wurde, ihre Bestätigung gefunden. Ob einzelne Lehrer die Kinder direkt aufgefordert haben, die Eltern zur Abhebung der Spargelder zu veranlassen, wie von einer Seite behauptet wurde, ist dagegen nicht erwiesen. Bemerkenswert ist, daß fast gleichzeitig das Gerücht in den Schulen in der Kronprinzen-, Scharnweber- und Dorfstraße verbreitet wurde, und es scheint fast, als ob die Nachricht telephonisch weitergegeben worden ist. Nachdem die Direktion der Friedrichsberger Bank am gestrigen Tage einen formellen Strafantrag gegen die Urheber der falschen Gerüchte gestellt hat, dürfte bald eine gerichtliche Klarstellung der Sachlage erfolgen.

Weißensee.

Die Parteigenossen sowie alle Krankenkassenmitglieder weisen wir auf die am Montag, den 7. September, abends 8 Uhr, im „Schloß Weißensee" stattfindende öffentliche Mitgliederversammlung der Ortskrankenkasse hin. Es kann an dieser Versammlung, welche sich auch mit der Heimarbeiterversicherung beschäftigen wird, jedermann teilnehmen. Legitimation ist nicht nötig.

Britz-Buckow.

Die Wahlvereinsversammlung am Sonntag hörte zunächst ein Referat des Genossen Ungar über das Thema: „Was hat das Christentum den Armen gebracht?" Das Interesse am Vortrag war ein reges, wie auch die Diskussion bewies, an der sich die Genossen Sigrist, Hademak, Beuthmann sowie die Genossinnen Bogt und Beuthmann beteiligten. Zum Schluß wurde noch zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert.

Spandau.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die erste Sitzung nach den Ferien wurde am Donnerstag abgehalten. Die Tagesordnung wies 36 Nummern auf, von denen ungefähr die Hälfte nur erledigt wurde. — Die Versammlung bewilligt debattelos eine Vermittlerprovision von 1 Proz. an die Erste Vorort-Ausstellung zu Berlin für die durch sie vermittelten Landverkäufe im Terrain der landhausmäßigen Bebauung am Stadtwald. Man gab sich in interessierten Kreisen anfangs der Hoffnung hin, daß diese landhausmäßige Bebauung großen Anklang finden und das Terrain sehr bald verkauft sein würde. Man hat sich darin aber etwas getäuscht und sieht sich jetzt, um das Terrain los zu werden, veranlaßt, Vermittler aufzusuchen und Vermittlergebühr zu zahlen. — Der Verkauf des Geländes in der Brückenstraße zeitigt eine längere Debatte. Es ist geplant, die Kanonierstraße, die bisher eine Sackgasse bildete, nach der Brückenstraße weiter zu führen, dadurch werden bessere Baublocks geschaffen. Wesentliche Kosten wird die Höherlegung der Straße noch verursachen, trotzdem bis jetzt noch nicht einmal die Höhenlage genau festgestellt ist. Nach einer Aufstellung hat die Stadt für die angekauften und abgerissenen Grundstücke bezahlt 919 000 M. Für den Abbruch erhielt die Stadt 11 000 M. Das gesamte Areal ist nun in sieben Baustellen eingeteilt und sollen diese einen Kaufpreis von 681 625 M. erbringen. Bei der Debatte über diese Angelegenheit wurde auch von einer Seite darauf hingewiesen, daß sich die eine Baustelle gut für ein Warenhaus eignen würde. Diese Aeußerung brachte die Mittelstandsretter wieder auf den Plan. Namentlich war es der Stadtverordnete Juwelier Neusch, der den Antrag stellte, in den Verkaufsbedingungen eine Klausel aufzunehmen, daß dort kein Warenhaus errichtet werden dürfe. Natürlich lehnte die Versammlung diesen Antrag ab. Während im großen und ganzen der Vorlage zugestimmt wurde, damit endlich einmal ein Schritt zum Verkauf des Terrains gemacht werde und die Stadt nicht noch einen großen Zinsverlust erleidet. Nach der Ansicht einsichtiger Leute hat man den Abriß der Häuser in der Brückenstraße viel zu schnell vorgenommen. Man hätte ruhig damit solange warten können, bis die Höhenlage für die neu zu bauende Charlottenbrücke feststand. — Die Arbeiter der hiesigen Straßenreinigung, welche bisher Monatslohn bezogen, haben den Antrag gestellt, ihnen Stundenlohn zu gewähren. Der Magistrat hat, nachdem mit den Arbeiterausschüssen der städtischen Arbeiter Verhandlungen gepflogen, diesem Antrag zugestimmt und deshalb die Vorlage eingebracht, den Straßenreinigungsmannschaften vom 1. Oktober 1908 ab Stundenlohn zu gewähren und den Kolonnenführern außer den ihnen zustehenden Lohn noch 10 Mark monatlich extra zu zahlen. Seitens des Referenten Stadtverordneten Matthias wird beantragt, den Stundenlohn, der den Arbeitern tatsächlich etwas Mehreinkommen bringt, schon vom 1. Juli cr. ab zu gewähren. Ein anderer Stadtverordneter beantragt, die Zahlung schon vom 1. Oktober 1907 ab zu gewähren. Stadtverordneter Genosse Pieck meint, die Straßenreinigungsarbeiter schnitten sich in ihr eigenes Fleisch mit ihrem Antrage auf Stundenlohn, da ihnen sicher viele Abzüge gemacht werden für die Zeiten, wo sie nicht zu arbeiten brauchen, wie z. B. bei Schlack- und Frostwetter, die sie beim Monatslohn stets mitbezahlt erhielten. Er beantragt, die Lohnberechnung allgemein nicht nach Stunden, sondern nach Wochen vorzunehmen und vor allen Dingen die neunstündige Arbeitszeit im städtischen Betriebe einzuführen. Den Antrag lehnt die Versammlung ab, stimmt aber sonst der Magistratsvorlage mit der Maßgabe zu, daß der Stundenlohn schon vom 1. Juli cr. an gezahlt wird. — Auf Anregung der Gasdeputation und namentlich des Genossen Pieck, der dieser Kommission angehört, wird den Arbeitern der städtischen Gasanstalt seit einiger Zeit Kaffee unentgeltlich geliefert. Es wird nun zur Anschaffung einer Kaffeekochmaschine eine Summe von 255 M. gefordert. Stadtverordneter Genosse Schmidt I bedauert, daß man mit der Vorlage so lange gezögert und verlangt, daß den Arbeitern nicht nur ein bestimmtes Quantum, sondern in unbegrenztem Maße Kaffee gegeben werde. Dem Wunsche soll Rechnung getragen werden. Die Vorlage wird genehmigt. — Abermals beantragt der Magistrat die Reisekosten für die Besichtigung von Gaskammeröfen in München. Diesmal hat er aber die Kosten um zirka 500 M. ermäßigt. Beim erstenmal wurden zirka 1400 M. gefordert, jetzt nur noch 919,20 M. Es entspinnt sich über diese Angelegenheit wieder eine längere Debatte. Eigentümlich ist die Begründung, welche der Stadtverordnete und Vorsitzende des Grundbesitzervereins Siefert für die Vorlage macht. Er meint nämlich, durch die Kammeröfen würden Arbeitskräfte erspart, die Handhabung sei sehr einfach und es würde dadurch die Gefahr beseitigt, wenn die Gasarbeiter einmal nicht eine höhere Lohnforderung erhielten und die Arbeit einstellten, daß die Stadt im Dunkeln bleibt. Stadtv. Genosse Schmidt I fertigt den Redner in kräftiger Weise ab. Die Vorlage wird zum zweiten Male abgelehnt. — Bekanntlich hat die Spandauer Stadtverordneten-Versammlung den Anlaß gegeben, daß für den Grafen Zeppelin in ganz Deutschland Sammlungen veranstaltet werden. Die damalige Spandauer Anregung beim deutschen Städtetag, die Angelegenheit in Fluß zu bringen, ist ja nun durch die Ereignisse, durch das Verbrennen des Zeppelinschen Ballons überholt worden insofern, als viele Städte schon Gelder für Zeppelin bewilligt hatten. Inzwischen ist nun auch noch das große Brandunglück in Donaueschingen eingetreten. Der Magistrat beantragt nunmehr, für den Grafen Zeppelin 2000 Mark und für die Abgebrannten von Donaueschingen 1000 M. zu bewilligen. Es sind zu dieser Angelegenheit noch einige Schreiben eingegangen und zwar vom Vorsitzenden des Ganswindtschen Instituts, Herrn Jacobsohn, und von einem Herrn v. Bellah, die auch für ihre Luftballon-Erfindungen Unterstützungen haben wollen. Die Magistratsvorlage wurde genehmigt. — Ueber den im Bau begriffenen Spandauer Hafen wurde schon seit längerer Zeit gemunkelt, daß man denselben an eine Privatgesellschaft verpachten wollte. Offen sprach sich hierüber ein von den Stadtverordneten Diedrich und Genossen eingebrachter Antrag aus, der verlangt:

1. unverzügliche Verpachtung des Hafens oder eines Teiles an eine leistungsfähige und kapitalkräftige Gesellschaft zu betreiben,
2. die Bekanntmachungen bezüglich der Verpachtung in geeigneter Weise und an geeigneten Orten vorzunehmen.
3. möglichst etwaige Aufstellungen von Krananlagen, Speichergebäuden usw. bis zum Abschluß eines Pachtvertrages zu unterlassen.

Unsere Genossen traten sämtlich gegen eine solche Verpachtung ein und wiesen darauf hin, daß man allerorten, namentlich in Berlin danach hinstrebe, alles in eigene Regie zu bekommen. Wenn nun die Versammlung auch den Antrag ablehnte, so sprach sich doch die Mehrheit dahin aus, daß der Hafen nicht prosperieren werde, wenn man ihn nicht an eine Gesellschaft verpachte. Eine diesbezügliche Vorlage werde in den nächsten Wochen kommen. Also was man gemunkelt, trifft ein. Man will erst eine Privatgesellschaft das Fett abschöpfen lassen und dann nachher unter großen Kosten die Sache selber übernehmen. Der Kommunalfreisinn bleibt sich doch überall gleich. Die übrigen Vorlagen wurden vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. 7. Sprechen Sie im Bureau des Zentralverbandes der Maurer vor. — **H. M. 102. Rixdorf.** Solche Privatschulen dürften Sie im Adreßkalender verzeichnet finden. Wir lassen uns auf Empfehlungen nicht ein. — **Zwei Streitende.** 1. Ja. 2. Bis 6 Monate Zwangshaft auf Antrag und Kosten des Gläubigers. — **Fr. Plichter, Rummelsburg.** Hier wird man eine Regel nicht aufstellen können und die Beurteilung nur aus dem Vorgange selbst herleiten können. — **K. M. 777.** Wenden Sie sich mit der Frage an das Bezirkskommando, General-Pape-Straße. — **R. K. 99.** Wenden Sie sich mit dem Ersuchen um Ausstellung einer Bescheinigung über die Austrittserklärung und den erfolgten Austritt an das Amtsgericht zu Kaiserslautern unter genauer Angabe des Tages der Abgabe Ihrer Austrittserklärung. — **Lange 15.** 1. Am 1. Dezember 1905 waren im Deutschen Reiche ortsanwesende Bevölkerung 29 884 681 männliche Personen und 30 756 597 weibliche Personen. Geboren wurden im Jahre 1906 1 072 870 Knaben und 1 011 868 Mädchen, also auf 100 Mädchen 106 Knaben. — **F. 40.** Ja. — **Wilhelm Pflug.** Nein. — **R. T.** Landrat. — **B. 18.** 1. Nein. 2. Nein. — **P. C. 50.** a) Ja. b) Durch Anzeige beim Amtsvorsteher und Klage beim Amtsgericht. — **Th. 11.** 1. Wegen Beleidigung verklagen. 2. Durch eigene Recherche. 3. Wenn er im Dienst ist: nicht. — **100 R. B.** Bis zum 2. 10. 08. — **Jenny 94.** Gar nicht. Falls minderjährige Kinder aus der Ehe vorhanden sind, muß eine gerichtliche Auseinandersetzung erfolgen. — **M. 77.** 1. u. 2. Ja. 3. Wenn Sie nicht erscheinen, kann Ihre Vorführung angeordnet oder Haftbefehl erlassen werden. — **F. G. 89.** Tragen Sie Ihre Angelegenheit in der „Vorwärts"-Sprechstunde vor. — **S. J. 29.** Ja. — **B. H. 22.** 1., 2., 3. u. 4. Nein. — **E. H. 68.** Sie werden eine Geldstrafe bekommen. — **A. G. 13.** Ja. — **Rixdorf 1017.** Ihr Fall ist nicht klar genug geschildert. Gehen Sie in die „Vorwärts"-Sprechstunde. — **M. Z. 9.** Ja. — **H. 51.** 1. Sie haben Anspruch auf Schadenersatz. Es erscheint erforderlich, daß Sie sich an einen Anwalt wenden, da Ihr Schaden wohl mehr als 300 M. beträgt und die Klage vor einem Landgericht erhoben werden muß. Da die Arbeiten in Berlin zu liefern und die Zahlungen wohl auch hier zu leisten waren, dürfte das Landgericht I in Berlin zuständig sein. 2. Geschwister sind nicht pflichtteilsberechtigt. — **Grunow-Schöneberg.** 1. Ein stiller Teilhaber braucht nicht zur Gewerbesteuer als Gewerbetreibender angemeldet zu werden. 2. Verträge können in diesem Falle auch mündlich geschlossen werden. 3. Das Ihnen nicht gehörige Inventar braucht nicht mitberechnet zu werden. Im übrigen ist Ihre Frage nicht ganz klar. Kommen Sie in die Sprechstunde. 4. Sie brauchen Ihren stillen Teilhaber nicht zur Kasse anzumelden. 5. Für Ihre Zwecke dürfte Stadthagen, „Arbeiterrecht" ausreichen. 6. Vergl. 4. A. G. 13. — **A. Z. 100.** Nein.

Witterungsübersicht vom 4. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	757 W		3	heiter	12	Haparanda	748 O		2	bedeckt	10
Hamburg	758 W SW		3	bedeckt	11	Petersburg	747 WNW		1	Nebel	11
Berlin	759 SW		3	wolkig	12	Scilly	758 NNW		5	bedeckt	13
Frankf. a M.	758 SW		4	Regen	11	Aberdeen	764 NW		2	wolkig	7
München	762 S		3	Regen	9	Paris	759 SSW		2	bedeckt	16
Wien	763 Still			Nebel	10						

Wetterprognose für Sonnabend, den 5. September 1908.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und mäßigen westlichen Winden; später aufklarend, aber wieder etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Falkenberg.
Für die „Garbsung" ist
Falkenhagen b. Beeg-
feld. P.-O.-H.
Alle Lokale gesperrt.
Fangschleuse. H.-B.
B. Schulze. Zum Dampfschiff".
Gr. Tarpenbeck, Restaurant Bergfee.
Fehrbellin. P.-O.-H.
Bhf. Bierrestaurant, Inh.: O. Brix.
gesperrt. Brot: Schulz.
Fichtenau. H.-B.
St. Schulz, Gemischtwarenhdlg.
Bothe, Kurhaus-Restaurant.
Finkenkrug. P.-O.-H.
Dorfmeister.
Finsterwalde.
(Calau-Luckau). Sämtl. Lokale frei.
Forst.
Schützenhaus u. Gasth. Hotel garni,
Speisen gesperrt, alle anderen Lokale frei.
Frankfurt a. d. O.
Gewerkschaftshaus, Dammvorstadt. 34
Glocke, Gutshausflügel. 51.
Franz. Buchholz. H.-B.
Schneider, Gesellschaftshaus, Berlinerstr. 39
Friedenau. [Calau-Luckau]
Gemeindehaus, Rheinstr. 14.
Restaurant Schulz, Rheinstr. 60.
Friedersdorf. T.-B.
Alle Lokale gesperrt.
Friedrichshagen. H.-B.
Café Doppelparten (Bonnsdorf).
Bertlerstr. 18. [Allee 30.
Neues Gasthaus Hellthal, Hirtingerallee
Gottlieb Schulz, „Einhornpark",
Rübezahlstr. 11.
Fritz Zachmann, Rübezahlstr. 38.
Friedrichshagen. H.-B.
Brunnert & Grimmin, Seestr. 23.
Rübezahl, Seestr. 22.
Seeterrasse, Schmidt, Waldowstraße.
G. Conrad, Mühlenstraße. 137.
Seestraße, Schmidt, Bismarckstr. 97.
Gildenhütte, Jaap u. Seestr. 11.
G. Brandt, Langestraße, Bismarck-
straße 61.
Straße 60.
Gelendorf. Gasthaus, Bismarck-
Fernsprecher: Amt Lichterfelde I 110
G. Zamlefe, Steglitzerstr. 1.
Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 38
Speisehaus, Seestr. 45.
Schmidt, Bismarckstr. 78.
Speisehaus, Schloßstraße 38f.
Gr.-Behnitz. Gutshof Bitte.
Brand, Bismarckstr.
Gr.-Beeren. Gutshof Bitte.
Später Zeltlen.
Gr.-Besten a. d. Görl.
Bahn. T.-B.
Beim Bahnhof.
Gr.-Kölzig (Spree-Forst).
Gasthof z. Deutschen Stadt, Inhaber
Gust. Müller, Restaurant „Adler-
hof", Bahnhof Chr.
Gr.-Lichterfelde. T.-B.
Alle nächsten Lokale gesperrt.
Gr.-Neuendorf a. O.
(Fernsprech-Zentrale)
Hotel zum schwarzen Adler, Inh.
Bruno Wrenzel.
Später Zeltlen.
Gr.-Schönebeck. H.-B.
Gesellschaftshaus, Bismarckstraße 110
G. Zamlefe, Steglitzerstr. 1.
Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 38
Speisehaus, Seestr. 45.
Schmidt, Bismarckstr. 78.
Speisehaus, Schloßstraße 38f.
Grünau. Gutshof Bitte.
Später Zeltlen.
Brand, Wrenzel.
Grünefeld. Gutshof Bitte.
Später Zeltlen.
Brand, Wrenzel.
Hotel zum schwarzen Adler, Inh.
Bruno Wrenzel.
Grünheide (Seeau-Görl).
Hotel zum grün. Baum, Inh. Otto
Gust. Müller, Restaurant „Adler-
hof", Bahnhof Chr.
Grünheide. T.-B.
Gust. Müller, Restaurant „Adler-
hof", Bahnhof Chr.
Grünow b. Eberswalde.
Restaurant Schulz.
Grunewald. T.-B.
Restaurant Bahnhof.
Gubener Hütte. Gutshof Bitte.
Später Zeltlen.
Brand Wrenzel.
Gr.-Schönebeck. H.-B.
Gesellschaftshaus, Bismarckstraße 110
G. Zamlefe, Steglitzerstr. 1.
Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 38
Speisehaus, Seestr. 45.
Schmidt, Bismarckstr. 78.
Speisehaus, Schloßstraße 38f.
Grünau. Gutshof Bitte.
Später Zeltlen.
Brand Wrenzel.
Grünefeld. Gutshof Bitte.
Später Zeltlen.
Brand

Elmenhorst, Beachtenswerter Gasthof, Neuerbaut 1907, Angelteich, Kegelbahn, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Elsterwerda, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Erkner, Hotel Bellevue, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Fürstenwalde, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Gransee, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Hoppegarten, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Kalkberge, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Königs Wusterhausen, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Lübben, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Lübbenau, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Luckau, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Müncheberg, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Neuruppin, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Nowawes, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Oranienburg, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Rathenow, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Rüdersdorf, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Schwedt a. O., Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Storkow, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Strausberg, Hotel Stadt Berlin, Bahnhofstraße, Nähe Bahnhof, Zimmer mit Bad, Pension, Prospekte frei.

Strausberg (Gottb.-Prenzlau),